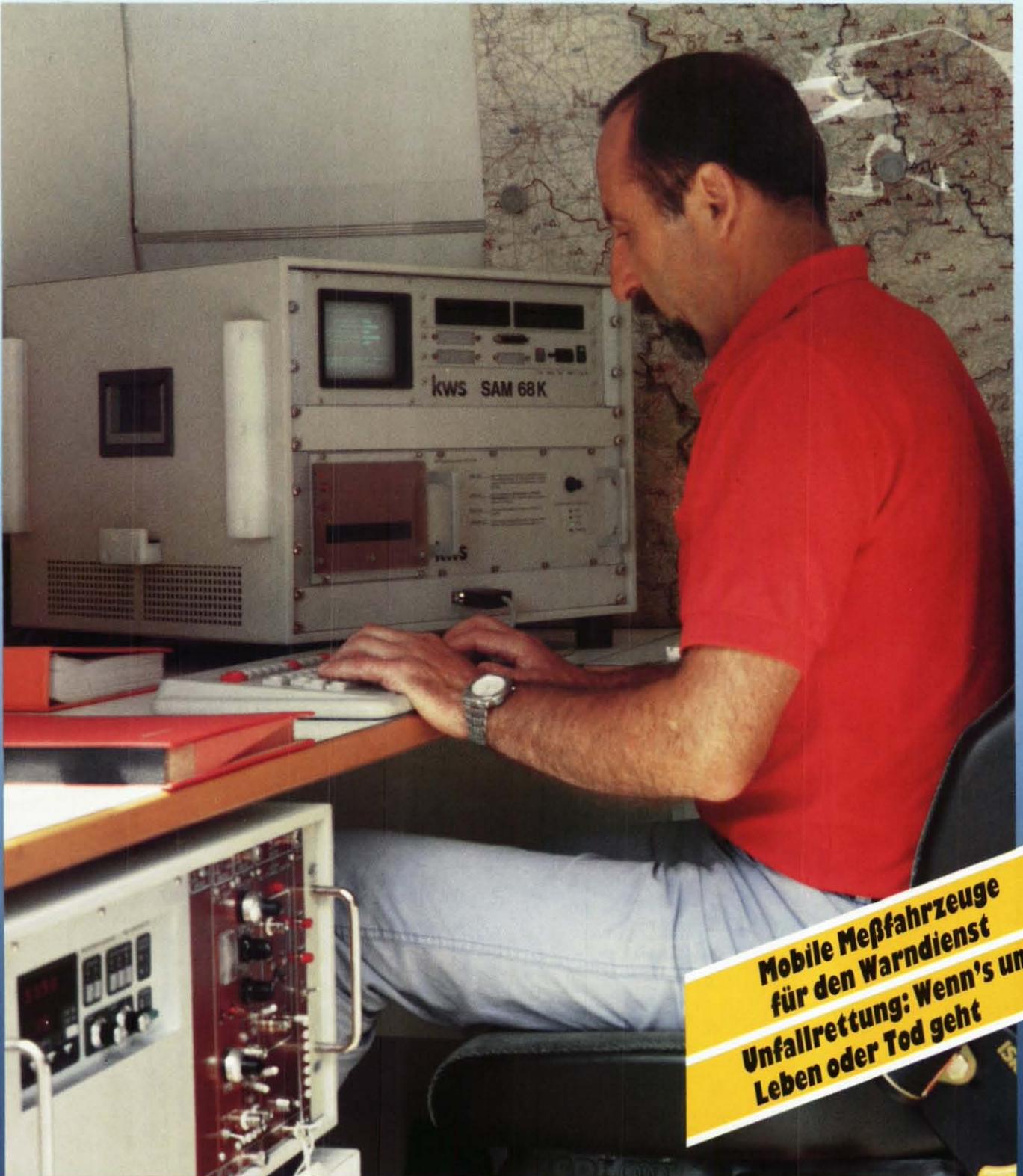


Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



**Mobile Meßfahrzeuge
für den Warndienst
Unfallrettung: Wenn's um
Leben oder Tod geht**





Bei den nordrhein-westfälischen Jugendfeuerwehren ist er als stellvertretender Landesjugendfeuerwehrwart ein Begriff, in der Freiwilligen Feuerwehr Köln ist Josef Hemmersbach in dreifacher Hinsicht aktiv: Das ganze wird abgerundet durch seinen Beruf als Hauptbrandmeister der Berufsfeuerwehr. Wir stellen den vielseitig engagierten Feuerwehrmann vor.

Menschen im Katastrophenschutz

Heute: Josef Hemmersbach aus Köln

Köln-Porz-Libur – postalisch 5000 Köln 90 –, an der Peripherie der Stadt gelegen, ist einer der kleinsten Kölner Stadtteile. Hier haben sich die gewachsenen Strukturen noch weitgehend erhalten können. Verständlich, daß in einem solch überschaubaren Ort der Feuerwehr eine tragende Rolle zukommt. In gesellschaftlicher Hinsicht im Ortsleben aktiv, ist die örtliche Löschgruppe für die Sicherheit der Bürger – schon von der Entfernung zur nächsten Feuerwache her – unverzichtbar.

Kommt man im Ort auf die Feuerwehr zu sprechen, verbindet sich damit stets der Name Hemmersbach. Denn Josef Hemmersbach, seit 1955 in der Feuerwehr, hat die Geschicke der Löschgruppe entscheidend mitgestaltet. Noch heute ist der Hauptbrandmeister aktiv dabei und unterstützt seinen Sohn in dessen Arbeit als Löschgruppenführer. Auch sein zweiter Sohn schickt sich an, eine Führungsposition in der Gruppe zu übernehmen.

Seit 35 Jahren dabei

An seinen Eintritt in die Freiwillige Feuerwehr als 17-jähriger erinnert sich Josef Hemmersbach: „Es war schon eine moralische Verpflichtung, bei der Feuerwehr mitzumachen. Denn eine Berufsfeuerwehr gab es weit und breit nicht, und die Bereitschaft der Älteren, wieder eine Uniform anzuziehen, war auch nicht groß. Also mußten wir Jungen die Ärmel hochkrempeln, damit wenigstens ein den Grunderfordernissen entsprechender Brandschutz gewährleistet war. Trotzdem, daß es vorn und hinten an Material und Fahrzeugen fehlte, war diese Zeit des Aufbaus für mich ein absolut positives Erlebnis.“

Bereits in die Feuerwehr eingebunden, war der gelernte Mechaniker dabei, als die damalige Stadt Porz 1957 Kräfte für ihre hauptamtlich besetzte Feuerwache einstellte. Trotz der neuen beruflichen Aufgabe

blieb er seinem ehrenamtlichen Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr weiter treu. Und nicht nur das. Denn mit der Gründung der Jugendfeuerwehr Porz kamen 1970 neue Aufgaben dazu.

Umfangreiche Jugendarbeit

Bereits in früheren Jahren in der Pfarrjugend aktiv, war Josef Hemmersbach der Bereich Jugendarbeit nicht unbekannt. Folglich sagte er nicht nein, als ein Verantwortlicher für die neue Jugendgruppe gesucht wurde. So wurde aus dem städtischen Feuerwehr-Bediensteten und dem ehrenamtlichen Feuerwehrmann auch der Jugendfeuerwehrwart Josef Hemmersbach.

Weitreichende Veränderungen auch für die Feuerwehr brachte im Jahre 1975 die kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen, wodurch unter anderem die Stadt Porz in die Stadt Köln eingemeindet wurde. Für Josef Hemmersbach bedeutete das, von nun an Beamter der Berufsfeuerwehr Köln zu sein.

Nein sagte er wiederum nicht, als ihn der Ruf erreichte, als Stadtjugendfeuerwehrwart die Leitung der durch die verschiedenen Eingemeindungen vergrößerten Jugendfeuerwehr der Stadt zu übernehmen, verbunden mit dem Eintritt in den Vorstand des Stadtfeuerwehrverbandes. Doch damit nicht genug: Seit zehn Jahren hat er die Funktion des stellvertretenden Landesjugendfeuerwehrwarts Nordrhein-Westfalen inne und ist für das Sachgebiet Leistungsbewertung und Wettkämpfe zuständig.

Gute Zusammenarbeit

Themenwechsel: Konnte der Hauptbrandmeister, als stellvertretender Gruppenleiter in der Feuerwehr-Einsatzzentrale tätig, dort Erfahrungen mit dem Einsatz von Katastrophenschutz-Einheiten sammeln? Wenig, gibt er zu bedenken, denn bei einem Perso-

nalbestand von rund 1700 Beamten und Freiwilligen bildet die städtische Feuerwehr doch ein Potential, mit dem sich selbst größere Schadenslagen bewältigen lassen.

Einen Einsatz konnte er jedoch mitverfolgen, das war im März 1989. Damals war bei einer Schiffshavarie tonnenweise schweres Heizöl in den Rhein geflossen und hatte die städtischen Uferflächen verseucht. Wegen der Größe der Schadensfläche wurde neben der Feuerwehr auch das THW eingesetzt. Dem Urteil des seinerzeitigen Feuerwehrchefs, daß die Zusammenarbeit hervorragend war, kann er sich aus seiner Sicht nur anschließen.

In diesem Zusammenhang weist er auf die guten Kontakte der Berufsfeuerwehr zu ASB, DRK, JUH und MHD hin, die in Köln durch den gemeinsam getragenen Rettungsdienst schon Tradition haben. Das wirke sich natürlich auch auf die Zusammenarbeit beispielsweise bei Übungen aus, meint der Hauptbrandmeister.

Viele Wochenenden

Nach den Auswirkungen seines vielfachen Engagements auf das Privatleben befragt, gibt der 52-jährige unumwunden zu, daß „der größte Teil der Wochenenden des Jahres feuerwehrmäßig belegt ist“. Denn neben seinem Dienst ruft ja die Freiwillige Feuerwehr zu Übungen und Schulungen, wollen die acht städtischen Jugendgruppen mit ihren über 100 Mitgliedern betreut sein und fordert die Arbeit im Stadtfeuerwehrverband sowie auf Landesebene ihren zeitlichen Tribut. Ohne eine tolerante Familie, so betont er, sei dies alles nicht möglich.

Spiegelbilder seiner Arbeit sind das Bundesverdienstkreuz, das Feuerwehr-Ehrenkreuz in Silber und die Ehrennadel der Deutschen Jugendfeuerwehr – kein Ausgleich für Arbeit und Freizeit zwar, dennoch ehrenvolle Auszeichnungen für ein außergewöhnliches Engagement. -cl

12/89



ISSN 0173-7872

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das Bevölkerungsschutz-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.

Anschrift der Redaktion:

Deutscherherrenstraße 93–95, 5300 Bonn 2,
Postfach 20 01 61, Ruf (02 28) 84 01

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Deutscherherrenstraße 93–95, 5300 Bonn 2,
Postfach 20 01 61, Ruf (02 28) 84 01

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint
monatlich; im Juni/Juli und im
August/September als Doppelnummer

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Leitender Redakteur:

Peter Steinfurth

Redaktion:

Jochen von Arnim, Günter Sers,
Paul Claes, Sabine Matuszak

Layout:

Peter Bartke

Druck,

Herstellung und Vertrieb:

Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Postfach 12 04 06, 5300 Bonn 1
Ruf (02 28) 5 46-0, Telex 17-2 283 687
Teletex 2 28 36 87, Telefax 546-150

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,
Abonnement jährlich DM 33,60,
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllung- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Umschau	2
Aktuelles im Blickpunkt	
Wenn's um Leben oder Tod geht	8
Unfallrettung und ihre Schwachstellen	
Ein Labor auf Rädern	10
Die neuen nuklidspezifischen Meßfahrzeuge des Warndienstes	
Erste-Hilfe-Leistung bei Verkehrsunfällen	13
Untersuchung der Bundesanstalt für Straßenwesen	
30 Jahre Katastrophenschutzschule Bayern	18
Staatsminister Dr. Edmund Stoiber hielt Festansprache	
Aus Fehlern Lehren ziehen	22
Katastrophenschutzübung verlief nicht ganz reibungslos	
Vorbild Rathaus	24
Beispielhafter Behördenselbstschutz in Bad Harzburg	
Die Sicherheit fährt mit	26
Ein Blick hinter die Kulissen eines Verkehrsbetriebes	
Viel Wasser über viele Kilometer	28
Der neue „Hilfszug Wasser“	
25 Jahre Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz/Saarland	30
Mehr als 30 000 Helfer ausgebildet	
Bundesverband für den Selbstschutz	32
Technisches Hilfswerk	36
Warndienst	43
Deutsches Rotes Kreuz	46
Arbeiter-Samariter-Bund	49
Johanniter-Unfall-Hilfe	50
Malteser-Hilfsdienst	51
Deutscher Feuerwehrverband	53
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	56
Wissenschaft und Technik	61
Neue Bücher	62
Jahres-Inhaltsverzeichnis 1989	63
Minimagazin	U 3



Für ein zeitgemäßes Konzept der Gefahrenabwehr

Das „Schutzforum – Gesellschaft für Friedenssicherung und angewandte Humanität e.V.“, eine konfessionell und parteipolitisch unabhängige, gemeinnützige Vereinigung, hatte am 14. Dezember 1989 zu einem Pressegespräch eingeladen, an dem u. a. die Bundestagsabgeordneten Joachim Kalisch (CDU), Manfred Such (Die Grünen) und führende Vertreter aus Ministerien und sonstigen Verwaltungsbehörden sowie Schutzbauexperten teilnahmen. Vorgestellt wurde ein Gutachten des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der westfälischen Wilhelms-Universität Münster über „Volkswirtschaftliche und fiskalische Effekte der Einführung einer Schutzraumbaupflicht bei Neubauten der öffentlichen Hand“, das im Auftrag des „Schutzforums“ erstellt wurde.

Dr. Paul Wilhelm Kolb, Präsident des „Schutzforums“ und Präsident a. D. des Bundesamtes für Zivilschutz, betonte bei der Vorstellung des Gutachtens, der Schutzraumbau sei ein wichtiges Element in einem sich ergänzenden System eines modernen, den unterschiedlichen Bedrohungen und Gefährdungen gerecht wer-

denden Bevölkerungsschutzsystems. Im Namen des Schutzforums forderte Dr. Kolb die Gesetzgeber und die Regierungen in Bund und Ländern dazu auf, durch gemeinsame Gremien unverzüglich eine zeitgemäße Konzeption für ein gemeinsames, in sich organisatorisch beziehungsweise anwendungsbezogen stimmiges Gefahrenabwehrgesetz erarbeiten zu lassen. Dabei wären den Fragen Gesundheitssicherung und schützendes Bauen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ferner wären die Aufgabenfelder Selbstschutz und Selbsthilfe im Kontext zu anderen, schon vorhandenen Strukturen in der öffentlichen und privaten Wohlfahrt sowie der Unfallvorsorge neu zu bestimmen.

Nicht ausgeklammert werden dürften auch Fragen nach der Kompatibilität von Bevölkerungsschutz und Umweltschutz. „Welches sind die Kriterien für das Trennende und das Gemeinsame? Ist es zu verantworten, nur ein Verfassungsziel Umweltschutz zu positionieren, ohne zugleich eine entsprechende Lösung für das im Grunde vorrangige Ziel des Menschenschutzes im begrifflichen Gewande des Bevölkerungsschutz-

zes zu finden?“, so Dr. Kolb.

Auf jeden Fall seien alle nur denkbaren Mühen darauf zu verwenden, ein möglichst großes Maß an Übereinstimmung zwischen den politischen Richtungen in der Definition von Ziel und Ausmaß einer umfassenden Organisation zum Schutz der Menschen unseres Gemeinwesens vor Großgefahren herzustellen, meinte der Präsident des „Schutzforums“.

Die vorgestellte Studie analysiert die Folgen einer Schutzraumbaupflicht bei Baumaßnahmen der öffentlichen Hand. Dabei wird lediglich auf den öffentlichen Hochbau eingegangen. Der öffentliche Tiefbau in Form von Straßen-, U-Bahn- und Bundesbahntunnel wurde ausgeklammert, weil die vorliegenden Daten keinen Aufschluß über die Schutzraumbaufähigkeit dieser Baumaßnahmen geben.

Das Gutachten ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil wird analysiert, welche Effekte eingetreten wären, wenn eine Schutzraumbaupflicht im Zeitraum 1983 bis 1986 bestanden hätte und erfüllt worden wäre. An die „also“-Analyse schließt sich eine

vorausschauende Untersuchung für das Jahr 1989 an.

Die Studie zeigt auf, daß im Durchschnitt der betrachteten Jahre (1983 bis 1986 und 1989) der Staat jährlich rund 2500 Gebäude erstellt hat. Bei der Einführung einer Schutzraumbaupflicht für die öffentliche Hand wäre unter den gemachten Annahmen mit etwa 655 000 neuen Schutzplätzen jährlich zu rechnen gewesen. Der Beschäftigungseffekt wird bei vorsichtiger Kalkulation mit rund 12 600 neuen Arbeitsplätzen beziffert. Durch die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wäre es zu Steuermehreinnahmen des Staates in Höhe von rund 240 Millionen DM jährlich gekommen. Der Etat der Sozialversicherungen würde dabei durch höheres Beitragsaufkommen und gesunkene Transferaufgaben gleichzeitig um rund 400 Millionen DM entlastet.

Die Gutachter kommen zu dem Schluß, daß sich die Belastung durch eine Schutzraumbaupflicht der öffentlichen Hand durchschnittlich auf rund 720 Millionen DM jährlich belaufen würde. Hinzu kämen die Kosten der Instandhaltung der Schutzräume.

Neuer Name für BVRS

Der Berufsverband der Rettungssanitäter hat sich umbenannt. Im Zuge seiner Delegiertenversammlung reagierte der Verband damit auf das seit 1. September gültige Rettungsassistentengesetz. Gleichzeitig stellt der „Berufsverband für den Rettungsdienst“, so der neue Name, sein überarbeitetes Programm und

das geschäftsführende Präsidium vor. Präsident ist Arno Eisdorff, Vizepräsidenten sind Wolfram Geier und Diter Juhls, Schatzmeister Franz Brömmling, Justiziar Rechtsanwalt Otto-Victor zu Bentheim und Generalsekretärin Christiane Schraitle. Der Berufsverband für den Rettungsdienst versteht sich nach eigener Aussage als organisationsunabhängiger und überparteilicher Berufsfachverband für den Bereich

des Rettungsdienstes in der Bundesrepublik Deutschland. Er setzt sich in seiner Mitgliedschaft vor allem aus Rettungsdienstpersonal (Rettungsassistenten, Rettungssanitätern, Rettungshelfern sowie Ärzten und Notärzten) und Fachleuten in Fragen der Notfallmedizin, Technik, Organisation und Verwaltung des Rettungswesens zusammen. Dazu kommen Fördermitglieder. Der Verband versteht sich als Nachfolger seines

Rechtsvorgängers und will an dessen Arbeit anknüpfen, also als kritischer Fachverband „Impulse zur Verbesserung und Gestaltung des Rettungswesens geben, und ein aufgeschlossener Gesprächspartner für alle auf diesem Sektor tätigen Organisationen sein“, heißt es in einem Informationsblatt des neugegründeten Verbandes.

Die bayerische Umweltmedaille ging an Feuerwehr und Luftretter

Bei einem Festakt im historischen Landshuter Salzstadl verlieh Bayerns Umweltminister Alfred Dick die Umweltmedaille 1989 an die Luftrettungsstaffel, die Freiwilligen Feuerwehren und an die Berufsfeuerwehren des Freistaats.

In seiner Laudatio hob Dick die besonderen Verdienste dieser drei Organisationen „um Schutz, Gestaltung und Vermittlung einer gesunden Umwelt“ hervor.

Die bayerische Umweltmedaille 1989 gehe an drei Organisationen, die „gleichermaßen in beispielhafter Weise Hilfsbereitschaft und Gemeinschaftsgeist, ausgeprägtes Leistungsbewußtsein und staatsbürgerliche Mitverantwortung verkörpern. Die große Einsatzbereitschaft für die Allgemeinheit, die Hilfe für den Mitbürger in Gefahr und die Verantwortung für die öffentlichen Belange – auch unter persönlicher Gefahr für Gesundheit und Leben –, diese Tugenden gehören“ – so Minister Dick – „zur besten Tradition unserer Feuerwehren und sie sind das Markenzeichen einer mehr als 20jährigen Arbeit unserer Luftrettungsstaffel.

Weiter führte der Minister aus: „... ebenso wie die Feuerwehren stellt die Luftrettungsstaffel Bayern ein hohes Maß an uneigennützigem Einsatzbereitschaft, an fachlichem Können und



Der Präsident der Bayerischen Luftrettungsstaffel Ernst Schramm (links) nahm aus der Hand von Bayerns Umweltminister Alfred Dick die Auszeichnung entgegen.

Idealismus in den Dienst der Allgemeinheit...

Die Luftrettungsstaffel Bayern ist aus der Erkenntnis entstanden, daß große Katastrophen und Unglücksfälle oftmals nur dann wirksam bekämpft werden können, wenn das Schadensmaß durch Beobachtung aus der Luft möglichst frühzeitig und umfassend erkannt werden kann.

Umweltminister Dick würdigte neben der Waldbrandbekämpfung und der Suche nach Immissions-schäden das Engagement der

Staffel für den Schutz von Trocken- und Feuchtbiotopen sowie von Landschafts- und Naturschutzgebieten: „... Neben Gefahren durch intensive Nutzung und Baumaßnahmen sind diese Gebiete ... vor allem durch Freizeitaktivitäten bedroht. Die Piloten der Luftrettungsstaffel leisten bei der gezielten Beobachtung derartiger Gebiete einen unverzichtbaren Beitrag, um eventuellen Schädigungen frühzeitig entgegenzutreten zu können. Sie sind als das „fliegende Auge des Um-

weltschutzes“ heute ein unverzichtbares Element einer effektiven und prophylaktischen Natur- und Umweltschutzarbeit.“

Der Minister wies weiter darauf hin, daß sich auch die Aufgabenbereiche und Einsatzfelder der Feuerwehren im Lauf der Zeit gewandelt und ausgeweitet hätten, besonders auf dem Umweltbereich. Nur jeder fünfte Feuerwehreinsatz diene heute noch der Brandbekämpfung. Die Gefahren der Technik von heute – so der Umweltminister – könnte jedoch nicht mit den Mitteln von gestern bekämpft werden.

LRST-Präsident Schramm, der die Medaille stellvertretend für 400 ehrenamtliche Helfer seiner Staffel entgegennahm, wies in seiner Dankesrede auf die tatkräftige Unterstützung der LRST durch die verschiedensten Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes hin – etwa durch Feuerwehren und Technisches Hilfswerk. Ohne die Unterstützung auch durch die Bayerische Staatsministerin für Inneres, Landwirtschaft und Umweltschutz und durch deren nachgeordnete Behörden wären – so LRST-Präsident Dipl.-Ing. Ernst Schramm – die Bemühungen der Staffel zur Erfolglosigkeit verdammt gewesen. Mit der Verleihung der Umweltschutzmedaille 1989 würden daher auch die weitsichtigen Mitarbeiter dieser Stellen geehrt.

Feuerwehrmann von Löschwasser erschlagen

Ein 54-jähriger freiwilliger Feuerwehrmann wurde im südfranzösischen Privas von 5 000 Liter Löschwasser erschlagen. Der Mann hatte eine Löschgruppe in der Nähe von Marcols-les-eaux in den Cavennas bei einem Waldbrand geführt. Dabei kamen auch

Löschflugzeuge zum Einsatz. Weshalb der 54-jährige vom Löschwasser einer der Maschinen getroffen wurde, ist noch ungeklärt.

Großübung in Greven

Als Einsatzgelände für eine Großübung in Greven unter Beteiligung von DRK, MHD, DLRG, THW und Feuerwehr diente eine

alte Kläranlage, die vom THW-OV Greven als Übungsgelände genutzt wird. Die Planung der Übung, der eine Explosion in einem Industriebetrieb zugrunde lag, führte THW-Zugführer Klaus Elfert durch.

Insgesamt waren 218 Einsatzkräfte und 35 Fahrzeuge beteiligt. Es galt, 16 „Verletzte“ zu bergen. Jede Hilfsorganisation hatte hierbei festgelegte Aufgaben zu erfüllen. So hatte die Feuerwehr verschiedene Brände zu löschen, die

DLRG suchte „Verletzte“ in den einzelnen Klärbecken, das THW barg die „Opfer“, das DRK richtete eine Verletzensammelstelle ein und verlegte Fernspreitleitungen zur Einsatzzentrale. Der MHD sorgte schließlich für den Abtransport der „Verletzten“ ins Krankenhaus.

Alle Beteiligten waren mit dem Ablauf der Übung, die das gekonnte Zusammenspiel der Hilfsorganisationen aufzeigte, zufrieden.

Massenkarambolage mit brennenden Pkw

Ein Todesopfer und sieben verletzte Personen hat ein schwerer Unfall auf der Autobahn unmittelbar vor der Anschlußselle Nörten-Hardenberg gefordert. Ein Pkw aus Plön mit einer 27-jährigen Frau am Steuer war nach einem Überholmanöver ins Schleudern geraten, gegen die Leitplanken geprallt und war dann mitten auf dem Hauptfahrstreifen

stehen geblieben. Die Insassen des überholten Fahrzeuges, zwei Northeimer, hielten auf dem Standstreifen an und befreiten die drei leicht verletzten Insassen des verunglückten Wagens, wobei sie sich in der Eile auch noch selbst verletzten. Beim Versuch, dem Unfallauto auszuweichen, rasten drei nachfolgende Pkw aufeinander und fingen Feuer. Für die 38-jährige Beifahrerin im hintersten Wagen kam jede Hilfe zu spät. (Foto: Otto)



Risikostudie ermittelte ausreichende Sicherheitsreserven in Kernkraftwerken

Systemänderungen führten zu zahlreichen Verbesserungen

Risikountersuchungen sind heute weltweit als leistungsfähiges Instrument zur technischen Sicherheitsbeurteilung anerkannt. Im Auftrag des BMFT hat die Gesellschaft für Reaktorsicherheit die Deutsche Risikostudie Kernkraftwerke erarbeitet. Mit der 1979 veröffentlichten Phase A wurde erstmals für ein Kernkraftwerk in der Bundesrepublik Deutschland eine umfassende Risikoanalyse durchgeführt und das mit Störfällen verbundene kollektive Risiko dargestellt.

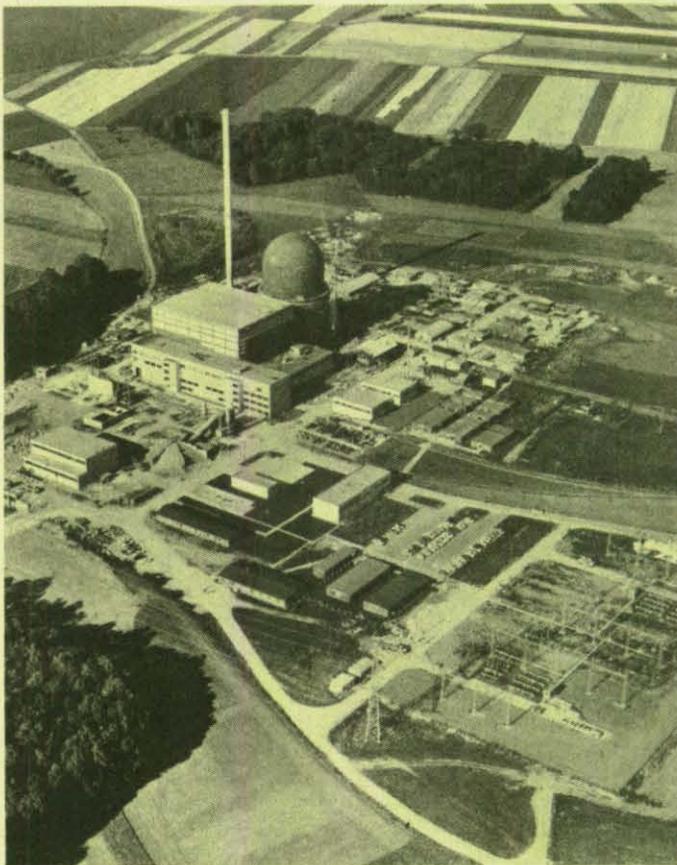
Phase B zielt auf die anlagentechnische Sicherheitsanalyse. Dabei sollten relative Schwachstellen ermittelt werden, um mit den hieraus resultierenden sicherheitstechnischen Verbesserungen und der Vorausplanung anlageninterner Notfallmaßnahmen einen Beitrag zu einem konkreten technischen Sicherheitsgewinn zu leisten. Die Untersuchungen ergaben für die Häufigkeit der durch die Sicherheitssysteme nicht beherrschten Ereignisabläufe etwa drei Ereignisse in 100 000 Jahren. Dieser Wert liegt bei einem Drittel des entsprechenden Wertes aus der Phase A. Die Ursache für diese Verbesserung ist wesentlich auf eine Reihe von Systemänderungen zurückzuführen, die aufgrund der Ergeb-

nisse der Phase A in der Referenzanlage Biblis durchgeführt wurden. Umfangreiche anlagendynamische Untersuchungen zeigten, daß die Anlage auch dann noch Sicherheitsreserven besitzt, wenn Sicherheitssysteme ausge-

fallen sind. Es besteht eine Reihe verschiedener und flexibler Möglichkeiten, nach einem Ausfall von Sicherheitssystemen anlageninterne Notfallmaßnahmen vorzunehmen, um ein Kernschmelzen zu verhindern. Es ist ein wesentli-

ches Ergebnis der Studie, die Bedeutung solcher Maßnahmen für die Verhinderung von Kernschmelzunfällen und somit für die Begrenzung der Unfallfolgen aufgezeigt und analysiert zu haben. Eine Abschätzung zeigt, daß mit den untersuchten Notfallmaßnahmen zur Druckentlastung des Primärkühlkreislaufs und der Wiederherstellung der Kernkühlung die Häufigkeit nicht beherrschter Ereignisabläufe auf ein Zentel herabgesetzt wird. Für die Möglichkeit des Schmelzens des Reaktorkerns unter hohem Druck ergibt sich eine Häufigkeit von fünf Ereignissen in 10 Millionen Jahren.

(BMFT-Journal Nr. 5/89)



Forchheim: Schutzraumanlage getestet

In der großen Kreisstadt Forchheim wurde die Schutzraumanlage „Paradeplatz“ in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober 1989 zum ersten Male in Betrieb genommen. Die Mehrzweckanlage, eine Tiefgarage, wurde vollständig von Fahrzeugen geräumt. Unter der Leitung von

Franz Streit richtete dann der Schutzraumbetriebsdienst der Stadt Forchheim mit Unterstützung des Schutzraumbetriebsdienstes der Stadt Bamberg die Anlage ein. Als erstes erfolgte die Überprüfung der Notstrom- sowie Elektroanlage. Es folgte eine Überdruckprüfung bei Normalluftbetrieb mit Kontrolle der Druckabweichungen am Tor und an den Türen. Anschließend wurden die Sanitäranlagen sowie die Schutzraumbetten aufgebaut und Funktionsräume wie Küchen, Krankenräume etc. eingerichtet. Zuletzt erfolgte die Umstellung der Belüftungsanlage auf Schutzluftbetrieb.

Gegen 1.00 Uhr nachts begann der Abbau der umfangreichen Schutzraumausrüstung, so daß

die Tiefgarage ab 7.00 Uhr morgens wieder genutzt werden konnte.

Im Laufe des Abends informierte sich Bürgermeister Eduard Nöth in Vertretung des Oberbürgermeisters und Mitarbeiter der für den Schutzbau verantwortlichen Behörden sowie Vertreter der Hilfsorganisationen und Presse über den Ablauf der einzelnen Maßnahmen. Nöth bedankte sich bei den Helfern des 1987 installierten Schutzraumbetriebsdienstes und hob insbesondere das Engagement Franz Streits hervor, dem es gelungen sei, junge Menschen für diesen wichtigen Dienst zu motivieren.

Unser Bild zeigt die Helfer des Schutzraumbetriebsdienstes bei der Aufstellung der Betten.



STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Geschäftsbereich des Bundesamtes für Zivildienst, einer Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern, ist bei der

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk Landesverband Schleswig-Holstein in Kiel

die Stelle des

Sachgebietsleiters für Öffentlichkeitsarbeit

mit einer/einem Angestellten zu besetzen.

Dem Sachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit obliegt in enger Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten die Darstellung der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk in der Öffentlichkeit. Dazu gehören die Kontaktpflege zu Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film, die Beobachtung der Publikationsorgane und die Auswertung ihrer das THW betreffenden Veröffentlichungen sowie die Verbindung zu Behörden, Organisationen und Verbänden. Darüber hinaus ist die Öffentlichkeitsarbeit der THW-Ortsverbände zu initiieren und zu unterstützen.

Der Sachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit muß Veröffentlichungen erarbeiten, das Informationsmaterial zusammenstellen und Ausstellungen durchführen.

Gesucht wird ein Mitarbeiter, der über eine journalistische Ausbildung verfügt, kaufmännische oder verwaltungsmäßige Fähigkeiten besitzt und nachweisbar in der Lage ist, die beschriebenen Aufgaben zu erfüllen.

Stehen geeignete Bewerber mit dieser Qualifikation nicht zur Verfügung, kommen auch Bewerber in Frage, die aufgrund einschlägiger Tätigkeiten gleichwertige Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen.

Organisationstalent und Verständnis für die Belange einer humanitären Hilfsorganisation werden vorausgesetzt.

Vorbehaltlich einer endgültigen Bewertung ist eine Eingruppierung bis Vergütungsgruppe IV b BAT möglich.

Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk würde es begrüßen, wenn sich durch diese Ausschreibung insbesondere auch Frauen angesprochen fühlen. Ihnen werden die gleichen Aufstiegschancen geboten wie Männern.

Bewerbungen mit Zeugniskopien, Lebenslauf, einer Übersicht über den schulischen und beruflichen Werdegang sowie einem Lichtbild werden bis zum 31. Januar 1990 (verspätet eingehende Bewerbungen können nicht berücksichtigt werden) unter Angabe der Kennzahl THW 22/89 erbeten an die

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

– Leitung –
Postfach 20 03 51
5300 Bonn 2

Gefahr durch Kampfmittel aus den Weltkriegen

„Immer neue Unfälle mit Toten und Verletzten zeigen, wie groß die Gefahr durch Kampfmittel aus den beiden Weltkriegen noch ist“, erklärte Innenminister Dr. Herbert Schnoor in Düsseldorf bei der Vorlage des Jahresberichtes 1988 über die Kampfmittelbeseitigung im Lande Nordrhein-Westfalen.

Allein 1988 ereigneten sich drei Unfälle mit zufällig gefundener Munition aus dem 2. Weltkrieg. Sie forderten zwei Tote. Besonders gefährdet sind Kinder, Sammler von Militaria, Tiefbaupersonal, Landwirte und Forstpersonal. „Erwachsene haben eine große Verantwortung, wenn sie munitionsähnliche Funde in Händen von Kindern bemerken“, mahnte Minister Schnoor. Er empfiehlt: „Gefundene Gegenstände liegen lassen und sofort die örtliche Ordnungsbehörde (Gemeinde) benachrichtigen. Berühren oder gar untersuchen verdächtiger Gegenstände kann lebensgefährliche Folgen haben.“

Unfälle mit Manövermunition sind nach Meinung Schnoors Anlaß genug, auch auf die Gefährlichkeit der Munition hinzuweisen, die von der Bundeswehr und den Stationierungstreitkräften bei Übungen verwendet wird. Für Funde solcher Munition besteht eine sehr große Dunkelziffer, weil sie fälschlicherweise als ungefährlich angesehen wird und deshalb die vorgeschriebene Meldung bei den Ordnungsbehörden unterbleibt. Besonders im Hinblick auf Manöver und Übungen außerhalb von Truppenübungsplätzen und in den Randzonen der Truppenübungsplätze bittet der Minister die Streitkräfte, besonders sorgfältig mit Munition umzugehen und alles zu tun, um Gefahren für die Bevölkerung durch verlorengegangene Munition möglichst auszuschließen.

Erfolgreicher Sicherheitswettbewerb

Die Freiwillige Feuerwehr Weingarten veranstaltet jedes

Jahr einen „Tag der offenen Tür“. 1989 hat die Stadtverwaltung diese Gelegenheit genutzt, um in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband für den Selbstschutz, Dienststelle Ravensburg, einen Sicherheitswettbewerb zu veranstalten. Als Schirmherr konnte Oberbürgermeister Gerich gewonnen werden.

Neben der Freiwilligen Feuerwehr beteiligten sich das DRK, die JUH, die DLRG, das THW, die Polizei, das Landratsamt Ravensburg, die Warndienstleitmeßstelle, die Rettungshundestaffel Bodensee Oberschwaben sowie die Selbstschutzberater der Stadt Weingarten. Sie betreuten die einzelnen Stationen des Sicherheitswettbewerbs, an denen die Teilnehmer Gelegenheit hatten, ihr Können und Wissen auf dem Gebiet des Selbstschutzes zu testen.

Besonderes Interesse fand die Rettungshundestaffel Bodensee Oberschwaben, die erstmals in Weingarten an einem Sicherheitswettbewerb teilnahm. Die Vorführungen der Staffel wurden von den Zuschauern mit besonderem Beifall bedacht.

Intensive Ausbildung in Detmold

Wie in den letzten Jahren, führte die Bereitschaft Detmold des Deutschen Roten Kreuzes eine zweitägige Ausbildungsveranstaltung durch. Ausbildungs- und Unterbringungsort war wieder der Ausbildungsstützpunkt der Bundeswehr in Feldrom/Mönckeburg.

Kraftfahrzeugmarsch war der erste Ausbildungspunkt, womit der eingesetzte Marschführer und seine Gehilfen alle Hände voll zu tun hatten. Die Fahrer und Beifahrer sollten üben, sich in einem geschlossenen Verband sicher und ordnungsgemäß zu bewegen.

Am Zielort begann für die einzelnen Einheiten die Ausbildung. So ging es für den Verpflegungstrupp des Versorgungsdienstes vorrangig um die Verpflegung der fast 90 Teilnehmer. Für die übrigen Einheiten des Versorgungsdienstes und der Führungsgruppe Bereitschaft ging es ins Gelände. Einsatzlehre war angesagt. Man

suchte Punkte im Gelände auf, die man vorher anhand der Karte festgelegt hatte, legte Fahrstrecken für angenommene Fahrzeugmärsche fest und versuchte, sich mit verschiedensten Hilfsmitteln im Gelände zu orientieren.

Für die Helferinnen und Helfer des Sanitätsdienstes wurden am ersten Tag drei Schwerpunkte gesetzt: Als erstes wurde ein Teil der Einheit mit einer simulierten Unfallsituation konfrontiert, bei welcher es darum ging, Betroffene, die durch Helfer der Bereitschaft Schlangen sowie der Bereitschaft Blomberg dargestellt wurden, schnell zu retten und anschließend sanitätsdienstlich zu versorgen. Der zweite Schwerpunkt war der anschließende Transport der zuvor Versorgten durch die Trägertrupps. Als dritter Ausbildungsschwerpunkt wurde durch die Helferinnen und Helfer der Arztgruppe des I. Sanitätszuges Detmold ein Verbandplatz errichtet.

Für die Helferinnen und Helfer des regionalen K-Betreuungszuges Detmold war der Aufbau und die Einrichtung von Zelten als Notunterkünfte Ausbildungsziel.

Ein weiterer Ausbildungspunkt wurde durch den Bundesverband

THW hilft erneut in Armenien

Ein Jahr nach dem Erdbeben vom 7. Dezember 1988 in Armenien ist das Technische Hilfswerk wieder mit zwei kleineren Einsatzmannschaften in Leninakan und in Spitak tätig. In Leninakan unterstützen sechs THW-Helfer den Arbeiter-Samariter-Bund beim Ausbau eines Krankenhauses. Hier führen die THW-Helfer hauptsächlich Installationsarbeiten im Wasser- und Elektrobereich aus und verlegen Fliesen.

In Spitak dagegen hilft das THW dem Deutschen Roten Kreuz bei der Fertigstellung von 500 Behelfshäusern. Elf THW-Helfer verlegen Fußböden und verrichten Installations- und Anstreicherarbeiten. Etwa 250 Häuser sind bereits fertiggestellt oder stehen kurz vor der Vollendung.

für den Selbstschutz (BVS) gestaltet. Hier konnte durch die Teilnehmer der Umgang mit Feuerlöschern und anderen Brandbekämpfungsmitteln geübt werden.

Der Abend stand ganz im Zeichen der Kameradschaftspflege. Gemütliches Beisammensein am Lagerfeuer war angesagt. Kreisbereitschaftsführer Ernst Sprick betonte hierbei die Notwendigkeit solcher Ausbildungsveranstaltungen für die Einsatzfähigkeit des DRK.

Am nächsten Tag gegen 9.00 Uhr ging es in den zweiten Teil der Ausbildung. Praktische Übungen standen auf dem Programm. Geprobt wurde die Zusammenarbeit der verschiedenen Fachdienste des Katastrophenschutzes. Außerdem kam auf die Führungsgruppe der Bereitschaft Detmold die Aufgabe zu, den Einsatz verschiedener Katastrophenschutz-einheiten für den simulierten Schadenfall zu leiten.

ABC-Züge im Vergleichswettkampf

Am 8. Oktober 1989 führten die ABC-Züge des Regierungsbezirks Münster einen Vergleichswettkampf auf dem Schießplatz in Haltern-Lavesum durch. Der Wettkampf war in einen theoretischen und praktischen Teil gegliedert. An den Start gingen acht Züge (Feuerwehr, THW, Regieeinheiten).

Nach der Beantwortung von schriftlichen Fragen ging es im praktischen Teil zunächst darum, daß sich die gesamte Gruppe möglichst schnell mit Atemschutzgerät und Schutzkleidung ausstattete. Anschließend mußte eine Streuspur mit Spürpulver ausgebracht, der pH-Wert einer Flüssigkeit bestimmt und mit den Geräten des Spürkastens 80 eine weitere Flüssigkeit analysiert werden.

Des weiteren mußte eine Dekontaminationsstelle aufgebaut werden. Das Zelt mußte anhand der vorgegebenen Windrichtung ausgerichtet und möglichst schnell aufgebaut werden. Die einzelnen Stationen waren in der richtigen Reihenfolge und vollständig bestückt einzurichten.

Die abschließende Siegerehrung sah den 1. ABC-Zug Münster

als Gewinner, gefolgt vom 1. ABC-Zug Coesfeld und dem 1. ABC-Zug Borken. Katastrophenschutz-Dezernent Jürgen Hainke überreichte den strahlenden Siegern die vom Regierungspräsidenten gestifteten Pokale und Urkunden.

Immer mehr Feuerwehr-Einsätze bei Unfällen

Die Feuerwehr muß immer öfter nach Unfällen mit gefährlichen Gütern und Stoffen helfen. Allein im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Einsätze bei den Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen deutlich um 13 Prozent. Dies teilte jetzt der nordrhein-westfälische Innenminister, Herbert Schnoor, in Düsseldorf mit. Schnoor sieht sich damit in seiner Forderung bestätigt, die Gefahrguttransporte verstärkt von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

Der Innenminister begrüßte, daß in NRW bereits ein Verkehrsverbot für besonders gefährliche Stoffe auf bestimmten Straßen – zur Zeit sind es insgesamt 150 Strecken, insbesondere Gefällestrecken – vorgeschrieben ist. Diese Strecken sind durch Verkehrszeichen für Gefahrgutfahrzeuge gesperrt.

Des weiteren hält Schnoor eine verbesserte Fahrzeugtechnik für unbedingt erforderlich. In einer neuen Fahrzeuggeneration müßten seiner Ansicht nach Forderungen wie verschleißfreie Bremsen, Verlagerung des Schwerpunktes nach unten, seitlicher Unterfahrschutz und Nebelleuchten verwirklicht werden. Auch automatische Blockierhinderer, „die leider gesetzlich noch nicht vorgeschrieben sind“, würden dazu beitragen, Gefahrgutunfälle zu verhindern.

Auch eine intensivere Ausbildung derer, die mit Gefahrgut umgehen, wünscht sich der Minister. Die regelmäßige Wiederholung der Schulung von Fahrzeugführern, die jetzt gesetzlich vorgeschrieben wurde, hält er für einen Schritt in die richtige Richtung.

Die Feuerwehren ihrerseits benötigten eine zutreffende Kennzeichnung der Gefahrgutfahrzeuge, damit eine schnelle

und sachgerechte Schadensbekämpfung erfolgen kann. Gerade diese vorgeschriebene Kennzeichnung sei häufig überhaupt nicht oder nicht korrekt vorhanden. „Hierdurch ist eine unverantwortliche Gefährdung für die Einsatzkräfte und Unbeteiligte gegeben“, kritisierte Schnoor.

Bei Gefahrgut handele es sich überwiegend um Erdölprodukte, wie Heizöl, Benzin, Flüssiggas sowie um giftige, ätzende oder explosive Stoffe.

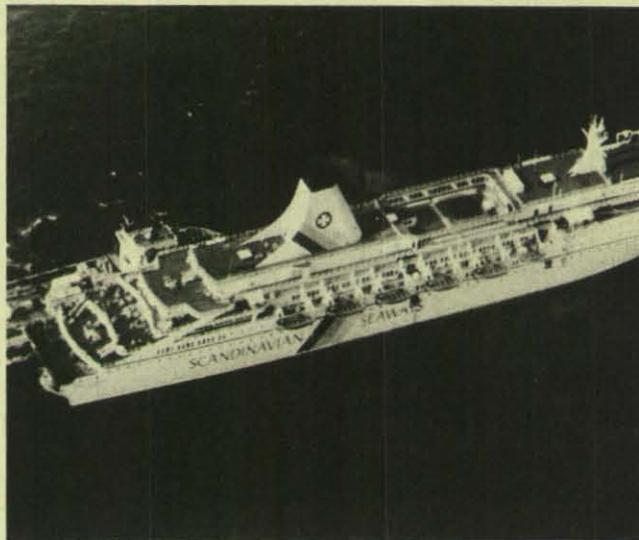
Minister Schnoor wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die nordrhein-westfälischen Feuerwehren in technischer Hinsicht für Gefahrgutunfälle gut ausgerüstet seien: In den letzten Jahren habe das Land NRW rund 13 Millionen Mark für die Beschaffung spezieller Gefahrgut-Bekämpfungsfahrzeuge bereitgestellt. Ebenfalls wurde der Ausbildung der Feuerwehrangehörigen für Gefahrguteinsätze besondere Bedeutung zugemessen. Das, so Schnoor, beziehe sich sowohl auf den eigenen Schutz der Feuerwehrmänner als auch auf eine sachgerechte Gefahrenabwehr. Für den Feuerwehrersatzleiter sei es wichtig, so schnell wie möglich Aufschluß

Ein „alter Hut“: Radio mit Kerze als Energiequelle

Vor kurzem las man es in den Tageszeitungen: Japaner wollen ein Radio auf den Markt bringen, das weder an ein Stromnetz angeschlossen noch von einer Batterie gespeist wird; es benötigt lediglich eine gewöhnliche Kerze als Energiequelle.

Die Idee, ein Radio mit einer Kerze zu betreiben, ist nicht neu. Schon vor mehr als 25 Jahren hat das Bundesamt für Zivilschutz für Notfälle ein solches Verfahren empfohlen und einen Prototyp jahrelang in Ausstellungen gezeigt. Allerdings kam es damals mangels breitem Interesse nicht zur Serienproduktion. So bleibt abzuwarten, ob die Japaner mit „kerzenbetriebener Elektronik“ mehr Erfolg haben werden.

Passagiere vom Feuer bedroht



Bei einem Brand an Bord der dänischen Nordsee-Personenfähre „Tor Scandinavia“ sind zwei Passagiere ums Leben gekommen. Scharfe Kritik übten dänische Schifffahrtsexperten daran, daß die Funkzentrale der mit 550 Passagieren

und 120 Besatzungsmitgliedern besetzten Fähre durch die starke Rauchentwicklung lahmgelegt werden konnte.

Das Foto zeigt die „Tor Scandinavia“ mit einem längsseits gegangenen Feuerlöschboot. (Foto: dpa)

über die bei einem Unfall freigebliebenen Stoffe zu erhalten. Deshalb werde in Nordrhein-Westfalen vorrangig am Aufbau des Informationssystems „Gefährliche Stoffe“ gearbeitet.

Die nordrhein-westfälischen „Blauröcke“, das sind rund 100 000 Frauen und Männer der Freiwilligen Feuerwehren und Berufsfeuerwehren sowie der Werk- und Betriebsfeuerwehren, rückten 1988 zu insgesamt 1 103 358 Einsätzen aus. Dabei machten die 42 004 Brandeinsätze den vergleichbar geringsten Teil aus. „Wenn in den letzten Jahren die Anzahl der Brände nicht weiter zugenommen hat, sondern sogar leicht rückläufig ist, so ist das auch ein Erfolg der Arbeit der Feuerwehren beim vorbeugenden Brandschutz“, meinte Schnoor. Die Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren sowie die Brandschutzingenieure der Kreise haben allein im vergangenen Jahr 34 048 brandschutztechnische Gutachten

im Rahmen ihrer Mitwirkung im Baugenehmigungsverfahren erstellt. Außerdem wurden 26 106 Brandschauen, das heißt Überprüfungen von Gebäuden oder Einrichtungen mit erhöhtem Gefahrenpotential, durchgeführt.

Mit 439 439 Notfalleinsätzen bei lebensbedrohenden Verletzungen oder Erkrankungen sowie 527 527 Krankentransporten stellt der Rettungsdienst das mit Abstand größte Aufgabengebiet der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen dar.

Minister Schnoor wies darauf hin, daß in NRW über den bekannten Feuerwehrruf 112 auch die Hilfe des Rettungsdienstes angefordert werden könne. 80 684 mal wurden 1988 allein die öffentlichen Feuerwehren, das sind die Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren, zu technischen Hilfeleistungen, wie zum Beispiel nach Verkehrs- und Betriebsunfällen oder bei Wasser- und Sturmschäden, alarmiert.

Wenn's um Leben oder Tod geht

Unfallrettung und ihre Schwachstellen

Die Rettungsdienstgesetze der einzelnen Bundesländer garantieren als zentrale Koordinierungsstelle des Rettungsdienstes die Rettungsleitstellen, die eine Kommunikation zwischen Hilfesuchenden und Hilfeleistenden ermöglichen. Jeder Verkehrsteilnehmer kann heutzutage in die Situation geraten, Erste-Hilfe leisten oder zumindest rasch Hilfe herbeiholen zu müssen. Der Notruf bei einer der entsprechenden 235 Leitstellen in der Bundesrepublik führt jedoch nicht immer zu dem erhofften Erfolg, da die Notrufmeldung häufig unvollständig und lückenhaft ankommt. Mißverständnisse und Kommunikationsschwierigkeiten sind die Folge. Gespräche, bei denen es häufig um Leben oder Tod geht, dauern oft unnötig lang und führen zu falschen Konsequenzen.

Die Leitstellen bilden ein lückenloses Versorgungsnetz und vermitteln den Einsatz des Rettungsdienstes von 1536 Rettungswachen aus, deren Fahrzeuge in einer Zeit bis zu zehn Minuten 83 Prozent aller Notfälle ohne Notärzte und 77 Prozent der Notfälle mit Notarzt erreicht haben. Das rechtzeitige Eintreffen des Rettungsdienstes am Unfallort ist ein wesentlicher Indikator für die Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes und für die Chance des Verunglückten, die akute Schädigung überleben zu können. Diese Zeit hängt keineswegs nur von den Organisationszeiten des Rettungsdienstes ab, sondern ganz wesentlich von der unmittelbaren Alarmierung, was entsprechend der Rettungskette in den Kompetenzbereich des Notfallzeugen entfällt.

Um Schwachstellen, die für Verwirrungen in der Leitstelle sorgen, aufdecken zu können, wurde stichprobenartig in drei Rettungsleitstellen verschiedener Bereiche (Würzburg, Schweinfurt und Berlin) eine Analyse der Notfallmeldungen vorgenommen. Seit 1978 wurden die Notrufsäulen an den Bundesautobahnen mit einer verbesserten Technik versehen, um die Meldemöglichkeiten bei Verkehrsunfällen zu steigern. Die Umrüstung ist seit 1987 abgeschlossen. Es hat sich jedoch gezeigt, daß die meisten Notrufe über Telefon gemeldet wer-

den (93 Prozent). Dies trifft sowohl für Notfälle in geschlossenen Gebäuden als auch für Unfälle auf der Straße zu. Bis zum Jahresbeginn waren von den 8616 Kilometern der Bundesautobahn 8536 Kilometer mit Notrufsäulen, etwa in einem Abstand von zwei Kilometern, ausgestattet. Bundesstraßen erhalten im Gegensatz zu den Bundesautobahnen keine Streckenfernsprechkabel mit den dazugehörigen Notrufsäulen. Über einen Zeitraum von zehn Jahren wurden jedoch rund 2200 private Unfallmelder eingerichtet. Trotz dieses relativ dichten Netzes wurden nur 21 Prozent der Verkehrsunfälle über Notrufmelder abgegeben. Es ließ sich feststellen, daß die Akzeptanz dieser Notrufmelder ebenso wie der öffentlichen Telefone (4,5 Prozent) nur gering ist. Als Ursache vermutet man Unkenntnis über die vorhandenen Meldemöglichkeiten und Scheu vor der Bedienung dieser Melder.

Wesentliche Informationen gehen verloren

Eine Notrufmeldung unter den Augen der Öffentlichkeit abzusetzen, bedeutet für viele eine Belastung. Ihnen ist oft in der Aufregung nicht mehr geläufig, welche Angaben der Notruf enthalten sollte. Gerade die für einen Anrufer außergewöhnliche Situation, als Zeuge in das Notfallgeschehen integriert zu sein, verunsichert besonders. Trotz dieser Ausnahmesituation fehlten bei den Notrufen unserer Analyse die wesentlichen Angaben nicht. Es hat sich allerdings gezeigt, daß bei der primären Meldung über den Polizeinotruf (Telefon 110) wesentliche Informationen verlorengehen. Die Polizei gibt nicht oder kann oft das Gespräch nicht unmittelbar über eine vorhandene Standleitung an die Rettungsleitstellen weitergeben, sondern notiert die erforderlichen Angaben, um diese an die Rettungsleitstelle zu übermitteln. Der Umweg über den Polizeinotruf erhöht aber nicht die Effektivität. Aus die-

sem Grunde stellt sich erneut die Frage, ob, wie in allen Ländern Europas und Amerikas üblich, eine einheitliche Notrufnummer in gleicher Weise wie der Polizei- und Feuerwehrnotruf (Dreierkombination) geschaffen werden sollte.

Die richtige Einschätzung des Notfalles durch den Notfallzeugen hat auch entscheidende Auswirkungen für eine indikationsgerechte Einsatzstufung. Damit kommt dem Ersthelfer nicht nur für die Lebensrettung des Notfallopfers, sondern auch für die Ökonomie des Rettungsdienstes eine wesentliche Rolle zu. Wenn es um Sparmaßnahmen in diesem Bereich geht, darf nicht

Schnelle Hilfe beginnt beim Notruf

Der richtige Notruf sollte immer nach der 5-W-Regel abgegeben werden: Denken Sie daran, Ruhe zu bewahren und genau überlegen!

1. Wo geschah es? – genaue Ortsangabe
2. Was ist geschehen? – genaue Beschreibung der vorliegenden Notfallumstände
3. Wie viele Verletzte/Erkrankte gibt es?
4. Welche Verletzungen/Erkrankungen liegen vor? – Wunden, Blutungen, Symptome bei Erkrankten
5. Nicht auflegen bis die Rettungsleitstelle das Gespräch beendet!

außer acht gelassen werden, daß eine unvollständige Notfallmeldung den Disponenten der Leitstelle dazu verpflichtet, das höherwertige Rettungsmittel (23 Prozent) einzusetzen. Werden fälschlicherweise zu häufig höherwertige Rettungsmittel – im Extremfall der Rettungshubschrauber – entsandt, dann steigen die wirtschaftlichen Belastungen des Rettungsdienstes erheblich an. Am häufigsten waren diese prophylaktischen Einsätze (39 Prozent) und die Fehleinsätze (16 Prozent) bei Notfallmeldungen über den Polizeinotruf. Am bestinformierten zeigten sich Angehörige, die nicht nur den Ort des Notfalles (96 Prozent), sondern auch den Unfall (94 Prozent) exakt wiedergaben. Es zeigt sich allerdings auch, daß die Informationen der Notfallzeugen nur in der Hälfte aller Fälle (57 Prozent) das medizinische Schadensereignis exakt beschreiben konnten. Daraus ist abzuleiten, daß gerade in der Beurteilung der lebenswichtigen Funktionen und entsprechender Störungen der menschlichen Integrität erhebliche Schwierigkeiten bestehen. Hier könnte durch den Besuch von Erste-Hilfe-Kursen Abhilfen geschaffen werden.

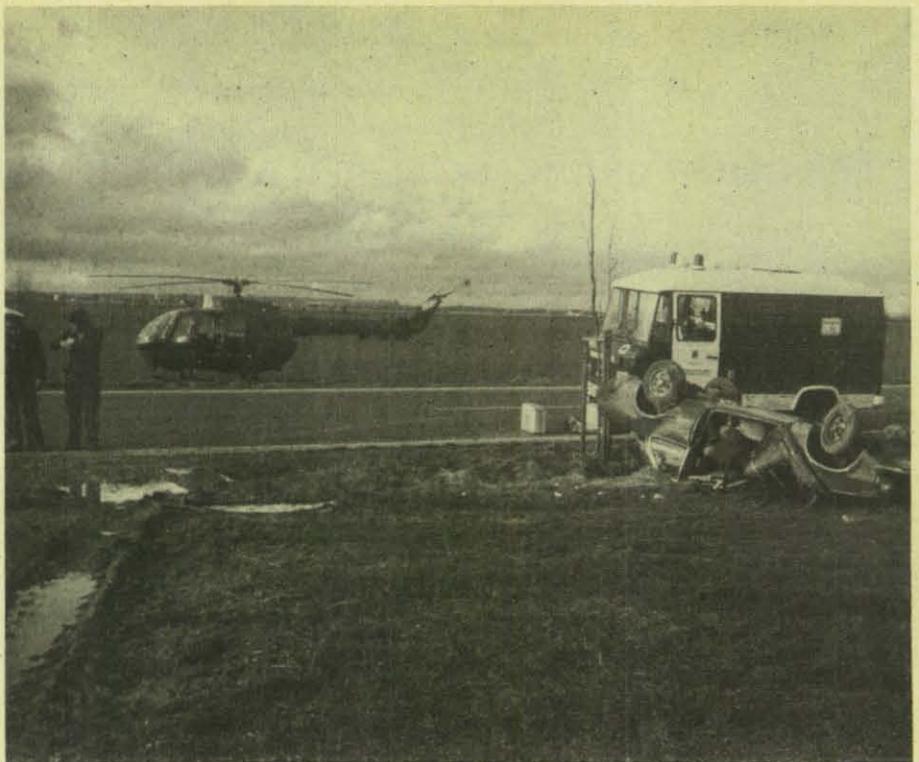
Auch die Gesprächsdauer des Notrufes sollte so kurz und informativ wie möglich gehalten werden, um das Ausrücken der Fahrzeuge nicht zu verzögern.

In die gleiche Richtung geht die Wertung der Dringlichkeit eines Notfalles, die oft (81 Prozent) falsch beurteilt wurde. Bei dem Vergleich der Dringlichkeit durch das Eintreffen des Rettungspersonals am Unfallort mit der Schilderung des Anrufers in der Rettungsleitstelle zeigte sich, daß jeder zweite Notfall einer höheren Dringlichkeit zugeordnet wurde, als er sich im Endeffekt tatsächlich darstellte.

Die Qualität des Notrufes hängt daher von folgenden Faktoren ab:

- Von der Befähigung des Notfallzeugen, insbesondere unter psychischer Belastung eine sachliche Erfassung und Wertung der Krankheits- und Verletzungssymptome vorzunehmen.
- Dem Grad der Informiertheit des Anrufers, der in der Person gewöhnlich nicht mit Notfallpatienten identisch ist.
- Der Anzahl der Übermittlungsetappen in der Informationskette, vom Ereignis bis zum Eintreffen der Meldung in der Leitstelle.
- Der Art des Ereignisses, dessen Umfang, Schwere und Übersichtlichkeit sowie dem Gefährdungsgrad der Helfer und die Anzahl der Betroffenen.

Die Ergebnisse der Analyse zeigen, daß bei der Vorbereitung der Ersthelfer auf den akuten Notfall die Phase nach dem unmittelbaren Auffinden des Notfallpatienten in der Ausbildung mehr berücksichtigt werden muß. Eine effektive Vorbereitung der Öffent-



Der Notarzt ist eingetroffen. Gingen vorher wesentliche Informationen verloren?

lichkeit auf eine eventuelle Notfallmeldung ist damit unbedingt angezeigt. Daß andererseits der Laienhelfer mit dem Notruf nicht überfordert wird, zeigt die Tatsache, daß 64 Prozent aller Meldungen die wesentlichen Inhalte enthielten. Neben der Feststellung der akuten Gefährdung und den erforderlichen lebensrettenden Sofortmaßnahmen ist

die Ausnutzung der fernmeldetechnischen Kommunikationsmöglichkeiten zur Information der Leitstelle mit dem Ziel der Verkürzung der Ausrückzeit und der entsprechenden Rettungsmittel nicht nur im Unterricht zu intensivieren, sondern auch durch praktische Übungen zu festigen.

(sicher unterwegs 5/89)



Die Informationen der Zeugen konnten nur selten das Schadensereignis exakt beschreiben.

Die neuen nuklidspezifischen Meßfahrzeuge des Warndienstes

Ein Labor auf Rädern

Schnelle Erfassung der Radioaktivität in der Umwelt – Meßfahrzeuge ergänzen die stationären Meßstellen

Messung, Auswertung und Übertragung örtlicher Aktivitätswerte radioaktiver Ablagerungen an unterschiedlichen Meßorten. Der Reaktorunfall von Tschernobyl (1986) hat schlagartig die Notwendigkeit einer flächendeckenden und kontinuierlichen Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gebracht.

Herzstück eines derartigen Überwachungsinstrumentes ist das Warndienstinformationssystem (WADIS) des Bundesamtes für Zivilschutz. Nahezu 2000 Meßstellen erfassen kontinuierlich die Gamma-Ortsdosisleistung (ODL) und liefern diese Werte mit Hilfe modernster Informations- und Kommunikationstechnik an zehn Warnämter,

deren Rechner die Daten auswerten und aufbereiten sowie bei Überschreitung bestimmter Schwellenwerte Alarm auslösen und das Institut für atmosphärische Radioaktivität (IAR) dem Bundesamt für Strahlenschutz als Meldekopf informieren.

Einbindung in WADIS

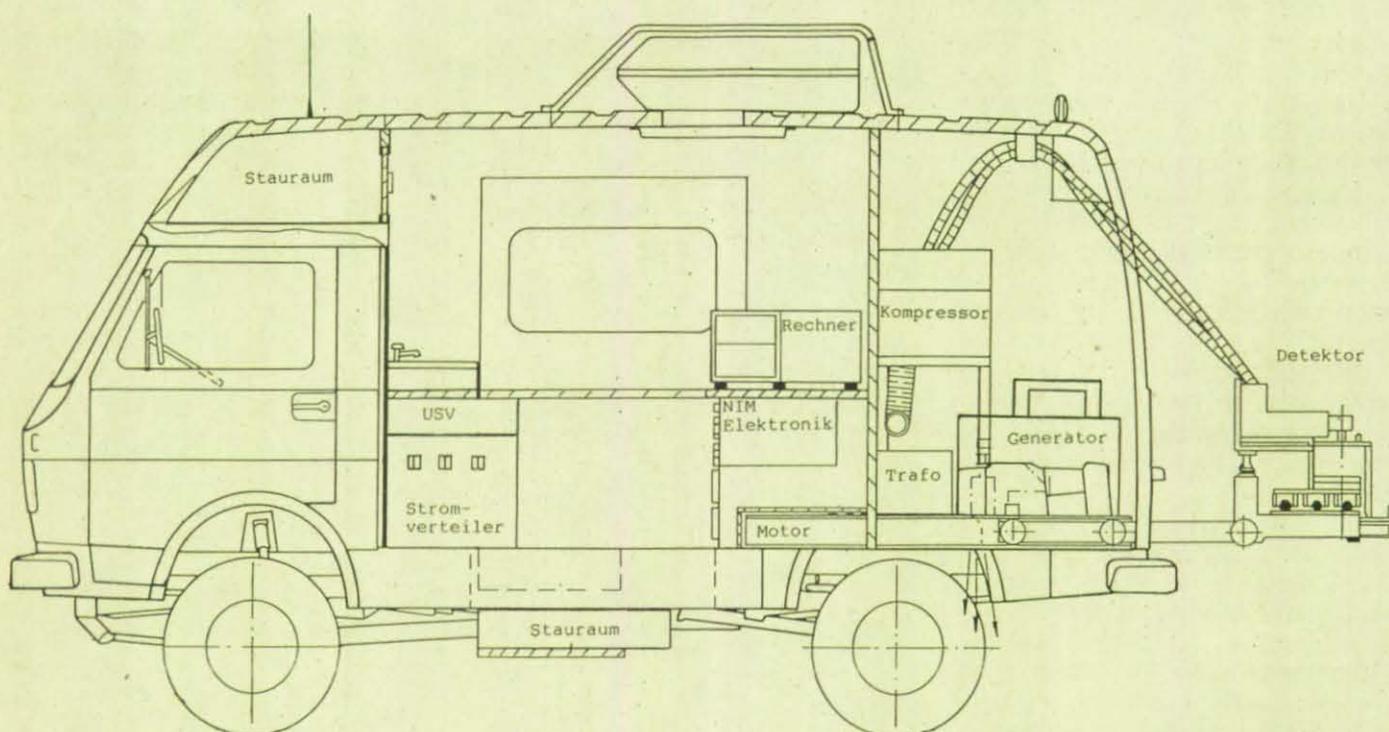
Die Meßgröße Gamma-Ortsdosisleistung gibt Auskunft über die Intensität der Strahlung, die dem Menschen von außen in 1 m Höhe am jeweiligen Meßort droht. Dies reicht zur schnellen Gefahrenerfassung aus. Rückschlüsse auf die Gefahren, die mittel-

und langfristig über die Nahrungskette, also durch Inkorporation drohen, lassen sich nur ziehen, wenn die Zusammensetzung der radioaktiven Ablagerungen am Boden der ODL-Meßstelle bekannt ist.

Um dazu Informationen zu sammeln, werden neben den stationären Meßstellen zehn nuklidspezifische Meßfahrzeuge eingesetzt.

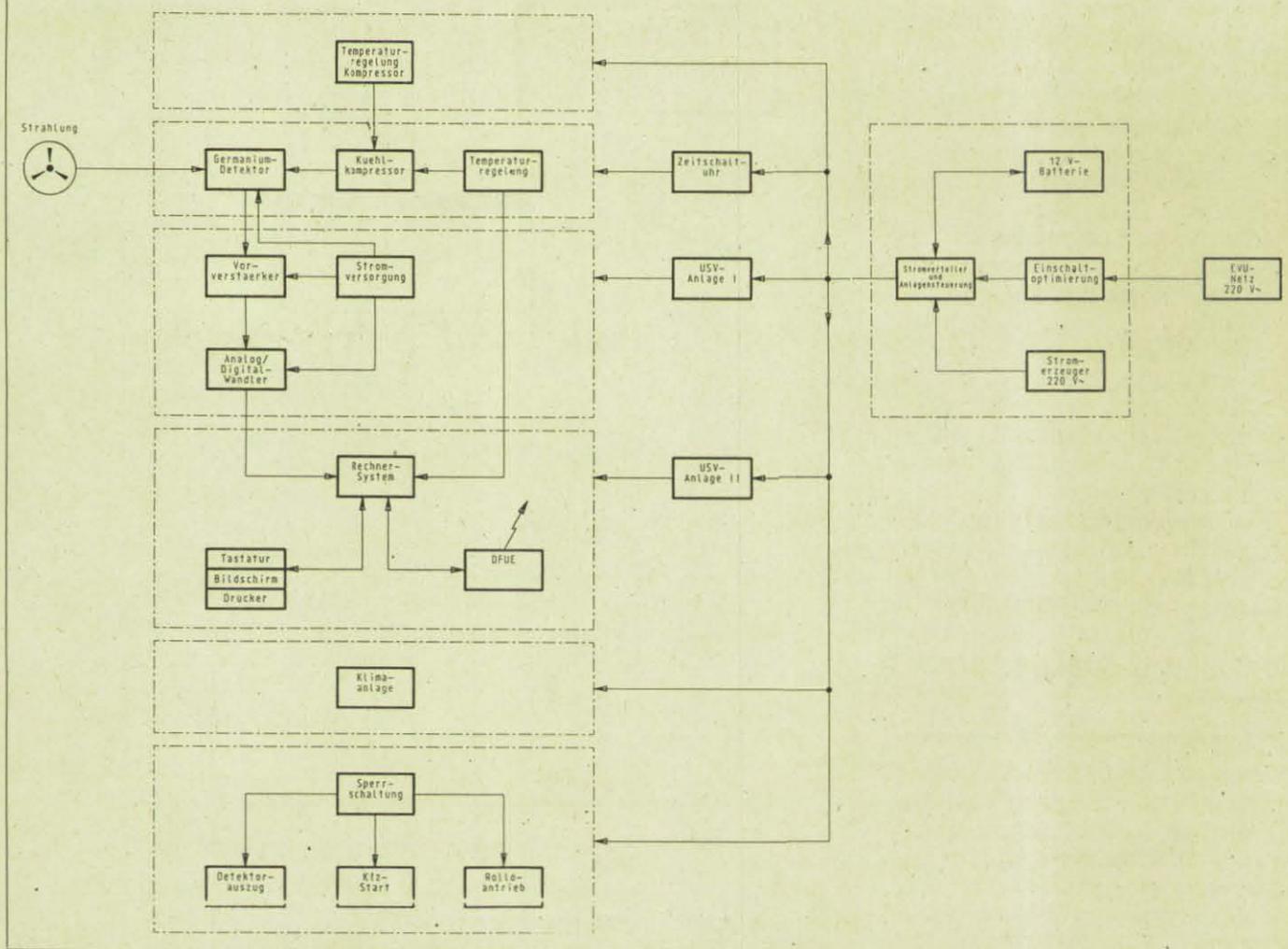
Sie haben die Aufgaben,

- die radioaktiven Ablagerungen auf dem Erdboden zu erfassen;
- durch schnelle rechnergestützte Auswertung alle radiologisch wichtigen Nuklide zu identifizieren und zu quantifizieren;



Seitenansicht des nuklidspezifischen Meßfahrzeuges mit seinen Einzelkomponenten.

MOBILES NUKLIDSPEZIFISCHES MESS-SYSTEM DES WARNDIENSTES



Blockschaltbild der elektrischen Systemkomponenten.

- eine Plausibilitäts- und Fehleranalyse durchzuführen und
- die ermittelten Meßdaten mittels Akustikkoppler und C-Netz-Funktelefon zum Warndienstrechner (WADIS) zu übertragen.

Stationiert ist in jedem Warnamt je ein Fahrzeug. Es kann im Einsatzfall aus Kapazitätsgründen nicht alle Sondenstandorte, sondern nur repräsentative ODL-Meßstellen anfahren.

Um diese Meßstellen später festzulegen, müssen allerdings zuvor alle 2 000 Meßstellen angefahren und neben der Nuklidzusammensetzung die örtlichen Gegebenheiten (z. B. Bewuchs, Bodenbeschaffenheit, Zugänglichkeit) erfaßt und ausgewertet werden.

Im Ergebnis spiegeln die an den so bestimmten Meßorten gemessenen Werte die Nuklidzusammensetzung auf dem Gebiet der Bundesrepublik wider; sie ergänzen so wirksam die von den 2000 stationären Meßstellen erfaßte Höhe der Gamma-Ortsdosisleistung.

Die Weitergabe der Daten ist im Strahlenschutzvorsorgegesetz (StrVG) von 1986 im

Rahmen des Konzepts des „Integrierten Meß- und Informationssystems“ geregelt.

Ausgangspunkt und Ziel der Entwicklung

Der Auftrag zur Einrüstung eines Prototyp-Meßfahrzeuges wurde im Herbst 1987 an die Fa. Rohde & Schwarz vergeben, nachdem die labormäßige Erprobung des Gamma-Spektrometer-Meßsystems der Fa. EG & G Ortec durch das Institut für Umweltphysik in Heidelberg und das IAR in Freiburg erfolgreich abgeschlossen wurde.

Die Leitung des Projektes liegt beim Bundesamt für Zivildschutz, in der Abteilung Warndienst. Grundanforderung an die Entwicklung war es, die Gefährdung der Fahrzeugbesatzung durch radioaktive Strahlung so gering wie möglich zu halten. Im Unterschied zu den meisten sonst zu diesem Zweck eingesetzten Fahrzeugen wurde das nuklidspezifische Meßfahrzeug daher so konzipiert, daß ein Verlassen des Fahrzeuges, um Messungen durchzuführen, nicht erforderlich ist.

Die Fahrzeugbesatzung ist in der Lage, alle notwendigen meßtechnischen Einrichtungen zur Meßwerterfassung vom Laborraum des Fahrzeuges aus zu bedienen.

Darüber hinaus standen bei der Entwicklung des Fahrzeuges folgende Ziele im Vordergrund:

- menügeführte Bedienung des Auswerteprogrammes;
- aufgabenspezifischer Ausbau des Laborraumes;
- funktionsgerechte Integration des Meßsystems (netz- und temperaturunabhängig);
- ergonomische Arbeitsplatzgestaltung;
- sichere Handhabung des mit Blei abgeschirmten Meßdetektors.

Fahrzeugausstattung

Alle zum nuklidspezifischen Meßfahrzeug gehörenden Komponenten sind in einem allradangetriebenen VW-Kastenwagen LT 40 4 × 4 untergebracht.

Aus funktionellen Gründen ist der Fahrzeuginnenraum in zwei Arbeitsbereiche un-

terteilt: Der klimatisierte Operationsraum ist mit einem den Aufgaben entsprechenden Arbeitsplatz ausgestattet. Das automatische Meßsystem ist in schwingend gelagerten 19 Zoll-Gestellen integriert. Leichte Bedienbarkeit und Zugänglichkeit sind gewährleistet. Stauraum für weitere Meßgeräte samt Zubehör sowie für die Unterbringung der persönlichen Ausstattung ist vorhanden. Ein Handwaschbecken ist ebenfalls eingebaut.

Im rückwärtig abgetrennten Raum sind Detektoreinheit, Kryogenerator (Kompressor) und Stromerzeuger untergebracht. Zur Erweiterung des Betriebstemperaturbereichs des Kryogenerators wurde ein spezielles Heiz- und Lüftungssystem entwickelt. Der Stromerzeuger kann das Meßsystem auch unabhängig von einer externen 220-V/50-Hz-Versorgung betreiben; außerdem ermöglicht er im Fahrbetrieb die Operationsraum-Klimatisierung und versorgt den Kryogenerator.

Zwei unterbrechungsfreie Stromversorgungseinheiten (USV) garantieren die Weiterführung einer begonnenen Messung bei eventuellem Ausfall des Stromerzeugers.

Das Gamma-Spektrometer-System

Das im nuklidspezifischen Meßfahrzeug angewandte Meßverfahren, die In-Situ-Spektroskopie, zeichnet sich besonders durch kurze Meßzeiten und sofortige Verfügbarkeit der Meßergebnisse aus.

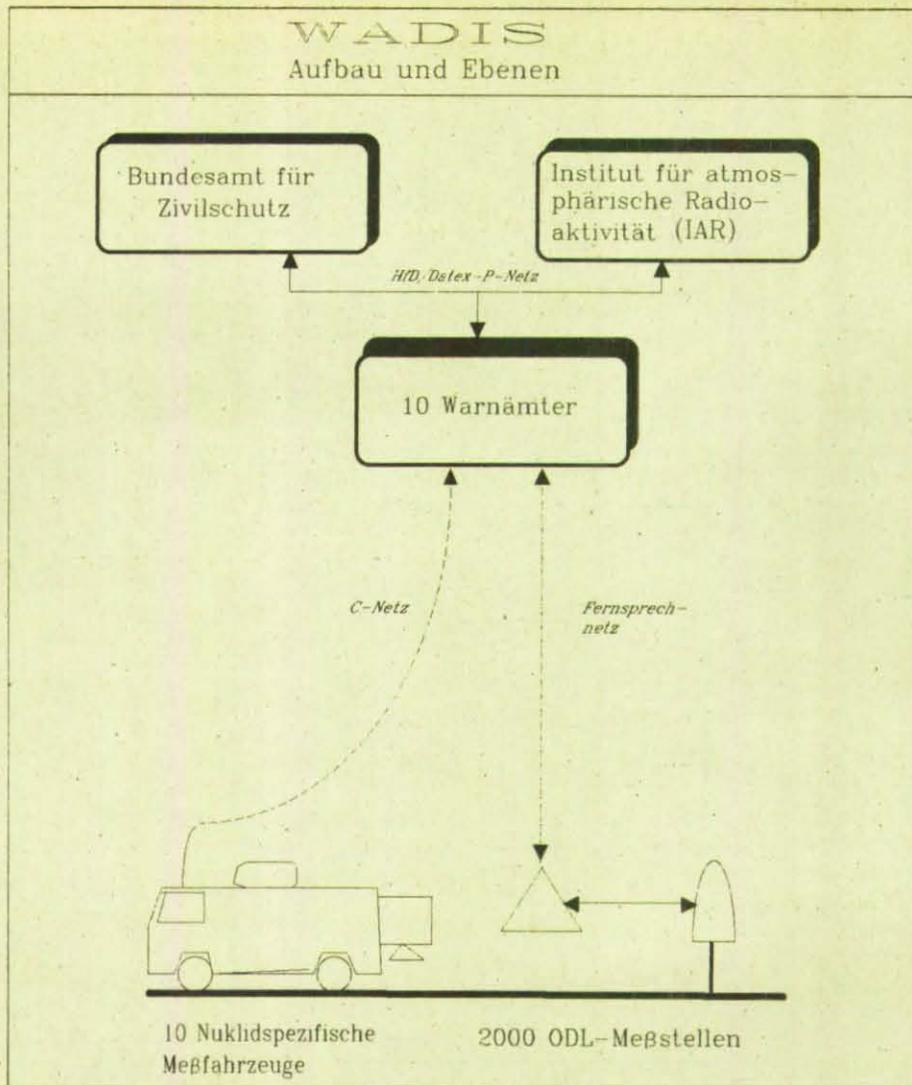
Als Nachweisgerät zur Erfassung von Radionukliden dient ein Reinstgermaniumdetektor, der über eine aufwendige Temperaturregelung auf 70 Kelvin abgekühlt wird. Die Kühlung des Reinstgermaniumdetektors übernimmt ein Kryogenerator, der das Kühlmittel Helium in komprimierter Form über Schlauchverbindungen dem Detektor zuführt. Das im Detektor expandierende Helium sorgt nunmehr für die zum Betrieb nötige Temperatur von 70 Kelvin.

Die im Reinstgermaniumdetektor in Impulse umgewandelte Strahlung wird verstärkt, einer Pulshöhenanalyse unterzogen und in Digitalsignale gewandelt dem Auswerterechner zur Verfügung gestellt. Die Rechereinheit, bestehend aus Zentraleinheit, Diskettenlaufwerken, Monitor und Protokoll drucker, wertet das gewonnene Gammaspektrum aus.

Desweiteren übernimmt die Rechereinheit die Durchführung eines Systemtests, eine Kalibrierung des Detektors sowie die Datenfernübertragung mittels Akustikkoppler und C-Netz-Funktelefon.

Auswertesoftware

Der Meßfahrzeugbesatzung steht zur Auswertung der aufgenommenen Gamma-



Integration des nuklidspezifischen Meßfahrzeuges in WADIS.

spektren ein menügeführtes Auswerteprogramm zur Verfügung. Es basiert auf einem Auswerteverfahren, das am Institut für Umweltphysik der Universität Heidelberg und am IAR in Freiburg speziell für die schnelle Erfassung von Kontaminationssituationen entwickelt wurde. Das Rechenprogramm wertet automatisch in wenigen Minuten auch solche Gammaspektren aus, die wegen des gleichzeitigen Auftretens vieler Radionuklide sehr komplex sind (typisch 150 bis 200 y-Linien). Dabei werden alle radiologisch wichtigen gammastrahlenden Nuklide – vor allem I-131 und Cs-137 – identifiziert, quantifiziert und einer sorgfältigen Fehleranalyse unterzogen. Die simultane Auswertung aller im Gammaspektrum enthaltenen Linien eines Radionuklides, die Anwendung eines numerisch robusten Rechenverfahrens (Singularwertzerlegung) sowie weitere Plausibilitätsprüfungen gewährleisten im Vergleich zu anderen, kommerziell erhältlichen Verfahren ein außerordentlich hohes Maß an Zuverlässigkeit.

Die Daten werden in den WADIS-Rechnern der zehn Warnämter ausgewertet und zusammengefaßt und in aggregierter Form über das IAR und die „Zentralstelle des

Bundes“ dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) weitergeleitet.

Der Auswertung liegt eine Nuklidbibliothek mit 60 Radionukliden (36 Spaltprodukte, 17 Aktivierungsprodukte und 7 natürliche Gammastrahler) zugrunde. Sie deckt alle wichtigen Gammastrahler ab, die in denkbaren Kontaminationsszenarien auftreten und aufgrund ihrer Häufigkeit und Aktivität radiologisch relevant sein können. Die bundeseinheitliche Festschreibung der Nuklidbibliothek garantiert, daß die von amtlichen Meßstellen ermittelten Radioaktivitätsdaten nach einheitlichen Kriterien ausgewertet werden.

Ergebnis

Mit diesen nuklidspezifischen Meßfahrzeugen des Warndienstes steht ein Instrument zur Verfügung, das in Verbindung mit dem stationären Meßnetz des WADIS eine flächendeckende, schnelle und gründliche Erfassung der Radioaktivität in der Umwelt sowie einer Prognose ihrer Gefährlichkeit für den Menschen gestattet.

Erste-Hilfe-Leistung bei Verkehrsunfällen

In der Zeit vom 10. bis 23. August 1987 wurde in 21 Rettungsdienstbereichen in der Bundesrepublik Deutschland eine Untersuchung zum Thema „Erste-Hilfe-Leistung durch Laienhelfer am Notfallort bei Verkehrsunfällen“ im Auftrag der Bundesanstalt für Straßenwesen, Bergisch Gladbach durchgeführt¹⁾. Hierzu wurden über die beteiligten Rettungsleitstellen Erhebungsbögen direkt an die auf den Rettungswachen diensttuenden Sanitäter verteilt. Nach jedem Verkehrsunfalleinsatz wurde ein Fragebogen, bestehend aus Teil A (Allgemeine Angaben zum Verkehrsunfall) und Teil B (Angaben pro verletzter Person) von den Sanitätern ausgefüllt. Das vorliegende Datenmaterial umfaßt 453 Verkehrsunfälle (mit Personenschaden) mit 559 dabei verletzten Personen. Alle folgenden Auswertungen beziehen sich auf dieses Kollektiv.

Verkehrsunfälle

Die meisten der erfaßten Verkehrsunfälle fanden im Stundenintervall 17 bis 18 Uhr statt (9,3%), die wenigsten (jeweils 1,1%) im Stundenintervall 5 bis 6 Uhr (Abb.).

Neben dem Zeitpunkt der Meldung des Verkehrsunfalles in der Rettungsleitstelle wurden auch der Zeitpunkt der Ankunft des Rettungsfahrzeuges am Einsatzort und, falls möglich, der eigentliche Unfallzeitpunkt erfragt. Aufgrund dieser drei Zeitangaben konnten die Meldezeit (Zeitspanne zwischen Eintritt des Unfalles und Meldung in der Rettungsleitstelle) und die Eintreffzeit (Zeitspanne zwischen Meldung und Ankunft des Rettungsfahrzeuges) berechnet werden, sowie die sogenannte Rettungszeit (Zeitspanne zwischen Eintritt des Unfalles und Ankunft des Rettungsfahrzeuges) als Summe der beiden vorgenannten Zeiten.

Die Auswertung der Meldezeit hat gezeigt, daß im Mittel 6,3 Minuten zwischen Unfalleintritt und Meldung liegen, wobei die mittlere Meldezeit innerorts 5,2 Minuten beträgt und außerorts 7,8 Minuten. Die durchschnittliche Eintreffzeitzeit des Rettungsdienstes liegt bei 8,1 Minuten. Bei Innerortsunfällen wurde eine mittlere Eintreffzeit von 6,4 Minuten benötigt, bei Außerortsunfällen 10,2 Minuten.

Die Rettungszeit, also die Zeitspanne zwischen tatsächlichem Unfalleintritt und Ankunft des Rettungsfahrzeuges beträgt im Durchschnitt 14,4 Minuten. Unterschieden nach Innerorts- und Außerortsunfällen ergeben sich mittlere Rettungszeiten von 11,5 bzw. 18 Minuten (Tab. 1).

Die Betrachtung des Meldeweges hat gezeigt, daß 71 Prozent der Verkehrsunfälle über die Polizei an die Rettungsleitstellen

○ In 79,5 Prozent der Fälle waren am Verkehrsunfall unbeteiligte Passanten bereits am Notfallort anwesend. Hiervon waren bei etwa 25 Prozent der Fälle weniger als vier Unbeteiligte am Schadensort, bis 50 Prozent weniger als 7 und bei 70 Prozent weniger als elf. Entsprechend waren bei rund 30 Prozent dieser Verkehrsunfälle (23 Prozent aller Verkehrsunfälle) mehr als zehn unbeteiligte Personen bereits am Notfallort.

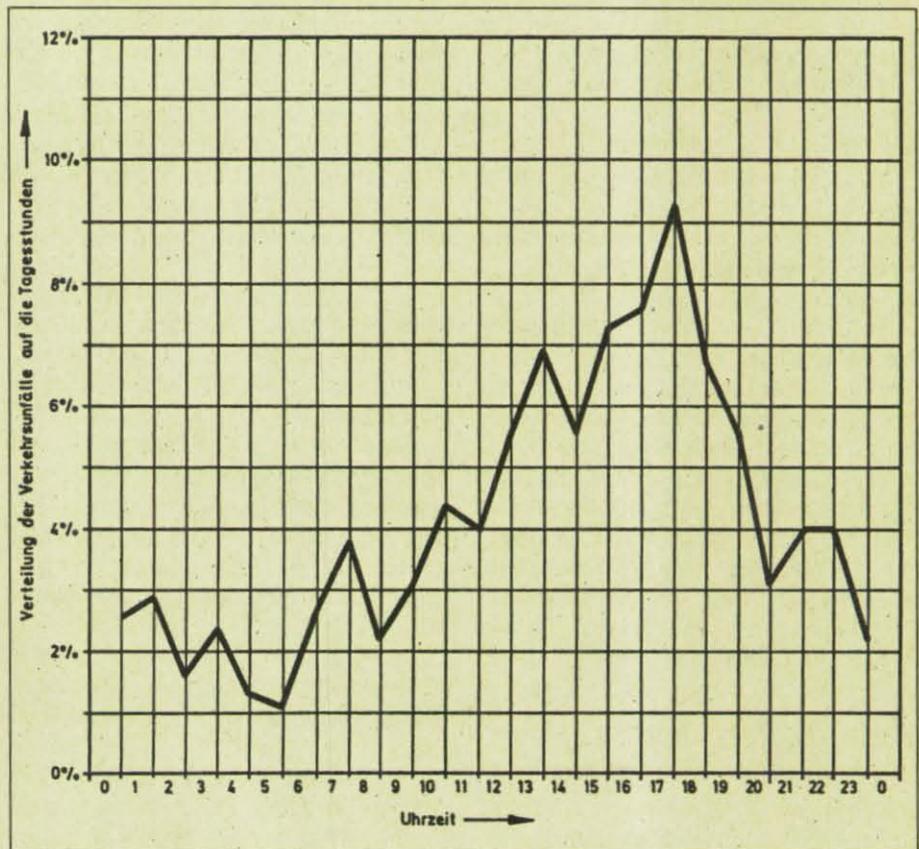


Abb.: Verteilung der Verkehrsunfälle auf die Tagesstunden.

gemeldet wurden. Etwa jeder siebente Verkehrsunfall (13,8%) wurde von einer Privatperson direkt an die Rettungsleitstelle gemeldet (Tab. 2). 55,8 Prozent der Verkehrsunfälle ereigneten sich innerorts, die restlichen 44,2 Prozent außerorts.

Die Frage nach den bereits am Unfallort anwesenden Personen bei Eintreffen des Rettungsdienstes am Notfallort ergab folgende Ergebnisse:

- In 60,5 Prozent der Fälle war die Polizei bereits vorher am Notfallort eingetroffen. Hiervon war in 70 Prozent der Fälle ein Polizeifahrzeug vor Ort, in den restlichen 30 Prozent zwei bis vier Polizeifahrzeuge.
- Feuerwehrfahrzeuge waren bei sechs Prozent der Verkehrsunfälle vor dem Rettungsdienst am Notfallort.
- Ein anderes Fahrzeug des Rettungsdienstes war in 27 Prozent der Verkehrsunfälle

	bis 2 Minuten	bis 5 Minuten	bis 7 Minuten	bis 10 Minuten	bis 15 Minuten	bis 20 Minuten	Mittel- wert
Meldezeit	22,9 %	62,2 %	74,4 %	85,3 %	93,9 %	97,1 %	6,3 min
Eintreffzeit	7,0 %	36,6 %	54,6 %	73,8 %	91,2 %	97,3 %	8,1 min
Rettungszeit	0,5 %	8,2 %	20,3 %	42,1 %	65,1 %	80,7 %	14,4 min

Tab. 1: Zeitspannen im Rettungsdienst (Gesamt).

bereits am Notfallort. In 1,8 Prozent der Fälle war der Rettungshubschrauber vorher eingetroffen.

Die Frage nach ausreichender Absicherung des Unfallortes wurde bei 68,7 Prozent der Einsätze bejaht und entsprechend waren 31,3 Prozent der Unfallorte bei Eintreffen des Rettungsdienstes nicht ausreichend abgesichert.

Eine weitere Frage galt den Behinderungen des Rettungsdienstes bei der Anfahrt zum Unfallort, durch „Gaffer“ am Einsatzort und bei Abfahrt vom Einsatzort. Hier hat sich gezeigt, daß bei insgesamt 16,8 Prozent der Verkehrsunfälleinsätze Behinderungen bei der Anfahrt auftraten, 13,7 Prozent wurden als leichte Behinderungen bezeichnet, 1,3 Prozent als stark und 1,8 Prozent als sehr stark (Tab. 3).

An den insgesamt 453 Verkehrsunfällen waren 477 Personenkraftwagen, 32 Lastkraftwagen, 67 Motorräder, 47 Mofas bzw. Mopeds, 113 Fahrräder, 45 Fußgänger sowie 15 sonstige Fahrzeuge (Straßenbahn, Traktor, etc.) beteiligt. Die dabei aufgetretenen Kombinationen zeigt Tabelle 4. Die häufigste Kombination war demnach die Kombination Pkw/Pkw mit 25,7 Prozent gefolgt von Alleinunfall Pkw mit 11,9 Prozent und Kombination Pkw/Fahrrad mit 11,7 Prozent. Jeweils etwas mehr als 8 Prozent der Verkehrsunfälle ergaben die Kombinationen Pkw/Motorrad und Pkw/Fußgänger sowie Alleinunfälle Fahrrad.

Verletzte Personen

Unterschieden nach Verkehrsteilnahme ergibt sich für die 559 verletzten Personen

	keine Behinderung	leichte Behinderung	starke Behinderung	sehr starke Behinderung
Behinderung bei der Anfahrt	83,2 %	13,7 %	1,3 %	1,8 %
Behinderung durch Gaffer	83,7 %	11,8 %	2,5 %	2,0 %
Behinderung bei der Abfahrt	90,2 %	6,7 %	2,5 %	0,7 %

Tab. 3: Behinderung des Rettungsdienstes.

folgendes Bild: Knapp die Hälfte (49 %) der verletzten Personen waren Pkw-Insassen, etwa jeder fünfte Verletzte (19,1 %) war Fahrradfahrer und jeder achte Verletzte (12,5 %) Motorradfahrer. Weitere 8,1 Prozent verunglückten als Fußgänger, 7,5 Prozent als Mofa- oder Mopedfahrer und 2,7 Prozent im Lkw.

Die Frage nach der vorgefundenen Verletzungsschwere wurde wie folgt beantwortet: Bei rund drei von zehn Verletzten (28,8 %) wurde die Verletzungsschwere als sehr geringfügig bezeichnet, ebenfalls bei drei von zehn (29,2 %) als „mäßig schwer, ein Körperteil“. Als „mäßig schwer, mehrere Körperteile“ wurde die Verletzung bei jedem fünften Verkehrsunfallopfer (20,9 %) eingestuft. Bei 8,8 Prozent der Verletzten wurden die Verletzungen als „gefährlich, ein Körperteil“ bezeichnet, bei etwa jedem zehnten Opfer (9,8 %) „gefährlich, mehrere Körperteile“. Bei 2,5 Prozent der Verkehrsunfallopfer lagen tödliche Verletzungen vor, unterschieden in 0,9 Prozent „tödlich, ein Körperteil“ und 1,6 Prozent „tödlich, mehrere Körperteile“ (Tab. 5).

Eine Zusammenfassung der Unterkategorien zur Frage nach der Verletzungsschwere ergibt folgendes Ergebnis: Knapp 29 Prozent der registrierten Verletzungen waren geringfügig, 50 Prozent mäßig schwer, 18,6 Prozent gefährlich und 2,5 Prozent tödlich.

Tabelle 6 zeigt die Verletzungsschwere in Abhängigkeit von der Art der Verkehrsteilnahme. Die schwersten Unfallfolgen ergaben sich für Motorradfahrer mit 7,1 Prozent tödlichen Verletzungen. Bei den als Pkw-Insassen verletzten Personen wurden 2,6 Prozent tödlich verletzt, bei den verletzten

Fußgängern 2,2 Prozent. Die höchste Rate gefährlicher Verletzungen wurde für Mofa- bzw. Mopedfahrer mit 26,2 Prozent ermittelt. Hier folgen Lkw-Insassen mit 20 und Motorradfahrer mit 18,6 Prozent.

Erste-Hilfe-Leistung allgemein

Eine zumindest minimale Erstversorgung vor Eintreffen des Rettungsdienstes wurde bei 56,5 Prozent der verletzten Personen vorgenommen. Diese insgesamt 317 Verkehrsunfallopfer erhielten in 68,5 Prozent der Fälle Erste Hilfe durch Laienhelfer, in 19,6 Prozent durch einen am Unfallort anwesenden Arzt, in 7,9 Prozent durch die Polizei und in 4,1 Prozent durch einen anderen Unfallbeteiligten. In 43 Prozent der Fälle war hierbei ein Ersthelfer tätig, in 38,4 Prozent zwei Ersthelfer, in 8,1 Prozent drei Ersthelfer und in 7,5 Prozent mehr als vier Ersthelfer.

Unterschieden nach Art der Verkehrsteilnahme zeigt sich, daß bei 52,2 Prozent der verletzten Pkw-Insassen eine zumindest mi-

Meldeweg	Relativ
Polizei	71,0 %
Feuerwehr	5,2 %
Arzt	1,1 %
Privatperson	13,8 %
sonstige Zentrale	2,5 %
stationäre Melder	0,7 %
sonstiger Meldeweg	5,7 %
Summe	100,0 %

Tab. 2: Meldeweg bei Verkehrsunfällen.

nimale Erstversorgung vorgenommen wurde. Dies gilt auch für 46,7 Prozent der Lkw-Insassen, 52,9 Prozent der Motorradfahrer, 61,9 Prozent der Mofa- bzw. Mopedfahrer, 65,4 Prozent der Fahrradfahrer sowie 71,1 Prozent der verletzten Fußgänger (Tab. 7).

In Abhängigkeit von der Verletzungsschwere ergab sich, daß bei 38,5 Prozent der sehr geringfügig verletzten Personen eine zumindest minimale Erstversorgung vorgenommen worden war. Dies gilt auch für 61,4 Prozent der mäßig schwer Verletzten, für 73,1 Prozent der gefährlich Verletzten und 42,9 Prozent der tödlich Verletzten (Tab. 8).

In einem weiteren Teil des Fragebogens sollten die Sanitäter angeben, welche Erste-Hilfe-Maßnahmen bei den einzelnen verletzten Personen notwendigerweise durchzuführen gewesen wären, und ob diese durch die Ersthelfer richtig, falsch oder überhaupt nicht durchgeführt worden waren. Tabelle 9

gibt eine Übersicht der Beantwortung dieser Fragen. Insgesamt wurden 672 Maßnahmen (Mehrfachnennungen waren möglich) als notwendigerweise durchzuführen genannt. Am häufigsten war hierbei die Durchführung der Schocklagerung (22,3 %) gefolgt von Rettung aus akuter Gefahr (20,5 %), einfache Wundversorgung (16,2 %), Ruhigstellung eines Knochenbruches (12,4 %), Atemkontrolle (12,2 %) und stabile Seitenlagerung (9,5 %).

Am häufigsten richtig durchgeführt wurden die Rettung aus akuter Gefahr (88,4 %), die Atemkontrolle (81,7 %), die Atemspende (81,8 %) und die stabile Seitenlagerung (75 %). Nicht durchgeführt, obwohl notwendig, wurde am häufigsten die Schocklagerung (49,3 %). 7,8 Prozent der vorgenommenen stabilen Seitenlagerungen wurden falsch durchgeführt, ebenso 4,7 Prozent der Schocklagerungen.

Am Schluß des Fragebogens waren die Sanitäter aufgefordert, eine Beurteilung der durchgeführten Ersthelfermaßnahmen abzugeben. 47,3 Prozent der von Ersthelfern ergriffenen Maßnahmen wurden als hilfreich, 30,7 Prozent als notwendig und 11,5 Prozent als weder hilfreich noch schädlich bezeichnet. In 5,7 Prozent der Fälle wurden die Maßnahmen als lebensrettend bezeichnet, in 3,7 Prozent als für den Verletzten eher schädlich.

Erste-Hilfe-Leistung durch Laienhelfer

Wie bereits aufgezeigt, waren bei 79,5 Prozent der Verkehrsunfälle unbeteiligte

Personen, also potentielle Laienhelfer, an der Unfallstelle anwesend. Bezogen auf diese 360 Verkehrsunfälle (mit zusammen 443 Verletzten) wurden nur bei etwa 60 Prozent dieser Fälle eine Erste Hilfe durchgeführt; dies bedeutet, daß in vier von zehn Fällen von den am Notfallort befindlichen Personen keinerlei Erste Hilfe geleistet wurde.

Insgesamt wurde bei 217 verletzten Personen eine Erste Hilfe durch Laienhelfer durchgeführt (rund 38,6 % aller Verletzten bzw. 68,4 % der überhaupt erstversorgten Verletzten). In 40,3 Prozent der Fälle war dabei ein Ersthelfer tätig, in 43,5 Prozent zwei Ersthelfer, in 9,3 Prozent drei Ersthelfer, in 1,9 Prozent vier Ersthelfer und in 5,1 Prozent mehr als vier Ersthelfer.

42,9 Prozent der durch Laienhelfer Erstversorgten waren Pkw-Insassen, 24,9 Prozent Fahrradfahrer und jeweils ca. 10 Prozent Motorradfahrer, Mofa-/Mopedfahrer bzw. Fußgänger.

In Abhängigkeit von der Verletzungsschwere waren 21,7 Prozent der von Laienhelfern Erstversorgten geringfügig verletzt, 55,8 Prozent mäßig schwer, 21,7 Prozent gefährlich und 0,9 Prozent tödlich.

Nach Einschätzung der Sanitäter wurden bei den 217 durch Laien erstversorgten Verkehrsunfallopfern insgesamt 389 Maßnahmen als notwendigerweise durchzuführen angegeben (Tab. 10). Die häufigste hierbei genannte Maßnahme war die Rettung aus akuter Gefahr mit 23,4 Prozent gefolgt von der Schocklagerung (20,3 %). Ebenfalls oft durchzuführen waren stabile Seitenlagerungen (13,4 %), Atemkontrolle und einfache Wundversorgung (12,1 % bzw. 13,1 %) sowie Ruhigstellung eines Knochenbruches (11,6 %). Am seltensten richtig durchgeführt wurde die Schocklagerung (58,2 % richtig durchgeführt) und der Druckverband

(64,7 % richtig durchgeführt), während dahingegen die als notwendig erachtete Rettung aus akuter Gefahr und die Atemkontrolle in etwa neun von zehn Fällen richtig durchgeführt wurden (95,6 % bzw. 89,4 %).

Am häufigsten falsch durchgeführt wurden die stabile Seitenlagerung (9,6 %), die Ruhigstellung eines Knochenbruches (6,7 %) sowie die Schocklagerung (6,3 %). Sehr oft nicht durchgeführt, obwohl notwendig, wurden der Druckverband (35,3 %

Verletzungsschwere	Relativ
sehr geringfügig	28,8 %
mäßig schwer, ein Körperteil	29,2 %
mäßig schwer, mehrere Körperteile	20,9 %
gefährlich, ein Körperteil	8,8 %
gefährlich, mehrere Körperteile	9,8 %
tödlich, ein Körperteil	0,9 %
tödlich, mehrere Körperteile	1,6 %
Summe	100,0 %

Tab. 5: Verletzungsschwere.

nicht durchgeführt) und die Schocklagerung (35,4 % nicht durchgeführt).

Wie die Sanitäter die von den Laienhelfern durchgeführten Maßnahmen beurteilten, zeigt Tabelle 11. Demnach wurde in jedem zweiten Fall die Laienhilfe als hilfreich bezeichnet, in 28,3 Prozent der Fälle als

	Pkw	Lkw	Motorrad	Moped	Fahrrad	Fußgänger	Sonstige
Pkw	116 25,7 %	16 3,5 %	37 8,2 %	26 5,8 %	53 11,7 %	37 8,2 %	7 1,5 %
Lkw	— —	2 0,4 %	1 0,2 %	3 0,7 %	1 0,2 %	1 0,2 %	2 0,4 %
Motorrad	— —	— —	1 0,2 %	1 0,2 %	3 0,7 %	2 0,4 %	2 0,4 %
Moped	— —	— —	— —	2 0,4 %	3 0,7 %	1 0,2 %	0 0
Fahrrad	— —	— —	— —	— —	5 1,1 %	3 0,7 %	1 0,2 %
Fußgänger	— —	— —	— —	— —	— —	0 0	2 0,4 %
Sonstige	— —	— —	— —	— —	— —	— —	0 0
Alleinunfall	54 11,9 %	4 0,9 %	18 4,0 %	9 2,0 %	38 8,4 %	0 0	1 0,2 %

Tab. 4: Kombinationen unfallbeteiligter Verkehrsteilnehmer.

Spalte % Zeile %	Geringfügige Verletzung		Mäßig schwere Verletzung		Gefährliche Verletzung		Tödliche Verletzung		Summe	
Verletzter in Pkw	52,8	31,0	46,4	47,4	50,0	19,0	50,0	2,6	49,0	100,0
Verletzter in Lkw	2,5	26,7	2,9	53,3	2,9	20,0	0,0	0,0	2,7	100,0
Verletzter mit Motorrad	9,3	21,4	13,2	52,9	12,5	18,6	35,7	7,1	12,5	100,0
Verletzter mit Mofa/Moped	5,0	19,0	8,2	54,8	10,6	26,2	0,0	0,0	7,5	100,0
Verletzter mit Fahrrad	21,7	32,7	18,9	49,5	17,3	16,8	7,1	2,2	19,1	100,0
Verletzter als Fußgänger	6,8	24,4	9,3	57,8	6,7	15,6	7,1	2,2	8,1	100,0
Verletzter in sonst. Fhz.	1,9	50,0	1,1	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,1	100,0
Summe	100,0	28,8	100,0	50,1	100,0	18,6	100,0	2,5	100,0	100,0

Tab. 6: Verletzungsschwere in Abhängigkeit von der Art der Verkehrsteilnahme.

notwendig und in immerhin 6,8 Prozent der Fälle als lebensrettend. In jedem elften Fall war die Laienhilfe weder hilfreich noch schädlich. Bei jedem 40. Verletzten (2,4 %) wurden die durch Laien vorgenommenen Maßnahmen als eher schädlich bezeichnet.

○ Bei sechs von zehn Verkehrsunfällen ist die Polizei vor Eintreffen des Rettungsdienstes am Unfallort anwesend.
○ Bei fast einem Drittel (31,3 %) ist die Unfallstelle bei Ankunft des Rettungsdienstes noch nicht ausreichend abgesichert.

letzen (56,5 %) wurde eine zumindest minimale Erstversorgung vor Eintreffen des Rettungsdienstes vorgenommen.
○ Die Erstversorgung erfolgte bei etwas mehr als zwei Drittel (68,5 %) der Verletzten durch Laienhelfer.

	Verletzter in Pkw	Verletzter in Lkw	Verletzter mit Motorrad	Verletzter mit Mofa/Moped	Verletzter mit Fahrrad	Verletzter als Fußgänger
Erste Hilfe geleistet	52,2 %	46,7 %	52,9 %	61,9 %	65,4 %	71,1 %
Erste Hilfe nicht geleistet	47,8 %	53,3 %	47,1 %	38,1 %	34,6 %	28,9 %

Tab. 7: Erste-Hilfe-Leistung in Abhängigkeit von der Art der Verkehrsteilnahme.

Zusammenfassung

○ Das der Untersuchung zugrundeliegende Kollektiv umfaßt 453 Verkehrsunfälle mit Personenschaden, wobei insgesamt 559 Personen verletzt wurden.
○ Die durchschnittliche Meldezeit beträgt 6,3 Minuten, unterschieden nach Inner- und Außerortsunfällen 5,2 bzw. 7,8 Minuten.
○ Die durchschnittliche Eintreffzeit beträgt 8,1 Minuten, unterschieden nach Inner- und Außerortsunfällen 6,4 bzw. 10,2 Minuten.
○ Die durchschnittliche Rettungszeit beträgt 14,4 Minuten, unterschieden nach Inner- und Außerortsunfällen 11,5 bzw. 18 Minuten.
○ Bei etwa vier von fünf Verkehrsunfällen (79,5 %) sind unbeteiligte Passanten und damit potentielle Helfer bereits vor Eintreffen des Rettungsdienstes am Unfallort anwesend.

○ Bei etwa jedem sechsten Verkehrsunfall (16,8 %) wird die Anfahrt des Rettungsdienstes behindert.
○ Bei etwa jedem sechsten Verkehrsunfall (16,3 %) wird die Arbeit des Rettungsdienstes an der Unfallstelle durch „Gaffer“ behindert.
○ Bei vier von Zehn Verkehrsunfällen (40 %) haben die an der Unfallstelle anwesenden unbeteiligten Personen den Verletzten keine Erste Hilfe geleistet.
○ Bei etwas mehr als der Hälfte der Ver-

○ Die nach dem Urteil der Sanitäter notwendigerweise durchzuführende Schocklagerung wurde bei jedem dritten Verletzten (35,4 %) von den aktiven Laienhelfern nicht durchgeführt.
○ Die notwendigerweise vorzunehmende stabile Seitenlagerung wurde bei jedem zehnten Verletzten (9,6 %) von den aktiven Laienhelfern falsch durchgeführt.
○ Bei jedem zweiten Verletzten wurden die durch Laienhelfer vorgenommenen Maßnahmen von den Sanitätern als hilfreich

	Geringfügig verletzt	Mäßig schwer verletzt	Gefährlich verletzt	Tödlich verletzt
Erste-Hilfe geleistet	38,5 %	61,4 %	73,1 %	42,9 %
Erste-Hilfe nicht geleistet	61,5 %	38,6 %	26,9 %	57,1 %

Tab. 8: Erste-Hilfe-Leistung in Abhängigkeit von der Verletzungsschwere.

	richtig durch- geführt	falsch durch- geführt	nicht durch- geführt	Gesamt	
				abs.	rel.
Rettung aus akuter Gefahr	88,4 %	2,2 %	9,4 %	138	20,5 %
Atemkontrolle	81,7 %	—	18,3 %	82	12,5 %
Atemspende	81,8 %	—	18,2 %	11	1,6 %
Stabile Seitenlagerung	75,0 %	7,8 %	17,2 %	64	9,5 %
Schocklagerung	46,0 %	4,7 %	49,3 %	150	22,3 %
Druckverband	61,3 %	—	38,7 %	31	4,6 %
Abbinden	(25,0 %)	—	(75,0 %)	4	0,6 %
Ruhigstellung eines Knochenbruches	60,2 %	3,6 %	36,1 %	83	12,4 %
Einfache Wundversorgung	64,2 %	1,8 %	33,9 %	109	16,2 %
Gesamt	67,7 %	3,0 %	29,3 %	672	100,0 %

Tab. 9: Notwendige Maßnahmen und deren Durchführung (Gesamt).



Die Erstversorgung von Unfallverletzten kann lebensrettend sein. Dennoch wird bei vier von zehn Verkehrsunfällen keine Erste Hilfe geleistet.

Beurteilung	relativ
lebensrettend	6,3 %
notwendig	28,3 %
hilfreich	52,7 %
weder hilfreich noch schädlich	8,8 %
überflüssig	1,5 %
schädlich	2,4 %
Summe	100,0 %

Tab. 11: Beurteilung der Maßnahmen (Laien-
helfer).

bezeichnet und in 6,3 Prozent der Fälle waren die von Laienhelfern ergriffenen Maßnahmen lebensrettend.

1) vgl. hierzu: Puhan, Th.: Erste-Hilfe-Leistung bei Verkehrsunfällen, Bericht zu Forschungsprojekt 7 8751/2 der Bundesanstalt für Straßenwesen, Bereich Unfallforschung, Bergisch Gladbach.

	richtig durch- geführt	falsch durch- geführt	nicht durch- geführt	Gesamt	
				abs.	rel.
Rettung aus akuter Gefahr	95,6 %	2,2 %	2,2 %	91	23,4 %
Atemkontrolle	89,4 %	—	10,6 %	47	12,1 %
Atemspende	(100,0 %)	—	—	4	1,0 %
Stabile Seitenlagerung	73,1 %	9,6 %	17,3 %	52	13,4 %
Schocklagerung	58,2 %	6,3 %	35,4 %	79	20,3 %
Druckverband	64,7 %	—	35,3 %	17	4,4 %
Abbinden	(33,3 %)	—	(66,7 %)	3	0,8 %
Ruhigstellung eines Knochenbruches	73,3 %	6,7 %	20,0 %	45	11,6 %
Einfache Wundversorgung	82,4 %	3,9 %	13,7 %	51	13,1 %
Gesamt	78,1 %	4,4 %	17,5 %	389	100,0 %

Tab. 10: Notwendige Maßnahmen und deren Durchführung durch Laienhelfer.

30 Jahre Katastrophenschutzschule Bayern

Staatsminister Dr. Edmund Stoiber hielt Festrede – „Tag der offenen Tür“ lockte Hunderte Besucher an

Mit einem Festakt beging die Katastrophenschutzschule des Freistaates Bayern in Geretsried jüngst ihr 30jähriges Bestehen. Der Bayerische Staatsminister des Innern, Dr. Edmund Stoiber, ehrte bei dieser Gelegenheit den 50 000. Lehrgangsteilnehmer, der das Ausbildungsangebot der Katastrophenschutzschule Bayern nutzte.

Bei einem „Tag der offenen Tür“ bewiesen sowohl die Katastrophenschutzschule als auch die örtlichen Hilfsorganisationen aus dem Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen ihr breites Spektrum sowie ihre Leistungsfähigkeit.

Der Leiter der Katastrophenschutzschule Bayern, Willy Schütz, konnte anlässlich des 30. Geburtstages der Katastrophenschutzschule des Freistaates zahlreiche Ehrengäste begrüßen: Neben Innenminister Dr. Edmund Stoiber auch den Landrat des Kreises Bad Tölz-Wolfratshausen, Dr. Otmar Huber, den Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz in Bonn, Hans-Georg Dusch, als Vertreter des Bundesverbandes für den Selbstschutz Johann Hartmayer von der Landesstelle Bayern in München sowie führende Vertreter aus den Landesverbänden der Freiwilligen Feuerwehr, des Bayerischen Roten Kreuzes, des Technischen Hilfswerks, der Johanniter-Unfall-Hilfe, des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Malteser-Hilfsdienstes und des Warndienstes.

Am 1. April 1959 wurde die Katastrophenschutzschule Bayern als „Landesbildungsstätte“ durch das Bayerische Staatsministerium für das Innere eingerichtet. Bis zum Jahre 1976 war die Schule in angemieteten Liegenschaften in Wolfratshausen untergebracht und zog dann in neuerrichtete Gebäude im benachbarten Geretsried, 30 Kilometer südlich von München. Die Katastrophenschutzschule Bayern beherbergt zugleich eine Schule des Bundesverbandes für den Selbstschutz.



Staatsminister Dr. Edmund Stoiber führt die Bedeutung des Katastrophenschutzes aus.

Lob vom Minister

Sozusagen als Hausherr – die Katastrophenschutzschule ist dem Bayerischen Innenministerium unterstellt – hielt Staatsminister Dr. Edmund Stoiber die Festrede anlässlich des Jubiläums. Dabei würdigte der Minister ausführlich die Bedeutung der Katastrophenschutzschule Bayern für den Zivil- und Katastrophenschutz. „Was Führungskräfte und Helfer hier lernen, ist überwiegend auch für Einsätze bei Katastrophen und Unglücksfällen im Frieden von Nutzen“, führte Dr. Stoiber aus. Damit ging er vor allem auf die große Ausbildungskapazität sowie das umfassende Ausbildungsangebot der Schule in Geretsried ein.

Durchschnittlich führt die Schule im Jahr 110 bis 120 ein- und zweiwöchige Lehrgänge für alle Fachdienste durch. Dabei werden jährlich zwischen 1 600 und 2 400 Personen von zur Zeit zwölf Lehrgruppenleitern und Ausbildern betreut. Die Schule des Bundesverbandes für den Selbstschutz zählt zu-

sätzlich rund 1 800 Lehrgangsteilnehmer.

Das Lehrangebot umfaßt vor allem Einweisungslehrgänge für Mitglieder des Stabes des Hauptverwaltungsbeamten sowie der Führungsgruppe „Technische Einsatzleitung (TEL)“, Aus- und Fortbildungslehrgänge für Führer, Unterführer und Helfer für besondere Tätigkeiten, wie beispielsweise für Kraftfahrer, Sprechfunker, Sanitäts- und Sprenghelfer. Dabei ist die Katastrophenschutzschule bemüht, das Lehrangebot auf aktuelle Erfordernisse abzustimmen. Trotz der Notwendigkeit, gewisse Schwerpunkte – insbesondere bei der Führungsausbildung – zu setzen, ist es ein großes Anliegen, alle Fachdienste möglichst gleichmäßig zu berücksichtigen. „Leider kann nicht immer allen Wünschen Rechnung getragen werden. Das liegt einerseits an den Kapazitätsgrenzen der Schule, andererseits an den vom Bund zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln“, gab Minister Dr. Stoiber zu bedenken. Jedoch schränkte er ein, daß die Probleme des Zivil- und Katastrophenschutzes nicht nur im finanziellen Bereich liegen.

Ausbildung und Ausstattung

„Es muß immer wieder festgestellt werden“, so Dr. Stoiber, „daß die Ausbildung am Standort unzureichend ist. Dies ist wiederum für die an den Katastrophenschutzschulen zu vermittelnde Ausbildung eine äußerst ungünstige Voraussetzung. Denn die Katastrophenschutzschule muß in ihrer Arbeit mit den verschiedenen Lehrgangsteilnehmern auf eine solide Standortausbildung aufbauen können, wenn sie effektiv arbeiten soll“. Der Minister wandte sich vor diesem Hintergrund mit der dringenden Bitte an alle Verantwortlichen, intensiv auf eine solide Ausbildung am Standort hinzuwirken und gezielt nur Lehrgangsteilnehmer auszuwählen, die die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen: „Sie sollen vor allem eine aktive und kontinuierliche Mitarbeit im Katastrophenschutz bieten, damit die zur Verfügung stehenden Ausbildungsmittel bestmöglich eingesetzt werden und so der gewünschte Ausbildungserfolg erzielt wird.“

In einem funktionierenden Katastrophenschutz ist jedoch die Ausbildung nur ein Aspekt von vielen. Wie Dr. Stoiber betonte, ist eine moderne und einheitliche Ausstattung ebenso bedeutsam. So hat der Bund in den Jahren 1982 und 1983 in einem sogenannten „Konsolidierungsprogramm“ die Stärke und Gliederung der anerkannten Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes abschließend festgeschrieben. Mit einem Finanzvolumen von rund 1,2 Milliarden Mark wird seitdem – in einem Zeitraum von zehn Jahren – die Ausstattung für circa 7300 Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes mit rund 143 000 Helfern vervollständigt und modernisiert. Dieses Konsolidierungsprogramm wird voraussichtlich ab 1993 durch ein „Programm zum Abbau des noch bestehenden Schutzgefälles im erweiterten Katastrophenschutz“ – damit ist das „Arrondierungsprogramm“ gemeint – fortgeführt. Ziel dieses Programmes soll es sein, die noch vorhandenen Aufstellungslücken des erweiterten Katastrophenschutzes zumindest in den besonders bedeutsamen Fachdiensten zu schließen.

Doch sollen nach den Worten des Ministers in diesem Arrondierungsprogramm nicht nur zusätzliche Einheiten und Einrichtungen aufgestellt werden, sondern auch die Organisation, die Gliederung in Fachdienste sowie die Ausstattung und Ausbildung im Rahmen der Erweiterung des Katastrophenschutzes überdacht werden.

Wie Dr. Stoiber weiter ausführte, sind daraus letztlich zwei Konsequenzen zu ziehen: „Erstens: Die Einheiten des zur Erweiterung gebrachten Katastrophenschutzes sollten möglichst nach dem Baukastenprinzip in Teileinheiten gegliedert sein, die bei kleineren Schadenslagen selbständig einge-



Als 50 000. Lehrgangsteilnehmer wird Anton Landgraf (Mitte) von Minister Edmund Stoiber (li.) und Schulleiter Willi Schütz (re.) geehrt.

setzt, bei Großschadenslagen aber rasch zu einem Zug zusammengefaßt werden können. Zweitens: Bei Schadensfällen müssen diese Gruppen rasch alarmierbar und schnell einsatzbereit sein. Das bedeutet, daß sie über entsprechende Personalreserven verfügen müssen, und daß die Helfer möglichst nahe am Standort ihrer Einsatzfahrzeuge wohnen beziehungsweise arbeiten sollten.“

Bemühungen auf Landesebene

Der Freistaat Bayern bemüht sich ständig um eine Verbesserung des Katastrophenschutzes. Nach den Angaben des Ministers wurden dem „Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes“ seit Inkrafttreten des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes

von 1971 vom Freistaat Bayern und den Kommunen rund 38 Millionen Mark zugeführt. Mehr als 31 Millionen Mark wurden seitdem für die Beschaffung von Katastrophenschutz-ausrüstung bereitgestellt, davon etwa 16 Millionen Mark in Form von Zuschüssen an die Landkreise und Gemeinden sowie an andere zur Katastrophenhilfe verpflichteten Stellen. „Hierbei wurde schwerpunktmäßig vor allem die Beschaffung von mobilen Katastrophen-Einsatzleitstellen, von fahrbaren Flutlicht- und Netzersetzanlagen für die Notstromversorgung sowie von Ölwehrgeräten gefördert. Weiter wurden Beschaffungsprogramme des Freistaates Bayern zur Brandbekämpfung aus der Luft, für den Katastrophenschutz auf Wasserstraßen sowie den bayerischen Seen initiiert“, so Dr. Stoiber. Der Minister verdeutlichte den Umfang der Investitionen am Beispiel der Förderung der Feuerwehren. So sind im



Mit der Sauerstofflanze demonstrieren THW-Helfer das Durchbrechen einer Betonwand.

Haushaltsjahr 1989 allein für die Förderung von Feuerwehrfahrzeugen und -geräten 47 Millionen Mark und 1990 über 50 Millionen Mark eingeplant. „Zunehmende Bedeutung in der Arbeit der Feuerwehren gewinnt dabei der Schutz von Menschen und Umwelt bei Unfällen mit gefährlichen Stoffen“, erläuterte der Innenminister. Für die Bekämpfung von Chemieunfällen sollen daher von den Kommunen 40 Gerätewagen „Gefahrgut“ beschafft und landesweit stationiert werden. Der Staat gewährt hierbei einen ausgesprochen hohen Zuschuß von rund 70 Prozent.

Überhaupt birgt die hochtechnisierte Industriegesellschaft neben vielen Vorteilen auch eine Reihe von Risiken, die es frühzeitig zu erkennen und möglichst zu vermeiden gilt. „Auch aus diesem Grund brauchen wir ein vielfältiges und umfangreiches Hilfeleistungssystem, in dem der Bund, die Länder, die Kommunen und die Hilfsorganisationen eng zusammenarbeiten. Grundgedanke der Gesetze über den Zivilschutz und die Erweiterung des Katastrophenschutzes ist es, daß beide Bereiche ineinander greifen. Maßnahmen des Zivilschutzes müssen den allgemeinen Katastrophenschutz ergänzen und umgekehrt. Der vom Bund zu gewährleistende Zivilschutz wird verzahnt mit dem allgemeinen Katastrophenschutz, der allein Aufgabe der Länder ist“, so der Minister in seiner Festansprache.

50 000. Lehrgangsteilnehmer geehrt

Im Anschluß an seine Ausführungen konnte der Staatsminister den 50 000. Lehrgangsteilnehmer ehren, der in der Katastrophenschutzschule Bayern geschult wurde. Der 25jährige Metzgermeister Anton Landgraf aus Tirschenreuth nahm aus den Händen des Ministers ein Buchpräsent in Empfang. Der Angehörige des Verpflegungstrupps Tirschenreuth, Regie-Einheit, hatte erfolgreich am Ausbildungslehrgang für Truppführeranwärter des Versorgungsdienstes (Verpflegungstrupp) teilgenommen. Ein weiteres Geschenk überreichte Schulleiter Willy Schütz für die Katastrophenschutzschule Bayern.

Natürlich ließen es sich auch die bei der Feierstunde anwesenden Vertreter der Hilfsorganisationen nicht nehmen, der Katastrophenschutzschule Bayern zu ihrem 30. Geburtstag zu gratulieren. Heinrich Hiedl, Landesgeschäftsführer des Bayerischen Roten Kreuzes, dankte den Verantwortlichen für 30 Jahre Engagement in der Ausbildungsarbeit. „Für alle Hilfsorganisationen wünsche ich der Schule auch in Zukunft eine positive Entwicklung, daß sie noch viele Jahrzehnte unseren Helfern dient“, und aus aktuellem Anlaß fügte er hinzu, „gerade auch bei Ein-

sätzen, wie im Falle der DDR-Übersiedler, zahlt sich eine qualifizierte Ausbildung aus“.

Mit einem Grußwort wandte sich der Landesbeauftragte des Technischen Hilfswerks in Bayern, Reiner Vorholz, an die Gäste. Das Technische Hilfswerk hat mit rund 40 Prozent den Löwenanteil an der Gesamtzahl der Lehrgangsteilnehmer der Schule. Ob Kraftfahrer, Sprechfunker oder Sprenghelfer – hunderte THW-Helfer lassen sich jährlich in Geretsried ausbilden.

Martin Spannagel, stellvertretender Sprecher der Freiwilligen Feuerwehren Oberbayerns, verwies in seiner Ansprache darauf, daß sich die Ausbildung an den Feuerweherschulen oftmals auf die Berufsfeuerwehren beschränke und schon dadurch die Kapazitäten vielerorts völlig ausgelastet seien. „Die Katastrophenschutzschule in Geretsried bietet in diesem Bereich eine ausgezeichnete Alternative für die Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehren, deren Angehörige immerhin acht Prozent der Teilnehmergesamtzahl an Fachlehrgängen der Schule ausmachen“, so Spannagel.

Hans-Georg Dusch, Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz in Bonn, hob gegenüber dem Bevölkerungsschutz-Magazin am Rande der Veranstaltung die Rolle der Katastrophenschutzschule Geretsried besonders hervor: „Die Katastrophenschutzschule in Geretsried ist zwar nur eine von sieben Landesschulen, trotzdem hebt sie sich durch ihre hervorragende Führung, ihr besonderes Ausbildungsniveau sowie ihre Ausbildungskapazität von den anderen Landesschulen ab.“

Von dem umfassenden Angebot sowie der Ausstattung konnten sich die Festgäste bei einem Rundgang über das Schulgelände persönlich überzeugen. Auf mehr als sechs Hektar Gesamtfläche befinden sich ein Verwaltungsgebäude mit Büroräumen für das Ausbildungs- und Verwaltungspersonal; ein Lehrsaalgebäude mit sechs Hörsälen, Filmvorführ- und Lernmittellräumen; ein Unterkunftsgelände mit insgesamt 137 Betten, von denen der BVS-Schule ständig 47 Betten zur Verfügung stehen; mehrere Lagergebäude; eine Kfz-Unterstellhalle mit Waschhalle und Werkstatt; eine Übungshalle für die praktische Ausbildung bei Schlechtwetter sowie ein Maskenprüfraum. Auf insgesamt 12 000 Quadratmetern wurde das Übungsgelände eingerichtet. Hier finden die Helfer eine Trümmerstrecke, mehrere Trümmerhäuser, eine Kriechstrecke, einen Löschwasserteich, eine Mauerübungswand für Stemmarbeiten sowie Versorgungs- und Entsorgungsleitungen für Wasser und Gas vor. Neben der praktischen Ausbildung wird das Übungsgelände an den Wochenenden von Einheiten, vor allem des Bergungsdienstes, aus ganz Bayern für die Ausbildung genutzt.

Tag der offenen Tür

Schauplatz des Interesses waren Schule und Übungsgelände auch zwei Tage später bei einem „Tag der offenen Tür“ anlässlich des 30jährigen Bestehens. Bei strahlendem



Die Rettungshundestaffel Isar zeigt auf dem Trümmerfeld ihr Können.

Sonnenschein drängten sich Hunderte von Besuchern den ganzen Tag bei den verschiedenen Vorführungen und Ausstellungen der Hilfsorganisationen aus dem Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. Der Bundesverband für den Selbstschutz machte bei den praktischen Darbietungen den Anfang mit dem „Ablöschen einer brennenden Person“. Mit Hilfe einer Löschdecke erstickte ein Mitarbeiter des BVS die Flammen an einer Brandübungspuppe. Der Bundesverband für den Selbstschutz gab damit einen kurzen Einblick in den Lehrinhalt seines Selbstschutz-Grundlehrganges, der jedem Bürger angeboten wird. An einem Informationsstand und in einem Rundzelt hielt der Verband noch weitere Informationen zum Thema Selbstschutz bereit.

Auch das Technische Hilfswerk wartete mit verschiedenen Vorführungen auf und zeigte wieder einmal seine Vielseitigkeit. Großen Eindruck hinterließ bei den Zuschauern die Demonstration der Sauerstofflanze, mit der eine mehrere Zentimeter dicke Betonwand durchtrennt wurde. Das Bergen einer verletzten Person aus Höhen zeigte das THW an einem Trümmerhaus. Mittels eines Leiterhebels wurde die verletzte Person auf einer Trage geborgen.

In Zusammenarbeit mit der „Rettungshundestaffel Isar“ demonstrierte das THW die Bergung von Verschütteten aus Trümmern. Im Vorfeld hatte die Rettungshundestaffel unter der Leitung von Matthias Huber wahre Präzisionsarbeit im Zusammenwirken von Hundeführer und Tier bewiesen. Ziel der Rettungshundestaffel Isar ist es, Hunde und Hundeführer in der Trümmer- und Flächensuche auszubilden. Nach einer etwa zweijährigen Ausbildung kann das Rettungshundeteam die höchste Prüfstufe ablegen. Dies heißt jedoch nicht, daß das Ablegen einer Prüfung zum Einsatz im Ernstfall berechtigt. Hund und Hundeführer müssen sich ständigen Sonderprüfungen unterziehen.

Der Einsatz eines Polizeihubschraubers lockte besonders viele Besucher auf das Übungsgelände der Katastrophenschutzschule. Angenommen wurde ein Waldbrand, der aus der Luft bekämpft werden sollte. Nachdem der eigens angebrachte faltbare Löschwasserbehälter in einem nahegelegenen Gewässer aufgefüllt war, wurde der Inhalt über dem fiktiven Brandherd auf dem Übungsgelände abgelassen. Gemeinsam mit der Bergwacht demonstrierte die Hubschrauberbesatzung im Anschluß daran die Rettung von Personen aus Höhen. Zunächst wurden Angehörige der Bergwacht aufgenommen und zum Einsatzort geflogen, wo sie sich dann nacheinander aus schwindelerregenden Höhen abseilten. Anschließend wurden die zu rettenden Personen von den Mitgliedern der Bergwacht per spezieller Abseiltechnik sicher zu Boden gebracht.



Verletztenbergung aus Trümmern – beispielhafte Zusammenarbeit von Rettungshundestaffel und THW.

Abwechslungsreiches Programm

Die Freiwillige Feuerwehr bot wenige Meter weiter jedem Besucher die Möglichkeit, auf einem Hubsteiger selbst einmal in die Lüfte zu steigen. Viele Mutige nutzten diese Gelegenheit, um die Vogelperspektive zu erleben. Abgerundet wurde das bunte Programm durch Ausstellungen von Gerätschaften und Fahrzeugen der einzelnen Organisationen. So des Bayerischen Roten Kreuzes, des Malteser-Hilfsdienstes, des Bundesverbandes für den Selbstschutz, der Freiwilligen Feuerwehr, des Technischen Hilfswerks sowie der Fernmeldezüge des Katastrophenschutzes. Bei Filmvorführungen der Katastrophenschutzschule infor-

mierten sich viele Besucher noch eingehender über die verschiedenen Bereiche.

Zum Abschluß des ereignisreichen Tages kam der Bundesverband für den Selbstschutz zur Ehrung der Gewinner seines Sicherheitswettbewerbes. Wer ist für den Selbstschutz in der Gemeinde zuständig? Wie lautet der Notruf? Wieviel Sekunden beträgt die Löschdauer eines Sechskilogramm-Pulverlöschers? All' dies waren Fragen, die von 70 der insgesamt 157 Teilnehmer richtig beantwortet wurden. Sechs Preisträger nahmen eine BVS-Plakette, Urkunde sowie einen attraktiven Gewinn mit nach Hause.

Zufrieden zeigte sich Schulleiter Willi Schütz gegen Ende der Veranstaltung zum 30. Jubiläum. Die wochenlange intensive Vorbereitung hatte sich sichtlich gelohnt.

—sm—



Mit Rettungsmaßnahmen aus der Luft beeindruckt der Einsatzhubschrauber der Polizei. (Fotos: Matuszak)

Aus Fehlern Lehren ziehen

Katastrophenschutz-Übung verlief nicht ganz reibungslos

„Der Katastrophenschutz arbeitete katastrophal“, „Pleiten, Pech und Pannen“, „Rettung verlief nicht ganz reibungslos“ – die Schlagzeilen der Kölner Tageszeitungen gaben beredtes Zeugnis, daß etwas schiefgegangen war. Was aber war geschehen?

Begonnen hatte alles um 9.00 Uhr am Samstag, dem 21. Oktober 1989. Zu diesem Zeitpunkt fiel mit der Alarmierung der Helfer der Startschuß für eine Katastrophenschutz-Vollübung, der größten seit drei Jahren in Köln. Mehr als 2 000 Helfer von THW, DRK, ASB, JUH, MHD, DLRG und Feuerwehr waren auf den Beinen, der angenommenen Katastrophe entgegenzutreten.

Flugzeug in Schwierigkeiten

Die vom Übungs-Drehbuch vorgegebene Lage sieht vor, daß ein im Landeanflug auf den Flughafen Köln/Bonn befindliches Verkehrsflugzeug technische Schwierigkeiten meldet. Bei 400 Menschen an Bord kann eine befürchtete Bruchlandung katastrophale Ausmaße haben.

Vor diesem Hintergrund und in der Annahme, daß die Maschine noch längere Zeit Warteschleifen ziehen kann, wird die Katastrophenschutzleitung einberufen. Die Helfer erhalten die Order, das Flughafengelände anzufahren, teilweise müssen vom Brandschutzdienst auch Wachen der Berufsfeuerwehr besetzt werden. In mehreren Krankenhäusern bereiten sich Ärzte und Pflegepersonal auf den „Ernstfall“ vor.

Um 10.33 Uhr – so will es das Drehbuch – wird aus dem Warten Gewißheit: Die Landung ist mißglückt, das Flugzeug auf eine Waldlichtung neben der Piste gestürzt. Annähernd 400 Verletzten-Darsteller, Mitglieder des Katastrophenschutzes der Bundespost und der Freiwilligen Feuerwehr, warten im Gelände verteilt auf „Rettung“. „Verletzte“ hängen in Bäumen oder sind in einem ein Flugzeugteil darstellenden ausgedienten Autobus eingeschlossen. Ihre Geduld wird auf eine harte Probe gestellt.

Helfer in Bereitschaft

Koordinationschwierigkeiten lassen Katastrophenschutzleitung, Technische Einsatzleitung vor Ort und Lotsendienst nicht den richtigen „Draht“ zueinander finden. Nach einer Stunde ist es lediglich zwei Bergungszügen des THW gelungen, an den Schauplatz des Geschehens vorzudringen und hier aktiv zu werden.

Während die meisten „Verletzten“ unversorgt bleiben, stauen sich einen Steinwurf entfernt die Einsatzfahrzeuge, stehen die alarmierten Helfer tatenlos herum. Niemand fordert die Sanitäts- und Löschzüge an.

Endlich, es ist kurz vor zwölf Uhr, setzt sich die Karawane in Bewegung. Der große Parkplatz neben der Einsatzstelle – ein für diesen Tag freigehaltenes Areal des Flughafens – füllt sich rasch mit Fahrzeugen.



Im „Flugzeugrumpl“ wartet eine Menge Arbeit auf die Helfer.

Führungsprobleme treten zutage

Während der Brandschutzdienst mit Nachlöscharbeiten beschäftigt ist – die erste

Brandbekämpfung war wenige Minuten nach dem „Absturz“ von der Flughafenfeuerwehr vorgenommen worden –, bemühen sich die Helfer des Sanitätsdienstes um die „Verletzten“. Dabei gibt es offensichtlich Führungsprobleme, denn was sich hier dem



Das THW hat eine Verletzensammelstelle eingerichtet.



Er vertritt sich die Beine: „Schwerverletzter“ mit Metallteil im Rücken.



Das Übungsgelände gleicht einem Ameisenhaufen.

Beobachter bietet, ist kein geordneter Einsatzablauf. Eine systematische Versorgung und ein planmäßiger Abtransport sind nicht erkennbar.

So bemühen sich mehrere Helfer um die Versorgung einer Bagatellverletzung, während wenige Meter weiter ein „Schwerverletzter“ unversorgt bleibt. Da sieht man zwei Helfer, die sich mit einem Zwei-Zentner-Mann auf der Trage abmühen, an anderer Stelle haben vier Helfer eine zierliche Person auf ihrer Trage.

Schließlich ein „Verletzten-Stau“ vor dem Verbandplatz. Wer Glück hat, wird weiterbehandelt, andere bleiben unbeachtet auf ihren Tragen liegen. Erst mit fortschreitendem Übungsverlauf weicht die Hektik, können Helfer und Führungspersonal einen Überblick gewinnen.

Derweil versuchen THW-Helfer vergeblich, einen „Verletzten“ mittels Steckleiter und Fangleine aus einer Baumkrone zu befreien. Die schließlich alarmierte Drehleiter kann auch nicht helfen – sie fährt sich im Sandboden fest. Da steigt der „Verletzte“ entnervt selbst vom Baum.

Auswertung folgt

Gegen 16.00 Uhr erfolgt der Schlußpfeiff, nachdem vorher noch der Rettungshubschrauber eingesetzt worden war und der ABC-Dienst zum Einsatz kam, um radioaktive Frachtstücke zu bergen. Die abschließende Frage: Erfolg oder totale Pleite? Die Verantwortlichen mögen sich nicht konkret äußern. Fehler seien gemacht worden, heißt es, doch deren Erkennen und Abstellen sei ja schließlich auch Sinn einer Übung. Bis

Dezember sollen die Berichte aller Beteiligten ausgewertet werden, um dann in einer gemeinsamen Tagung Schlüsse für das künftige Handeln zu ziehen.

Deutlicher wird da schon ein Beobachter von der Berufsfeuerwehr Bonn, die das

Drehbuch geschrieben hat und die Übung beurteilen soll: „Die Helfer müssen geführt werden, ihnen muß gesagt werden, was sie machen sollen. Das ist der Punkt, der heute auf der ganzen Linie nicht geklappt hat.“

– cl –



Auch im Einsatz: Rettungshubschrauber des „Ambulanzflugdienstes Köln“.

(Fotos: Claes)

Vorbild Rathaus

Seit rund drei Jahren fähig zur Selbsthilfe im Notfall – BVS unterstützte den Aufbau des Selbstschutzes

„Wir haben hier im Rathaus eine sehr ernst zu nehmende Vorbildfunktion. Wenn die Bevölkerung generell und die Betriebe im einzelnen angehalten werden sollen, etwas für den Selbstschutz zu tun, ist nichts überzeugender als das eigene Beispiel. Wie stehen wir da, wenn die Rückfrage kommt: ‚Was machen Sie denn eigentlich?‘ und wir können auch nur auf geringe Initiativen verweisen“, sagt Stadtdirektor Horst Voigt, Chef der Stadtverwaltung Bad Harzburg, im Gespräch mit dem „Bevölkerungsschutz-Magazin“. Die Redaktion ist zu Gast im Rathaus, um sich über den Aufbau und den Stand des Behördenselbstschutzes zu informieren. Der Stadtdirektor braucht vor der Rückfrage nach den eigenen Aktivitäten keine Sorge zu haben. Er hat in seinem Bereich in den letzten Jahren für einen beispielhaften Behördenselbstschutz gesorgt und wird somit seiner geforderten Vorbildfunktion gerecht.

Im zweiten Anlauf

Schon 1970 wurde ein erster Anlauf im Rathaus gemacht, einen Behördenselbstschutz aufzubauen. Er soll dazu dienen, bei Unfällen, Bränden und anderen Unglücken mit Selbstschutzmaßnahmen die Zeit zu überbrücken bis Rettungsdienst, Feuerwehr usw. an der Schadensstelle eintreffen. Personelle Veränderungen ließen das Vorhaben aber wieder im Sande verlaufen.

Vor gut drei Jahren wurde der Plan auf Initiative des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS), Dienststelle Göttingen, erneut aufgegriffen. Gesprächspartner des BVS war Wolfgang Enge, Abteilungsleiter Ordnungswesen in der Stadtverwaltung, der nun die Idee der Selbsthilfe vorantrieb. In Absprache mit seinem Amtsleiter und dem Stadtdirektor gelang es, Bauamtsleiter Burkhard Pietsch für eine Mitarbeit als Behördenselbstschutzleiter zu gewinnen. Mit dieser Berufung erhielt der Selbstschutz der Stadtverwaltung einen neuen Stellenwert. Pietsch engagierte sich sehr und begann



Das Rathaus von Bad Harzburg. Rund 100 Mitarbeiter sind hier beschäftigt.

unverzüglich mit dem Aufbau des Behördenselbstschutzes im Rathaus.

Zusammenarbeit mit BVS

Wichtige Grundlage für die einzelnen zu planenden Maßnahmen war eine detaillierte Bestandsaufnahme in Form einer Behördenanalyse. Sie reicht von den allgemeinen Angaben über den Ort sowie der Beschreibung der Behörde, bis hin zu der Zahl der Mitarbeiter und Besucher, der Fernmelde- und Alarmanlagen, Notausgänge, Fluchtwege sowie der baulichen und materiellen Maßnahmen des vorbeugenden Brand- und Sanitätsdienstes und schließt die Beurteilung vorhandener sowie möglicher Gefahren mit ein.

Anschließend folgten in enger Abstimmung mit dem BVS die personellen, organisatorischen und materiellen Maßnahmen zum Aufbau eines den behördlichen Gegebenheiten angepaßten Selbstschutzes. Gebildet wurden ein Führungs-, Brandschutz- und Bergungstrupp sowie zwei Sanitätstrupps mit insgesamt 19 Einsatzkräften, die sich aus Frauen und Männern, vom Angestellten bis zum Amtsleiter, zusammensetzen und von der BVS-Dienststelle Göttingen in einzelnen Fachlehrgängen ausgebildet wurden. Die Truppführer besuchten später weiterführende Lehrgänge an der BVS-Schule Voldagsen.

Zweimal im Jahr ist für die Einsatzkräfte eine eintägige Weiterbildung durch den BVS angesetzt, die insbesondere der Allround-Ausbildung der Truppmitglieder dienen soll. Monatlich einmal treffen sich die Helfer in der Dienstzeit für zwei Stunden, um in klei-



Sie setzen auf Eigenhilfe (von links): Wolfgang Enge, Abteilungsleiter Ordnungswesen, Stadtdirektor Horst Voigt und Behördenselbstschutzleiter Werner Hohaus.



Die Ausstattung des Behördenselbstschutzes lagert im Kellergeschoß des Rathauses. (Fotos: Sers)

nen Übungen den Ausbildungsstand zu festigen und die Einsatzbereitschaft zu erhalten. „Unterstützt wird diese Schulung durch die örtliche Feuerwehr im Bereich des Brandschutzes“, sagt Werner Hohaus, Technischer Angestellter im Bauamt. Er hat inzwischen die Aufgabe des Behördenselbstschutzleiters von seinem Vorgänger Pietsch übernommen.

Aber nicht nur für die Aus- und Weiterbildung der Einsatzkräfte ist gesorgt. Jährlich einmal führt die BVS-Dienststelle Göttingen im Rathaus einen Selbstschutz-Grundlehrgang durch. Inzwischen haben fast alle der rund 100 Beschäftigten der Stadtverwaltung diese Ausbildung durchlaufen und sich Kenntnisse im Selbstschutz angeeignet.

Anhalt für die Ausstattung des Behördenselbstschutzes gaben die „Empfehlungen für den Selbstschutz in Behörden“ des Bundesamtes für Zivilschutz. Hier sind u. a. die persönliche Ausstattung der Einsatzkräfte und das technische Gerät der einzelnen Fachdienste detailliert aufgeführt. Um die Einsatzfähigkeit der Truppe zu erweitern, kaufte die Stadt noch zusätzliches Gerät. Gelagert ist die Ausstattung im Kellergeschoß des Rathauses. Hier hat sich der Behördenselbstschutz etabliert. Teile der entsprechenden persönlichen Ausrüstung, Erste Hilfe-Koffer, Kübelspritzen und Löschdecken lagern bei den Einsatzkräften am Arbeitsplatz.

Interessierte Bürger

Eine Ausstellung des BVS im Februar 1989 im Rathaus, an der sich auch der behördeneigene Hilfsdienst beteiligte, gab zum ersten Mal Gelegenheit, den Bürgern die umfangreiche Geräteausstattung zu präsentieren und die Besucher über die Organisation und Aufgaben des Behördenselbstschutzes zu informieren. „Die Veranstaltung fand großen Anklang bei der Bevölkerung und war gleichzeitig auch eine gute Motivation für unsere Mitarbeiter im Selbstschutz“, freut sich Abteilungsleiter Enge.

Die Bürger motivieren

Das Engagement aller am Aufbau des Behördenselbstschutzes der Stadtverwaltung Bad Harzburg beteiligten Kräfte hat sich gelohnt. In relativ kurzer Zeit ist es gelungen, eine wirkungsvolle Hilfe für den Notfall zu schaffen. Die beispielhafte Vorsorge im Rathaus kann Vorbild sein für die Bürger, weitere Behörden sowie Betriebe und diese für eigene Selbstschutzmaßnahmen motivieren.

—güse—

Die Sicherheit fährt mit

Ein Blick hinter die Kulissen eines Verkehrsbetriebes



Die Mehrzahl der Remscheider Nahverkehrsbusse wird durch Elektrizität angetrieben.

Welcher Fahrgast weiß schon, was für seine Sicherheit getan wird, wenn er ein öffentliches Verkehrsmittel benutzt? Dieser Frage soll in einem Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs nachgegangen werden, der eine Besonderheit aufweist: Die Stadtwerke Solingen, ein Eigenbetrieb der Stadt, sind der größte Betreiber von Oberleitungsbussen in der Bundesrepublik Deutschland. Auf 15 Linien werden neben 44 Dieselnbussen 67 Oberleitungsbusse, darunter 21 Gelenkfahrzeuge, eingesetzt. Die sechs Fahrerinnen und 242 Fahrer beförderten mit diesen Fahrzeugen im Jahr 1988 ca. 20 Millionen Fahrgäste.

Personelle Voraussetzungen

Die Sicherheit der Fahrgäste fängt bereits bei der Personalauswahl an. Dazu Dipl.-Ing. Hartmut Vogel, der Betriebsleiter der Verkehrsbetriebe: „Leider entspricht bereits eine große Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber nicht den gesundheitlichen Ansprüchen, die in einer medizinisch-psychologischen Untersuchung des Technischen

Überwachungsvereins überprüft werden.“ Voraussetzungen sind weiter der Personbeförderungsschein und der Führerschein Klasse II. Dieser setzt bekanntlich die Teil-

nahme an einem Kursus in Erster Hilfe voraus, der auch regelmäßig wiederholt werden muß. Hinzu kommt eine interne Schulung. Doch damit nicht genug: Wer als



Immer griffbereit: Verbandkasten, Warnleuchte, Warndreieck und Nothammer.



Die 6-kg-Pulverlöcher werden regelmäßig gewartet.

Busfahrerin oder -fahrer eingesetzt ist, muß alle drei Jahre die medizinisch-psychologische Untersuchung wiederholen. Im kleinen Kreis findet jährlich eine Schulung statt, zu aktuellen Problemen werden Seminare veranstaltet.

Darüber hinaus werden die Beschäftigten einmal im Jahr in der Praxis durch die Mitfahrt eines Verkehrsmeisters und durch die Auswertung von Unterlagen anhand eines Fragenkataloges überprüft. Dabei wird das gesamte Verhalten beurteilt. Der Fahrer oder die Fahrerin wird vom Ergebnis der Überprüfung informiert, erkannte Mängel oder Fehlverhalten im Zusammenwirken mit den Betroffenen abgestellt.

Schließlich wird aber auch der ganze Verkehrsbetrieb in allen Belangen durch den örtlich zuständigen Regierungspräsidenten Düsseldorf im Auftrag des Landesministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr überprüft. Dies umfaßt beispielsweise die Einhaltung der vorgeschriebenen Höchstlenkzeiten, aber auch die Einhaltung der Vorschriften für den technischen Bereich.

Technik für die Sicherheit

Die Stadtwerke Solingen konnten aufgrund der dargestellten betrieblichen Besonderheiten Einfluß auf die Gestaltung der O-Busse nehmen. So wurde aufgrund der örtlichen Betriebsbedingungen – zwischen den einzelnen Ortsteilen sind Höhenunterschiede von bis zu 220 Metern zu überwinden – eine zweite Hinterachse eingebaut. Ferner wurde – nicht zuletzt aus Sicherheitsgründen – eine dritte Türe verlangt, deren Einbau sich in der Praxis bewährt hat.

Selbstverständlich sind alle Busse mit den vorgeschriebenen Verbandkästen nach DIN 13164 ausgerüstet. Sie werden regelmäßig ausgetauscht und das Sanitätsmaterial auf Vollständigkeit und Brauchbarkeit kontrolliert. Ferner befindet sich auf allen Fahrzeugen ein 6-kg-Pulverlöcher, dessen Benutzung mit den Fahrerinnen und Fahrern regelmäßig geübt wird. Die Löcher werden turnusgemäß überprüft.

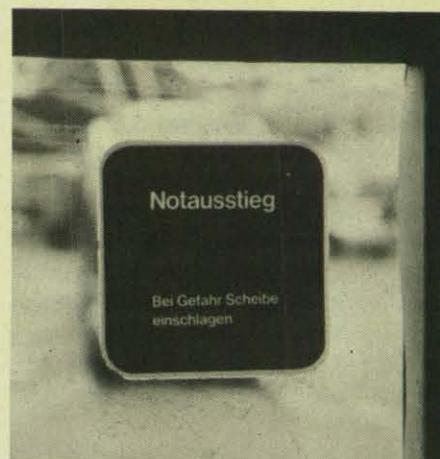
Ein Teil der Fenster in den Bussen sind als Notausstiege vorgesehen und auch entsprechend gekennzeichnet. In der Nähe dieser Fenster sind Nothämmer zum Zerschlagen der Scheibe angebracht. Leider „verschwinden“ diese nur allzuoft. Nach Ansicht von Werkstättenleiter Dipl.-Ing. Raimund Düllberg „müßte bald jeder Solinger Haushalt einen solchen Nothammer besitzen“. Doch damit auch hier die Sicherheit immer gewährleistet ist, ist die Kontrolle der Vollständigkeit der Nothämmer ein Punkt auf der Checkliste, die das Fahrpersonal bei der Übernahme und beim Abstellen der Busse durchzugehen hat.

Aus der speziellen Antriebsart „O-Bus-Betrieb“ ergeben sich keine zusätzlichen Gefahren. Seit dem Ende des Straßenbahn-Betriebes in Solingen im Jahre 1959 gab es keinen Unfall, der aus der Fahrstromversorgung über zwei Fahrdrähte (600 Volt Gleichstrom) resultiert. Da kommt es schon eher vor, daß – zumeist durch Baumaschinen oder deren Transporte – die Fahrdrähte abgerissen werden. Während der Schaden dann mit Hilfe der beiden sogenannten „Turmwagen“ behoben wird, helfen sich die O-Busse mit einem bordeigenen Notstromaggregat weiter. Dieses wird durch einen Benzinmotor angetrieben. Dabei läuft der Motor mit einer konstanten Drehzahl, der Fahrstrom wird über das normale Fußpedal wie beim Oberleitungsbetrieb geregelt.

Klare Anweisungen

Der sicheren Betriebsabwicklung und damit auch der Sicherheit der Fahrgäste dient

die „Dienstanweisung Fahrdienst“. In ihren einzelnen Bestimmungen sind alle Vorschriften zusammengefaßt und konkretisiert, die die Personenbeförderung mit Bussen regeln. Hinweise für die Sicherheit der Fahrgäste ziehen sich wie ein roter Faden durch die ganze Dienstanweisung. Ebenso gibt es klare Anweisungen für die Hilfeleistung. Vogel: „Schon häufig haben unsere Fahrerinnen und Fahrer bei Unfällen über Funk Rettungsdienste herbeigerufen, Hilfe geleistet, Feuer gelöscht oder Feuerlöcher und Verbandkästen zur Verfügung gestellt.“



Mehrere Fenster sind als Notausstiege vorgesehen.

An das Verantwortungsbewußtsein, die Umsicht und die Sorgfalt der Fahrerinnen und Fahrer werden zum Schutz der Fahrgäste hohe Anforderungen gestellt. Da schwingt schon ein wenig Stolz in der Stimme Vogels mit, wenn er erklärt: „Im vergangenen Jahr wurde kein Angehöriger des Fahrpersonals wegen Personenschaden eines Fahrgastes in Regreß genommen, obwohl 4,6 Millionen Kilometer mit unseren Bussen zurückgelegt wurden.“

Auch die übrigen Verkehrsteilnehmer sollten sich an der Forderung orientieren, die im Vorwort der „Dienstanweisung Fahrdienst“ steht: „Der im Fahrdienst Beschäftigte hat sich anderen Verkehrsteilnehmern gegenüber partnerschaftlich zu verhalten.“



Im Notfall kann die Tür auch von Hand geöffnet werden.

(Fotos: Verfasser)

Viel Wasser über viele Kilometer

Der neue „Hilfszug Wasser“ ist von besonderem einsatztaktischem Wert

„Das Fahrzeug hat eine Gesamt-Pumpenleistung von 26 000 Litern pro Minute, der mitgeführte Vorrat an B-Druckschläuchen reicht für sechs Kilometer Strecke.“ – Angaben bei der Präsentation einer neuen Fahrzeugkombination, die bei den Fachleuten auf ungläubiges Erstaunen stoßen. Die Rede ist vom „Hilfszug Wasser“, den die Werkfeuerwehr des Dormagener Bayerwerkes vor kurzem in Dienst stellte.

Die praktische Vorführung des neuen Geräts läßt schnell die letzten Zweifel schwinden. Die Fahrzeugkombination besteht aus dem Zugfahrzeug, dessen 10-Zylinder-Dieselmotor 261 kW (355 PS) leistet, und einem zweiachsigen Tiefladeanhänger. Der gesamte Hilfszug bringt 30 Tonnen auf die Waage.



Der „Hilfszug Wasser“: Eine starke Hilfe zum Schutz der Umwelt.

Pumpen ungewöhnlichen Formats

Die enorme Pumpenleistung von 26 000 l/min. wird natürlich nicht von der im Heck des Fahrzeugs eingebauten, vom Fahrzeugmotor angetriebenen zweistufigen Kreiselpumpe FP 60/8 allein erbracht. 6 000 l/min. leistet diese Pumpe bei einer geodätischen Saughöhe von 3 m und einem Förderdruck von 8 bar. Die übrigen 20 000 l/min. gehen auf das Konto von zehn transportablen Pumpen, die sämtlich auf dem Zugfahrzeug untergebracht sind.

Besonders ins Auge fallen zwei Tauchpumpen, die links und rechts hinter dem Führerhaus in separaten Gerätekästen Platz finden. Die Tatsache, daß der davor befindliche Ladekran mit einer Hubkraft von vier Tonnen auch für das Instellungbringen der beiden Pumpen bestimmt ist, läßt deren Dimensionen erahnen.

Wer bisher nur mit den im Katastrophenschutz eingesetzten handelsüblichen Tauchpumpen vertraut war, kann hier deren „großen Bruder“ kennenlernen: Mit den bemerkenswerten Ausmaßen von annähernd 60



Eine der beiden großen Tauchpumpen wird in Stellung gebracht.

Zentimetern Durchmesser und einer Höhe von über zwei Metern bringt jede der beiden Pumpen eine Leistung von 4 800 l/min. bei 10 m Druckhöhe.

Neben den beiden „Super-Pumpen“ sind noch vier normale Tauchpumpen auf dem Fahrzeug verlastet. Die Gesamtleistung dieser vier Pumpen beträgt 2 400 l/min. bei 10 m Druckhöhe. Die Energie für den Betrieb aller sechs Tauchpumpen liefert ein bordeigener Drehstromgenerator mit einer Leistung von 80 kVA, der von einem 129 kW (175 PS) starken Dieselmotor angetrieben wird. Auch die vier 1000-Watt-Scheinwerfer des pneumatisch ausfahrbaren Lichtmastes werden per Generator betrieben.

Fahrbare Tragkraftspritzen

Ebenfalls mit dem Ladekran werden die vier Tragkraftspritzen TS 16/8 aus den Geräteräumen auf den Boden befördert. Die Aggregate neuester Bauart besitzen Elektrostart-Einrichtung und werden von 4-Takt-Boxermotoren angetrieben. Sie leisten jeweils 2000 l/min. bei 8 bar und 3 m Saughöhe. Als Sonderausstattung sind sie an der Motorseite mit zwei luftbereiften Rädern ausgerüstet, die einen problemlosen Transport durch eine einzelne Person ermöglichen. Nach Wegklappen der Räder kann die TS aber auch wie gewohnt von vier Personen getragen werden.

Zur Ausrüstung des Zugfahrzeuges zählen neben den bereits erwähnten Pumpen Atemschutzgeräte und Schutzkleidung für die Einsatzkräfte sowie – für einen chemischen Betrieb von besonderer Bedeutung – Rohrdichtkissen, Kanalabdeckungen und Absperrmaterial. Mehrere Kettzüge dienen dem Instellungbringen der Tauchpumpen. Das im Zugfahrzeug mitgeführte Schlauchmaterial umfaßt 50 B-Druckschläuche in Längen von 15 und 30 Metern sowie 30 A-Saugschläuche à 1,60 Meter.

Vier Kilometer nonstop

Übertroffen wird die beachtliche Schlauchmenge des Zugfahrzeuges noch vom Vorrat des Anhängers. In dem drehbaren Schlauchhaspelaufsatz sind acht Schlauchhaspeln mit insgesamt 136 B-Druckschläuchen à 30 Meter untergebracht. Dazu befindet sich im vorderen Bereich des Anhängers ein Regal mit 28 Rollschläuchen à 30 Meter.

Wie beim Schlauchwagen der Feuerwehr läßt sich eine Schlauchleitung vom fahrenden Anhänger aus verlegen. Die Leitung kann einfach bis vierfach parallel verlegt werden. Ist das Schlauchmaterial der hinteren Haspeln aufgebraucht, wird der Aufsatz

um 180 Grad gedreht und die bisher vorne befindlichen Haspeln stehen zur Verfügung. Bei Nutzung aller acht Haspeln läßt sich so in kürzester Zeit eine Schlauchleitung von rund 4 000 Metern Länge verlegen, was der Kapazität von zwei Schlauchwagen 2000 entspricht.

Auch an die ansonsten sehr mühsame Rücknahme einer solch langen Schlauchleitung hat man gedacht: Die Schlauchhaspeln haben Motorantrieb. Als Antriebsart wurde ein Luftmotorantrieb gewählt, um mit gespeicherter Druckluft den Betrieb auch bei abgekuppeltem Anhänger zu gewährleisten.

Entsorgung als Hauptaufgabe

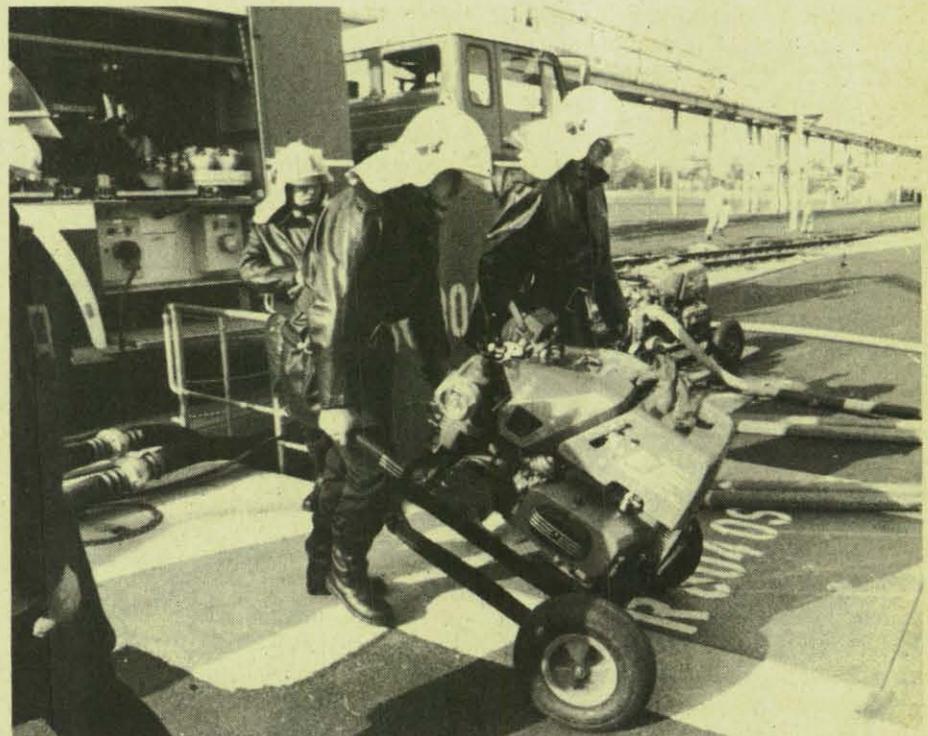
Hinter dem neuen „Hilfszug Wasser“ steht die Konzeption, jeder möglichen Beeinträchtigung der Umwelt vorzubeugen und so den Sicherheitsstandard des Werkes weiter zu erhöhen. Denn vordringlichste Aufgabe der Fahrzeugkombination ist es, bei Feuerwehreinsätzen kontaminiertes Löschwasser in die dafür vorgesehenen Löschwassersammelbecken zu befördern. Neben dem Einsatzbereich der Entsorgung läßt sich der Hilfszug natürlich auch zur Wasserversorgung im Brandfalle einsetzen. Hier sind das enorme Schlauchmaterial, die leistungsstarke Fahrzeugpumpe und die modernen Tragkraftspritzen von besonderer einsatztaktischer Bedeutung.

Wie der seit 1981 bei der Bayer-Werkfeuerwehr in Dienst stehende „Hilfszug Chemie“ (das „Bevölkerungsschutz-Magazin“



Der bordeigene Ladekran wird auch zum Ablassen der Tragkraftspritzen genutzt.

berichtete in Heft 11/89 darüber), der bereits auf zahlreiche Einsätze im gesamten Bundesgebiet zurückblicken kann, so ist auch der Einsatzbereich des neuen Hilfszuges nicht auf das Werksgelände beschränkt. Denn im Rahmen des „Transport-Unfall-Informationen- und Hilfeleistungs-Systems“ (TUIS) der chemischen Industrie steht die Fahrzeugkombination auch zur Hilfeleistung bei Großschadensfällen außerhalb des Werkes bereit. Womit sich die Beschaffung des „Hilfszuges Wasser“ doppelt gelohnt haben dürfte. -cl-



Einer statt vier: Dank der beiden Räder wird der Transport der Tragkraftspritze zum Soloauftritt.

(Fotos: Bartke)

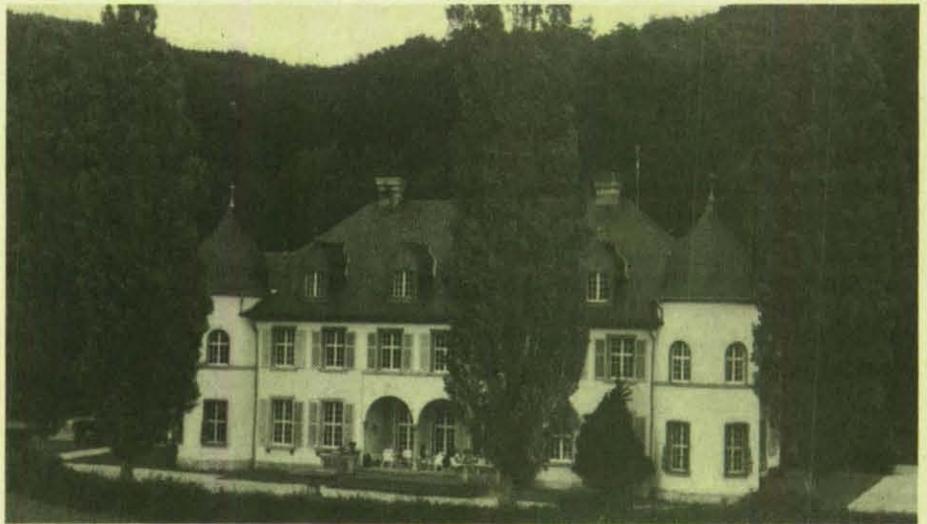
25 Jahre Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz/Saarland

Am 25. September 1989 feierte die Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz/Saarland in Burg/Mosel ihr 25jähriges Bestehen. Die Schule war 1964 gegründet worden. Gemäß der damaligen Konzeption trug sie den Namen „Zentrale Ausbildungsstätte für den Luftschutzhilfsdienst“. Ihr Auftrag bestand in der Ausbildung der Führungskräfte und Helfer für die Fachdienste des LSHD.

Mit dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes änderte sich auch der Ausbildungsauftrag der Schule. Neben den Lehrgängen für die Fachdienste des KatS wurden nun auch Lehrgänge für die Angehörigen der Katastrophenschutzstäbe und Technischen Einsatzleitungen der Landkreise und kreisfreien Städte in den Lehrgangplan aufgenommen. Die Schule wurde 1970 in „Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz“ umbenannt. In den folgenden Jahren wurde die Schule des Saarlandes eingegliedert, die Schule heißt seitdem „Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz/Saarland“.

In den 25 Jahren ihres Bestehens konnte die Schule ein beachtliches Ergebnis erzielen. Für die Mitarbeit in den Katastrophenschutzstäben, den Technischen Einsatzleitungen und den Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes wurden in dieser Zeit über 30 000 Helfer ausgebildet. Das würdigten auch die Vertreter der Bundesregierung und der Landesregierungen von Rheinland-Pfalz und dem Saarland in ihren Ansprachen zur 25-Jahr-Feier.

Staatsminister Rudi Geil, Rheinland-Pfälzisches Ministerium des Innern und für Sport, stellte in seiner Rede fest, daß dem Bereich der Ausbildung große Bedeutung zukomme, um die Einsatzfähigkeit der Helfer auf hohem Niveau zu halten. Das Ausbildungsangebot der Schule und die vermittelten Kenntnisse kämen den Helfern auch bei ihren täglichen Einsätzen zugute. Dies träfe vor allem im Bereich des Führungswissens zu. Der Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz habe bei zahllosen Einsätzen immer wieder bewiesen, daß er auch schwierigsten Aufgaben voll gewachsen sei. Dies sei nicht zuletzt das Verdienst der Katastrophenschutzschule. Hier dankte Minister Geil auch den vielen tausend Helfern, die ihre



Ein ansprechendes Gebäude: Die Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz/Saarland.

Kraft und ihre Freizeit für die Allgemeinheit opferten.

Er stellte fest, daß sich die Zusammenarbeit der Schulen Rheinland-Pfalz und Saarland bewährt habe. Die ansprechenden Gebäude und die Lage der Schule dürften aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Unterbringungssituation für die Lehrgangsteilnehmer noch Wünsche offen lasse. An dieser Stelle dankte er den verantwortlichen Bundesbehörden für die gute Zusammenarbeit und die Bereitschaft, in naher Zukunft notwendige Baumaßnahmen durchzuführen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede ging Minister Geil auch auf den Stellenwert des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik ein. Mit zunehmender Technisierung würden auch die Risiken komplexer. Chancen und Risiken, Nutzen und Gefahren der Technik seien untrennbar miteinander verbunden. Seit Jahren versuche das Land Rheinland-Pfalz den Risiken dadurch zu begegnen, indem der Sicherheitsstandard sehr hoch angesetzt werde und für öffentliche Schutzmaßnahmen großer Aufwand betrieben würde. Es sei jedoch immer wieder festzustellen, daß diese Bemühungen von Teilen der Öffentlichkeit nur mit mäßigem Interesse aufgenommen würden. Hier unterstrich der Staatsminister, daß Bund, Länder und Gemeinden ihrer Verpflichtung nachkämen, gewissenhafte Vorsorge für die

verschiedensten Gefahrenlagen zu treffen.

Zum Abschluß seiner Rede wünschte der Minister, daß der Geist der Zusammenarbeit auch in Zukunft von der Schule zu den Helfern und Führungskräften hinausgetragen würde. Um das zu unterstützen, erfülle



Innenminister Geil unterstrich die Bedeutung der Schule für die Einsatzbereitschaft des Katastrophenschutzes.



Staatssekretär Wittling überbrachte die Grüße der saarländischen Landesregierung.

die Landesregierung der Schule einen langgehegten Wunsch: Für die Verwaltungs- und Ausbildungstätigkeit könne die Schule einen Personal-Computer auf Kosten des Landes Rheinland-Pfalz beschaffen.

Staatssekretär Henner Wittling, Innenministerium des Saarlandes, würdigte die reibungslose und partnerschaftliche Kooperation zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Seit 1981 seien über 200 saarländische Helferinnen und Helfer an der gemeinsamen Schule ausgebildet worden. Diese Zahl ließe die Akzeptanz der Einrichtung erkennen, auch wenn sie außerhalb des Saarlandes liege. Außerdem ermögliche die gemeinsame Schule über die eigentliche Ausbildung hinaus auch einen Erfahrungsaustausch über Landesgrenzen hinweg.

Wittling betonte, daß die Bevölkerung einen effektiven Katastrophenschutz erwarte. Eine Vielzahl von Gefahren zeigten, daß immer neue und höhere Anforderungen an die Einheiten des Katastrophenschutzes gestellt würden. Dieser Tatsache müsse auch die Schule mit ihrer Ausbildungskonzeption Rechnung tragen. Das Personal an der Schule in Burg habe sehr gute und effektive Arbeit geleistet.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger, überbrachte die Glückwünsche von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble. Er stellte fest, daß die Schule in Burg seit einem Vierteljahrhundert mit großem Erfolg ehrenamtliche Helferinnen und Helfer ausbilde.

Gegenstand der staatlichen Gefahrenvorsorge seien Naturkatastrophen und von Menschenhand verursachte Risiken bis hin zum hoffentlich nie eintretenden Verteidigungsfall. Bund und Länder hätten in ihren Katastrophenschutzgesetzen die Vorausset-

zungen für ein gemeinsames Hilfsleistungssystem geschaffen. Darin seien Ausbildung und Ausstattung des Bundespotentials nach dem Grundsatz des Mehrfachnutzens so ausgelegt, daß es das gesamte Gefahrenabwehrspektrum abzudecken vermöge.

Um die äußeren Voraussetzungen für die Aus- und Fortbildung auf Landesebene weiter zu verbessern und den Anforderungen anzupassen, denen der heutige Katastrophenschutz angesichts der vielfältigen Gefahren unserer Industriegesellschaft gewachsen sein müsse, solle nach dem vom Bundesministerium des Innern aufgelegten Modernisierungsprogramm für die Katastrophenschutzschulen auch die Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz/Saarland um- und ausgebaut werden.

Dazu sei vorgesehen

- ein neues Unterakunftsgebäude mit wohnlichen Ein- und Zweibettzimmern und modernen Sanitäreinrichtungen zu errichten,
- die Übungsanlage nach neuesten praktischen Erkenntnissen auszubauen und
- die vorhandenen Gebäude herzurichten und vor allem funktionsgerechte Lehr- und Unterrichtsräume sowie den sportlichen und geselligen Interessen der Lehrgangsteilnehmer entsprechende Freizeiteinrichtungen zu schaffen.

Die Kosten der Baumaßnahmen in Burg seien mit rund 8 Millionen DM veranschlagt.

Das Bundesministerium des Innern strebe beharrlich und konsequent den Abbau der Ausbildungsdefizite durch verschiedene Maßnahmen an. An dieser Stelle nannte Staatssekretär Spranger einige der Maßnahmen, die in den letzten Jahren initiiert wurden:

- Erhöhung der Mittel für die Sachausgaben der Landesschulen, so daß 1988 rund 80 % der vorgesehenen Ausbildung durchgeführt werden konnte,



Staatssekretär Spranger bescheinigte der Schule große Erfolge bei der Ausbildung.

- Aktualisierung und Ergänzung der Ausbildungsunterlagen und Dienstvorschriften durch das Bundesamt für Zivilschutz unter maßgeblicher Beteiligung der Landesschulen,
- Bildung von Bund-Länder-Arbeitskreisen, die offene Fragen im Ausbildungsbereich untersuchen sollen.

Staatssekretär Spranger gab der Hoffnung Ausdruck, daß von der Schule in Burg auch künftig wesentliche Anstöße für die Steigerung der Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes ausgehen würden und wünscht dazu viel Erfolg.

Nach dem Festakt begaben sich die Gäste auf das Freigelände der Schule, um die dort ausgestellten Fahrzeuge des Katastrophenschutzes zu besichtigen. Ein gemeinsames Mittagessen beendete die Jubiläumsfeier, die von den Gästen als sehr gelungen bezeichnet wurde.

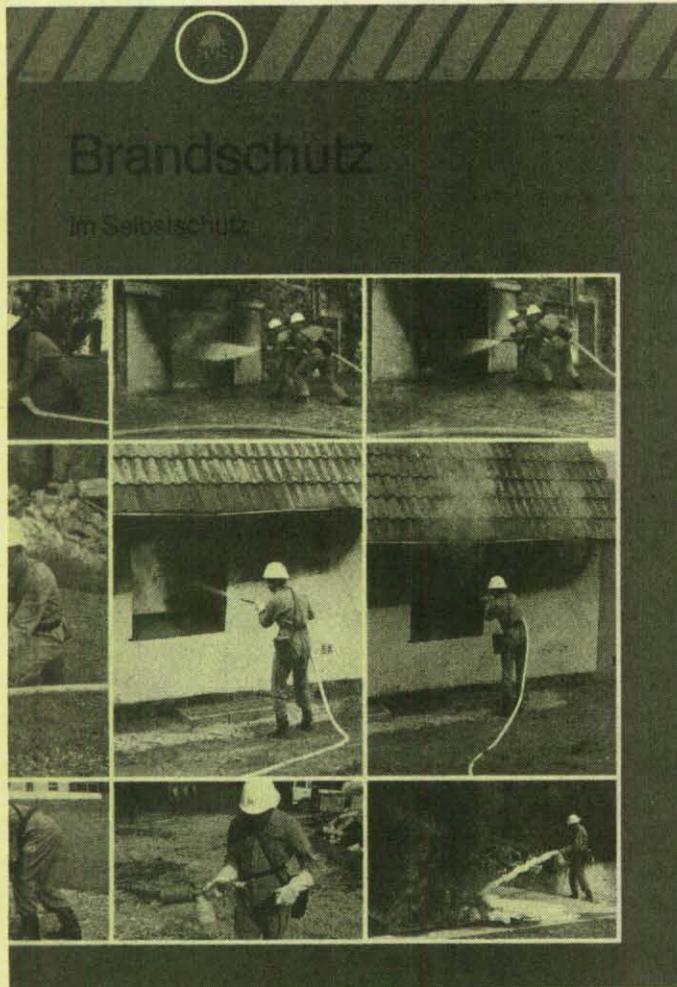
Peter Schübler



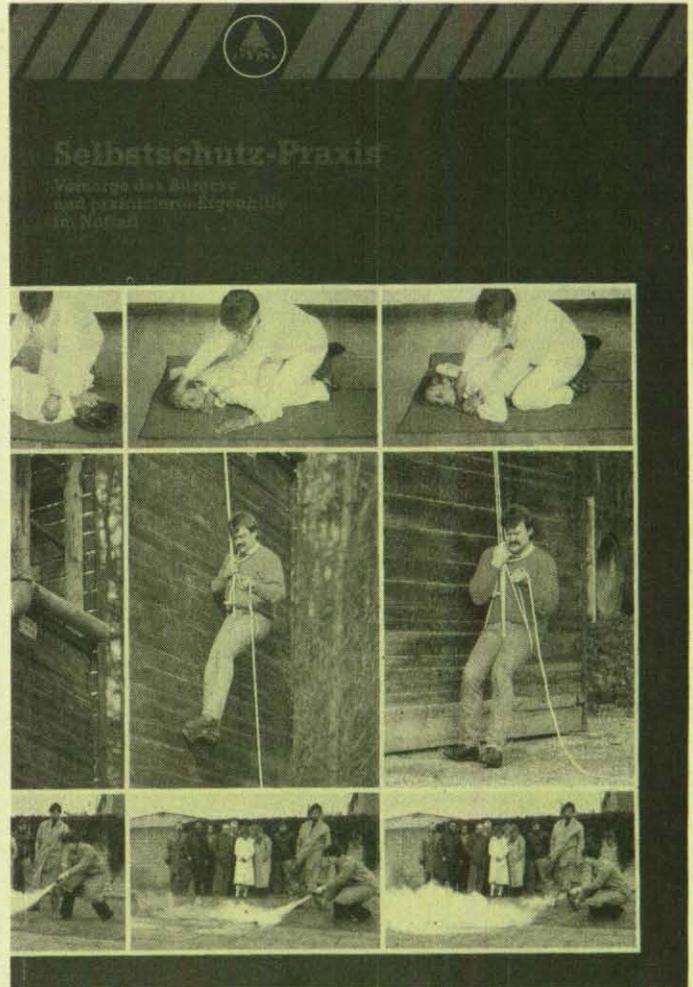
Blick in die Reihen der Gäste während des Festaktes.

Anschauliche Ausbildung

Zwei neugestaltete Broschüren des BVS



Mit Fotos aus der Praxis stellt sich die Broschüre „Brandschutz im Selbstschutz“ jetzt anschaulicher dar.



Die „Selbstschutz-Praxis“ präsentiert sich neu illustriert und mit aktuellen Veränderungen im Anhangteil.

Mit zwei neu gestalteten Broschüren macht der BVS seine Ausbildung jetzt noch anschaulicher – und das im wahrsten Sinne des Wortes. Anhand von Fotos werden zentrale Bereiche des Selbstschutz-Grundlehrgangs und der Brandschutz-Fachausbildung illustriert, wo sich die Lehrgangsteilnehmer bisher mit Zeichnungen begnügen mußten. Das Begleitheft zum Selbstschutz-Grundlehrgang mit dem neuen Titel „Selbstschutz-Praxis – Vorsorge des Bürgers und praktische Eigenhilfe im Notfall“, das in einer Auflage von 200 000 Exemplaren gedruckt wurde, tritt an die Stelle der bisherigen Broschüre „Selbstschutz-Vorsorge

des Bürgers und praktizierte Eigenhilfe im Notfall“.

Die zweite Neuerscheinung hat den Titel ihres Vorgängers beibehalten: Die vierte Auflage von „Brandschutz im Selbstschutz“ präsentiert sich jedoch ebenfalls mit einem neuen Bildeinband, der praktische Anwendungsgebiete des Ausbildungsinhaltes zeigt. Die vergleichsweise kleine Auflage von zunächst 10 000 Exemplaren ergibt sich aus der großen Nachfrage nach diesem Begleitheft zu den BVS-Fachlehrgängen auf dem Gebiet des Brandschutzes. Die dritte Auflage war bereits vergriffen, während sich die von Grund auf neue Broschüre noch in der Planung befindet. So

übernimmt das jetzt vorliegende Druckwerk die Funktion eines „Übergangsmodells“, bis voraussichtlich Ende 1990 der Nachfolger druckreif ist. Einen Vorschmack darauf gibt die aktuelle Broschüre schon im Bereich „Beförderung gefährlicher Güter“, wo das Kapitel mit Fotos und Erläuterungen zur Gefahrgutkennzeichnung auf den neuesten Stand gebracht wurde. In verkürzter Form hielt dieser Bereich auch in die „Selbstschutz-Praxis“ Einzug, wo der Bundesminister für Verkehr mit einer grundsätzlichen Erläuterung der Kennzeichnungsstafeln vertreten ist.

Ebenfalls neu in der „Selbstschutz-Praxis“, die jedem BVS-

Grundlehrgangs-Teilnehmer ausgehändigt wird, ist der Anhang mit den „Empfehlungen für die Selbstschutzausstattung in Wohnstätten“, womit der BVS der Neufassung der „Empfehlungen für die Selbstschutzausstattung in Wohnstätten (GMBI 1988, S. 102) Rechnung getragen hat.

Praktisch sind für den Lehrgangsabsolventen die Fotos aus den Bereichen Lebensrettende Sofortmaßnahmen, Bergung und Brandschutz, die eine gedankliche Wiederholung des Unterrichtsstoffes erleichtern. So dient die Broschüre zum Auffrischen und Kontrollieren des Gelernten auch noch Monate nach dem Grundlehrgang.

Quer durch Niedersachsen

Hildesheim

Unter dem Motto „Mit dem Bürger – für den Bürger“ stand eine Ausstellung, die der BVS in der Zeit vom 20.09. bis 27.09.1989 in Hameln zeigte. Die Schirmherrschaft hatte Bürgermeisterin Bruns übernommen, an der Eröffnungsveranstaltung nahmen neben Kommunalpolitikern auch Vertreter von Behörden, Betrieben und Organisationen teil.

Der Bevölkerung wurde Gelegenheit gegeben, sich über Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes umfassend zu informieren. Von dieser Möglichkeit wurde reger Gebrauch gemacht. Da Hameln kultureller Anziehungspunkt ist, wurde die Ausstellung ebenfalls von einer Vielzahl von Touristen besucht.

Voldagsen

Seit Mitte November ruht der Lehrbetrieb in der BVS-Schule Voldagsen. Innerhalb weniger Stunden mußte sich das Haus, in dem der BVS sonst pro Woche rund sechzig Selbstschutzkräfte ausbildet, auf die Unterbringung von 120 DDR-Übersiedlern einrichten. Für die siebzehn Mitarbeiter bedeutete dieses eine logistische Herausforderung: Eiligst mußten in den Doppelzimmern zusätzlich Betten aufgestellt und Hörsäle zu Gemeinschaftsschlafräumen hergerichtet werden; Notbetten wurden durch den THW-Ortsverband Sarstedt angeliefert. Die Küche hatte sich auf die große Zahl der zu Verpflegenden einzustellen, Bedarfsartikel wurden gekauft und Kinderspielzeug zur Verfügung gestellt.

Schon bald traf der erste Bus mit ehemaligen DDR-Bürgern ein, die zuvor in überfüllten Lagern bei Osnabrück und Nienburg untergebracht waren. Hinter vielen lag bereits eine Odyssee durch westdeutsche Aufnahmelager.

Mit einer großen Portion persönlicher Initiative übernahmen die BVS-Angehörigen die Betreuung der Gäste. Aus der Bevölkerung gingen zahlreiche Sachspen-

den ein. Manche Bürger erklärten sich spontan bereit, Wohnraum oder Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Freiwerdende Betten werden schnell durch neuankommende Übersiedler wieder belegt. Wie lange die BVS-Schule als Übergangsheim dienen wird, ist noch offen.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Aachen

Als attraktive Werbeveranstaltung für den BVS erwies sich eine Selbstschutzwoche in Erkelenz, zu der speziell die Frauen des Katholischen Arbeitskreises geladen worden waren.

Während Frauenfachbearbeiterin Rösler von der BVS-Landesstelle einen Überblick über die Aufgaben und Ziele des Selbstschutzes gab, ging Volker Cabel in einem Vortrag auf die besondere Rolle der Frau im Selbstschutz ein.

Köln

Bei der BVS-Dienststelle Köln wurden die Voraussetzungen geschaffen, Fachlehrgänge für Maschinisten durchführen zu können. In dem Lehrgang wird besonderer Wert auf die Vermittlung von praktischen Kenntnissen gelegt. Die erforderlichen Tragkraftspritzen unterschiedlichster Bauart stehen zur Verfügung.

Die Durchführung dieser Lehrgänge ist aber nicht immer ganz frei von gewisser Problematik. Denn zu den Lehrgangsteilnehmern gehören auch Personen, die im beruflichen sowie im privaten Bereich mit der Technik nicht sonderlich in Berührung kommen. Hier mit der nötigen Umsicht Kenntnisse und ein Gefühl für Maschinen zu vermitteln, ist des öfteren ein Wettlauf mit der Zeit.

Doch wie es sich gezeigt hat, ist auch dies möglich. Vorher eher skeptisch dreinblickende Teilnehmer hören mit Interesse zu, versuchen Teile der Maschinen zu reparieren und entdecken

mitunter sogar an sich nie gekannte Talente.

Bad Lippspringe

Die Erfahrung, daß Sicherheitswettbewerbe in Kurbädern fast immer etwas Besonderes sind, machte sich auch die BVS-Dienststelle Paderborn zunutze. Sie stellte sich der Öffentlichkeit im Bad Lippspringer Kurpark. Mit Erfolg, wie sich zeigte: Nach zwei Tagen zählte man insgesamt 213 Teilnehmer.

Münster

Im Rahmen einer Feierstunde mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen BVS-Mitarbeitern sowie Vertretern der Städte und Gemeinden verabschiedete Landesstellenleiter Peter Eykman den Leiter der BVS-Dienststelle Münster, Rudolf Menzel. Für die seit 1964 geleistete Arbeit im Dienste des Selbstschutzes gebühre dem Scheidenden Dank und Anerkennung.

Rudolf Menzel war, bevor er 1984 als Dienststellenleiter nach Münster kam, in verschiedenen Funktionen innerhalb der BVS-Dienststelle Düsseldorf tätig gewesen.

Als Nachfolger von Menzel stellte Landesstellenleiter Eykman Dieter Nierhoff vor, der bereits zwischen 1963 und 1983 für die BVS-Dienststelle Münster tätig war. Nach Aufgaben als Dienststellenleiter in Oldenburg und Coesfeld kehrte er jetzt an seine frühere Wirkungsstätte zurück.

Recklinghausen

Sozusagen taufrisch erfuhren die Mitarbeiter der BVS-Landesstelle und der BVS-Dienststelle Recklinghausen die neuesten Informationen in Sachen Zivilschutz. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Erwin Marschewski, Rechtsexperte seiner Partei in Bonn, erörterte auf einer von Landesstellenleiter Peter Eykman einberufenen Pressekonferenz Einzelheiten des neuen Gesetzes.

Die Öffentlichkeitsarbeit des BVS wird durch die Novellierung

des Gesetzes auf alle Teilbereiche des Zivilschutzes ausgedehnt. Noch größere Bedeutung als bisher werden jetzt die ehrenamtlichen Mitarbeiter erlangen, wie Landesstellenleiter Eykman betonte. Ihre Zahl müsse sicherlich noch weiter ausgebaut werden.

Marschewski, der sich anlässlich seines Besuchs bei der BVS-Landesstelle auch einige praktische Vorführungen ansehen konnte, würdigte die hervorragenden Kontakte mit der Landesstelle. Sie sollten im Interesse der Bevölkerung noch weiter vertieft werden.

Oberhausen

Mit einer Computer-Ausstellung beteiligte sich die BVS-Dienststelle Oberhausen an einer Gesundheitswoche, die von der Werbegemeinschaft City-West veranstaltet wurde. Mit zahlreichen persönlichen Beratungen und dank der Computer-Ratschläge in Sachen Notvorrat war die Teilnahme des BVS ein Erfolg.

Solingen

Junge Liberale aus Solingen informierten sich bei einem Treffen, zu dem der BVS eingeladen hatte. Dabei ging es um Fragen des Zivilschutzes und des Selbstschutzes. Vor den jungen Gästen erläuterte BVS-Beauftragter Herbert Schoer das einheitliche Hilfeleistungssystem. In einer lebhaften Diskussion wurden unter anderem Fragen zum Schutzraumbau gestellt.

Hessenspiegel

Friedberg

Die BVS-Dienststelle Friedberg unterstützte im Rahmen des betrieblichen Katastrophenschutzes das Kreiskrankenhaus in Gelnhausen in der Brandschutzausbildung. Insgesamt wurden rund 250 Bedienstete aus allen Fachbereichen informiert.

Mitarbeiter der BVS-Dienststelle unterwiesen die Beschäftigten in Grundlagen des Brandschutzes und in der Handhabung



Interessiert verfolgen die Teilnehmer den Löschversuch eines Kollegen.

von Löscheräten. Dies wurde praxisnah geübt, indem ein Flüssigkeitsbrand und brennende Bekleidung gelöscht wurden.

Wetzlar

Auf 20 und 30 Jahre Zugehörigkeit zum BVS konnten im Oktober 1989 zwei ehrenamtliche Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Wetzlar zurückschauen.

Walter Stein, zugleich Selbstschutzberater der Stadt Wetzlar, wurde für 30jährige Mitarbeit und Günther Kiera für 20jährige Mitarbeit im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft ausgezeichnet.

BVS-Landesstellenleiter Werner Hachen, der beiden die Ehrenurkunden und Walter Stein zusätzlich die Ehrengabe des Verbandes überreichte, dankte ihnen für die geleistete Arbeit.

Hünfeld

Die Rhönmesse, die zum dritten Mal unter der ideellen Trägerschaft der Stadt Hünfeld und des Landkreises Fulda stattfand,

wurde durch den hessischen Minister der Finanzen Manfred Kanther eröffnet.

Die BVS-Dienststelle Fulda beteiligte sich mit der Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger, für den Bürger“.

Bei seinem Messerundgang, begleitet von Hünfelds Bürgermeister Dr. Fennel und dem 1. Kreisbeigeordneten Gerhard Möller, besuchte der Minister auch den Stand des BVS und trug sich in das Gästebuch ein. Er wünschte den Mitarbeitern des Verbandes viel Glück bei der Bewältigung ihrer schwierigen Aufgaben.

Die Rhönmesse, die sich als „Messe für die moderne Familie“ anpreist, wurde von rd. 120 000 Menschen besucht, von denen rd. 14 000 auch die Ausstellung des BVS sahen.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Birkenfeld

Ein starker Erdstoß im Raum Birkenfeld war die erdachte



Nach der Übung: Gruppenfoto in Birkenfeld.

Grundlage einer Übung der Helfer des Katastrophenschutzes der Deutschen Bundespost. An der BVS-Schule in Birkenfeld begannen die Helfer schon frühzeitig die Großübung vorzubereiten.

Organisator der Wochenendveranstaltung war Manfred Götz vom Fernmeldeamt Mannheim. Zusammen mit dem ehrenamtlichen BVS-Mitarbeiter Bernd Siegholt, Hans Conrad, Leiter der Rettungshundestaffel Zweibrücken, und Klaus Schneider, Lehrer der BVS-Schule, wurde die Übung durchgearbeitet.

Die Helfer erprobten das Zusammenspiel der Fachdienste, Brandschutz, Bergungs- und Sanitätsdienst.

Nachdem sämtliche „Brände“ unter Kontrolle und die letzten „Verletzten“ geborgen, versorgt und von dem Rettungsdienst übernommen waren, ging die Übung zu Ende. Der Bezirkskatastrophenschutzleiter der OPD Karlsruhe, Herr Grulke, bedankte sich bei allen Helferinnen und Helfern für die erbrachte Leistung. Ein besonderer Dank aller Helfer ging an die BVS-Schule.

Koblenz

Wieder einmal hatten Vertreter des BVS die Möglichkeit, Mitarbeitern für ihr langjähriges Engagement zu danken.

Schon seit über einem Jahrzehnt arbeitet Ruth Hayn, Vorsitzende des Deutschen Hausfrauenbundes Rheinland-Pfalz, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit mit dem BVS zusammen. In einer Feierstunde, zu der sich auch die Vertreter der Koblenzer Behörden, der CDU und des Verteidigungskommandos eingefunden hatten, verlieh BVS-Fachgebietsleiterin Ingrid Perlick Ruth Hayn die BVS-Ehrendadel.

Nicht nur im Deutschen Hausfrauenverband, sondern auch darüber hinaus habe sich Ruth Hayn für die Anliegen des BVS engagiert. Wichtig sei vor allem, so Ingrid Perlick, daß sie neben der Organisation von Informationsveranstaltungen auch zahlreiche Teilnehmer für die Lehrgänge an der BVS-Schule in Birkenfeld gewonnen habe.

BVS-Dienststellenleiter Herbert Neuland nutzte den feierli-



Minister Kanther (sitzend) trägt sich am BVS-Stand in das Gästebuch ein, rechts Bürgermeister Dr. Fennel, links BVS-Dienststellenleiter Hatalla.



Dienststellenleiter Neuland dankt Martin Flick und Ruth Hayn (v. rechts), Glückwünsche auch von Fachgebietsleiterin Perlick (links). (Foto: Frey)

chen Rahmen, um auch Martin Flick für seine langjährige Mitarbeit zu danken. Neuland würdigte den unermüdlichen Einsatz des Bezirkskatastrophenschutzleiters in der Organisation von Lehrgängen. Zum Dank für den Einsatz verlieh er Martin Flick die Plakette für gute Zusammenarbeit.

Koblenz

Im Rahmen einer Feier ehrte die BVS-Dienststelle Koblenz mehrere langjährige ehrenamtliche Mitarbeiter. Die große Bedeutung der „Ehrenamtlichen“ wurde durch die Anwesenheit von Vertretern der Stadt, der Parteien sowie der Bundeswehr deutlich. In Vertretung des Landesstellenleiters nahm Verwaltungsamtmann Herbrik die Ehrung vor.

Ohne den tatkräftigen Einsatz der vielen Helfer sei die Leistung der Dienststelle Koblenz undenkbar. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter standen und stehen der Dienststelle seit vielen Jahren jederzeit zur Verfügung.

Für 35 Jahre Tätigkeit wurde Artur Benke geehrt. Er ist Schutzbauberater und steht der Dienststelle stets mit seinen umfangreichen Kenntnissen zur Verfügung.

Für 30 Jahre Mitarbeit wurde Reinold Kastner aus Montabaur geehrt. Während der Anfangsphase des BVS war er ein wertvoller, ständig einsatzbereiter Helfer.

Der Beauftragte des Westerwaldkreises, Dietmar Kuhn, der Fachbearbeiter Schutzbau Karl Victor Kaifer und der Fachlehrer Dr. Osterburg erhielten die Urkunde für 25 Jahre ehrenamtliche Mitarbeit.

Kuhn steht der Dienststelle bei Veranstaltungen im Rahmen

der Öffentlichkeitsarbeit jederzeit zur Verfügung. Karl Victor Kaifer wird als Facharbeiter Schutzbau immer wieder bei schwierigen Fragen mit seinen umfangreichen Kenntnissen benötigt.

Auf 10 Jahre ehrenamtliche Mitarbeit konnten Marlene Heimann und Josef Eggenstein zurückschauen. Beide sind regelmäßig im Rahmen der Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt.

Bayern heute

Obernburg

Mit Unterstützung der BVS-Dienststelle Aschaffenburg veranstaltete die Stadt Obernburg einen Sicherheitswettbewerb. Eröffnet wurde dieser Tag vom Landrat Roland Schwing.

Der Wettbewerb gab allen Teilnehmern Gelegenheit, ihre Kenntnisse im Selbstschutz unter Beweis zu stellen. Dazu wurde den Interessenten eine Wettbewerbskarte mit dem Verzeichnis der aufzusuchenden neun Stationen mit Streckenplan ausgehändigt.

Am Wettbewerb beteiligten sich mehr als 100 Interessenten. Schöne Preise gab es für die Erstplacierten. Jeder Teilnehmer erhielt eine Urkunde sowie eine Medaille.

Aschaffenburg

„Mit einem lachenden und einem weinenden Auge“ ließen sie ihre Kolleginnen und Kollegen



Dienststellenleiter Hagel bei der Verabschiedung von Karin Wettengel.

gehen: Die langjährige Bürosachbearbeiterin der BVS-Dienststelle Aschaffenburg, Karin Wettengel, wechselte zur BVS-Dienststelle Frankfurt.

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde wurde Frau Wettengel Anfang November verabschiedet. Dienststellenleiter Rigobert Hagel lobte sie als eine erfahrene, engagierte und bei allen beliebte Mitarbeiterin.

Eresing

Peter Eppli, Selbstschutzberater in Eresing, wollte seinen Mitbürgern einmal zeigen, was es mit dem Selbstschutz auf sich hat und wie der Staat die Einzelinitiative unterstützt. So beschloß er bereits im vergangenen Winter, einen Selbstschutztag für seine Gemeinde vorzubereiten. Bürgermeister Josef Loy und der Gemeinderat unterstützten die Idee tatkräftig.

Umfangreiche Vorbereitungen in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Starnberg waren notwendig, um die Katastrophenschutz-Organisationen zur Teil-

nahme und zur Ausstellung ihrer Fahrzeuge und Darstellung ihrer Möglichkeiten zu bringen.

Der bayerische Staatssekretär Thomas Goppel – selbst Eresinger Bürger – hatte die Schirmherrschaft übernommen und den Pokal für die Sieger gestiftet.

So konnte der große Tag im September kommen. Bürgermeister Loy begrüßte die Gäste und dankte den Organisationen für ihre Bereitschaft, sich in Eresing zu präsentieren. Rotes Kreuz, THW, Wasserwacht, Feuerwehr, Polizei und BVS, alle waren sie der Einladung gefolgt und zeigten den Bürgern, wie und womit sie im Ernstfall helfen können. Den ganzen Tag über riß die Teilnehmerschar nicht mehr ab: Vierundneunzig Teilnehmer gingen über den Parcours, galt es doch für die Ortsvereine in der Mannschaftswertung einen der wertvollen Pokale zu erringen.

Mittelpunkt des Ganzen war das große Zelt der Fahrbaren Zivilschutz-Ausstellung des BVS.



Sieben Jubilare, flankiert von BVS-Bediensteten, stellen sich dem Fotografen zum Erinnerungsfoto. (Foto: Frey)



Bürgermeister Loy (links) und Selbstschutzberater Eppli bei der Eröffnung des Selbstschutztages.

Staatssekretär Alfred Sauter, Landesvorsitzender der THW-Helfervereinigung Bayern e.V.

Technisches Hilfswerk und Bevölkerungsschutz

Zivil- und Katastrophenschutz sind eine der wesentlichen Aufgaben in unserem Staat. Eine umfassende Notfallvorsorge für die Menschen und unsere Umwelt setzt voraus, daß die notwendigen Schutzmaßnahmen gegen mögliche Gefahren rechtzeitig und ausreichend getroffen werden. Dabei nimmt das Technische Hilfswerk unter den Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen einen herausragenden Platz ein. Um das Technische Hilfswerk und vor allem die Rechte und Pflichten der Helfer erstmals auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, hat die Bundesregierung nunmehr den Entwurf eines THW-Helferrechtsgesetzes in die parlamentarische Beratung eingebracht.

Die erste der darin genannten drei Aufgaben des THW ist die Leistung technischer Hilfe im Zivilschutz. 44 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs dürfen wir heute auf die längste Friedensperiode in Europa zurückblicken. Die Notwendigkeit zum Zivilschutz hat sich seither zum Glück nicht wieder realisiert. Die Bereitschaft und Fähigkeit zum Zivilschutz aber hat ihren Beitrag zur Erhaltung von Frieden in Freiheit geleistet. Unabhängig davon aber rechtfertigen die beiden weiteren Aufgaben des Technischen Hilfswerks, die Leistung technischer Hilfe im Ausland als humanitäre Hilfe für die Bundesregierung und die Leistung technischer Hilfe bei der Bekämpfung von Katastrophen, öffentlichen Notständen und Unglücksfällen größeren Ausmaßes für sich allein schon die Notwendigkeit des THW.

Die Einbindung des Techni-



Staatssekretär Alfred Sauter.

schen Hilfswerks in die friedensmäßige Gefahrenabwehr ist gerade auch für die notwendige Motivation der THW-Helfer von entscheidender Bedeutung. Es ist daher sehr erfreulich, daß hier in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte erzielt wurden. Dies zeigt zum Beispiel die Entwicklung der neueren Katastrophenschutzgesetze der Länder ebenso wie die faktische Heranziehung des THW in vielen Kommunen. Auch erörtert z. B. der Bundesumweltminister zur Zeit Einsatzmöglichkeiten des THW im Umweltschutz mit seinen Ländereinsatzkollegen. Und das Katastrophenschutzergänzungsgesetz regelt erstmals die friedensmäßige Mitwirkung des THW bei Katastrophen und Unglücksfällen größeren Ausmaßes als eine gesetzliche Aufgabe. Um diese für die Ausbildung und Motivation der Helfer so wichtige Heranziehung des THW bei Unfällen vor Ort nicht aus Kostengründen scheitern zu lassen, wurde im Bundes-

haushalt ein Kostenverzichtstitel über DM 300 000 aufgenommen, in dessen Rahmen auf die Erstattung von Einsatzkosten im Ausbildungsinteresse verzichtet werden kann.

Bei der Regelung des Helferrechtsverhältnisses im Gesetzentwurf gibt es aus Sicht der Bayerischen Helfervereinigung einige Nachbesserungsnotwendigkeiten. So ist die vorgesehene Altersgrenze von 60 Jahren aus unserer Sicht ebenso änderungsbedürftig wie die bisherige Nichterwähnung des Status des Althelfers, der aber keineswegs alt sein muß.

Die Altersgrenze wurde im Gesetzentwurf in Anlehnung an die Regelung bei den Feuerwehren auf 60 Jahre festgelegt, da der aktive Einsatz eines Helfers und Einheitsführers schweren körperlichen Dienst erfordert. Es besteht aber Bedarf, diese Regelung flexibler zu gestalten, um zum einen den konkreten persönlichen Umständen besser Rechnung zu tragen und zum anderen das Erfahrungswissen älterer Helfer gerade auch im organisatorischen und verwaltungsmäßigen Bereich den Einheiten weiterhin zugute kommen zu lassen.

Der Althelfer wurde nicht in den Gesetzentwurf aufgenommen. Eine rein kameradschaftliche Verbindung zu diesen Ehemaligen soll durch Erlaß geregelt werden. Als Neuerung sieht das Gesetz den Reservehelfer vor, der als aktiver Helfer im Technischen Hilfswerk mitgewirkt hat und dem THW für Einsätze zur Verfügung steht. Dem THW soll damit eine Reserve geschaffen werden, die personelle Engpässe

bei größeren Einsätzen auffangen kann. Die Reservehelfer sind daher etwas anderes als die Althelfer und können diese auch nicht ersetzen, zumal für sie dieselbe Altersgrenze wie bei aktiven Helfern vorgesehen ist.

Die Althelfer müssen daher in das Gesetz aufgenommen werden. Ihre Mitarbeit innerhalb des THWs ist unverzichtbar. Sie üben echte Organisationsfunktionen aus und arbeiten als Hausmeister, Kammer- und Gerätewarte, Köche und Reinigungskräfte unentgeltlich in den Ortsverbänden. Es sind Personen, die das THW aufgebaut haben und die dem THW auch nach Erreichen der Altersgrenze zur Verfügung stehen. Gerade auch die Lebensmitgliedschaft ist Ziel einer echten THW-Arbeit. In der nun begonnenen parlamentarischen Beratung des Gesetzentwurfes zeichnen sich zur Frage der Beendigung des Helferverhältnisses nicht zuletzt auch aufgrund des Vorbringens der Landeshelfervereinigung Bayern verschiedene Möglichkeiten für eine flexiblere und diesen Anliegen entgegenkommende Gesetzesfassung ab.

Jeder hofft, sie, die THW-Helfer, nie zu brauchen, aber jeder ist dankbar, wenn sie im Notfall zur Stelle sind. Das ist ihr Los und die Helfer meistern dies mit großem Einsatz und Bravour. Es ist nur zu begrüßen, wenn dieser Einsatz nun auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden soll. Regelungen aber, die hinter den bewährten Grundsätzen der THW-Arbeit zurückbleiben und die Tätigkeit der Helfer eher erschweren als verbessern, müssen vermieden werden.



Fernmelde- fachdienstübung Heros '89

Bremen. Vom 29. - 30. September führte der THW-OV Bremen-Neustadt eine Fernmeldeübung durch. Teilnehmer waren der 4. Fernmeldezug, die Fernmeldezentrale der Abschnittsführungsstelle Süd sowie die Sprechfunker der 3. Technischen Einsatzleitung und des 3. Instandsetzungsuges.

Die von Jürgen Kardel, Fachberater Fernmeldedienst im Stab Rettung und Technische Abwehr (Katastrophenschutzleitung der Stadtgemeinde Bremen) ausgearbeitete und geleitete Übung hatte verschiedene Übungsziele.

Im Großen und Ganzen verlief die Übung erfolgreich. Ausbildungsmängel, die erkannt wurden, werden in den nächsten Ausbildungsveranstaltungen durchgesprochen. B. K.

THW war wieder dabei!

Bremen. Beim großen Freimarktumzug zum Bremer Freimarkt war traditionsgemäß ein Festwagen des THW-OV Bremen-Schwachhausen dabei. Auch der Aufbau sowie der Abbau und teilweise Transport der Sicherheits-Absperrgitter für den Verlauf des Freimarktumzuges wurde von den THW-Helfern übernommen. H. S.



Neues Ausbildungskonzept

Hannover. In der neu strukturierten und erweiterten Ortsverbandsführung ist nun wieder der für die Öffentlichkeitsarbeit zuständige Helfer unter dem neuen Begriff Öffentlichkeitsbeauf-

tragter in eigenständiger Funktion enthalten. Mittelfristiges Ziel ist es, in jedem Ortsverband die Stelle mit einem geeigneten Helfer zu besetzen.

Um dem zu erwartenden verstärkten Bestellaufkommen auch ausbildungsmäßig begegnen zu können, wurden die LV-Seminare „Öffentlichkeitsarbeit in den Ortsverbänden“ für die neunziger Jahre neu konzipiert.

Während Sachgebietsleiter Reiner Bormann unter Einbeziehung des Handbuches eine Schulung der Neuen vornimmt, erfährt der Stamm der seit längerem tätigen Öffentlichkeitsbeauftragten eine weiterführende Ausbildung durch externe Kräfte. Hier ist zunächst die Fortsetzung des Rhetorik-Seminars von 1988 vorgesehen, auf lange Sicht aber ist die Zusammenarbeit mit der KSB Ahrweiler und den entsprechenden Lehrkräften geplant. R. B.

Für Übersiedler hergerichtet

Hannover/Hoya. Zur Aufnahme von rund 500 DDR-Übersiedlern wurde Anfang November nach Ahrweiler auch die Katastrophenschutzschule des Bundes in Hoya/Weser für den Lehrgangsbetrieb geschlossen.

In einer nächtlichen Fahrt waren rund 30 THW-Helfer sowie hauptamtliche Kräfte aus mehreren niedersächsischen Ortsverbänden, Geschäftsführerdienststellen und dem Landesverband im Einsatz, um aus einem Sanitätslager in Zeven Betten abzuholen.

Bis zum Eintreffen der ersten Übersiedler am Abend waren in einer gemeinsamen Arbeitsaktion mit den Schulbediensteten sämtliche Betten aufgebaut und der gesamte Schulkomplex einschließlich der benachbarten Unterkunft des THW-OV Hoya zur Notaufnahme vorbereitet worden. R. B.

„Rollgließ-Team“ im Dauereinsatz

Ronnenberg/Hannover. Auf der „INTERSCHUTZ '88“ in Hannover hatte es angefangen. Sieben Tage lang demonstrierten die



Sachgebietsleiter Bormann (links) dankt den Helfern Weinert, Arlt und Much für ihren Einsatz. (Foto: Hilberath)

Ronnenberger Helfer Frank Arlt, Michael Much und Jörg Weinert am neuen Gerüsturm das Bergen aus Höhen und Tiefen mit dem Rollgließgerät.

Seitdem sind sie mit dem fah-nengeschmückten und weithin sichtbar beschrifteten Gerüsturm der Mittelpunkt vieler örtlicher und überörtlicher Veranstaltungen. Letztes prominentes „Bergungsoffer“ war der Hildesheimer Oberbürgermeister Gerold Klemke bei der Niedersachsenschau im November 1989.

Ihre großartige Einsatzbereitschaft zusätzlich zu ihrem Dienst im THW-OV Ronnenberg würdigte Sachgebietsleiter Bormann durch Übergabe des THW-Ehrenbanners, wobei er die Hoffnung ausdrückte, daß diese tüchtige Mannschaft noch lange aktiv bleiben möge. R. B.

Führungskräfte umfassend informiert

Sarstedt/Achim. An zwei Samstag, dem 4. und 11. November 1989, kamen die niedersächsischen THW-Kreis- und Ortsbeauftragten aus jeweils zwei Regierungsbezirken unter der Leitung der THW-Landesbeauftragten Eckhard Leiser zu ihren diesjährigen Fachtagungen zusammen. Als Gastgeber fungierten KB/OB Kurt Carstens, Sarstedt, und OB Günter Hinerasky, Achim, die ihre neuen Unterkünfte zur Verfügung gestellt hatten. Insgesamt nahmen über 100 Personen an den Veranstaltungen teil.

Gutes Abschneiden bei ipos- Studie

An den Beginn seines Einführungsreferates stellte LB Leiser die Ergebnisse der ipos-Studie, einer im Auftrag des BMI durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsumfrage zu aktuellen innenpolitischen Themenbereichen.

Erstmals in die Erhebung einbezogen, erhielt die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk die zweithöchste Wichtigkeitseinstufung hinter dem Bundeskriminalamt. Nur 5 % der Befragten gaben an, das THW nicht zu kennen, im Ergebnis also ein hoher Bekanntheitsgrad von 95 %. Diese Zahlen belegen den spürbaren positiven Trend des THW, der seit dem Sommer 1988 trotz oder gerade wegen der Äußerungen des Bundesrechnungshofes zu verzeichnen ist.

OV-Führungskonzept erläutert

Hauptsachgebietsleiter Einsatz Jochen Rohwedder stellte mit Unterstützung von Landessprecher Willi Kunze, der als Mitglied des Arbeitskreises I maßgeblich daran mitgewirkt hatte, das neue Ortsverbands-Führungskonzept vor. Dabei umriß er die ebenfalls neu definierten Anforderungsprofile und Aufgabenbeschreibungen für Kreis- und Ortsbeauftragte nebst Stellvertretern, Öffentlichkeitsbeauftragte, Schirrmeister, Fachberater HVB sowie Ausbildungs- und Sicherheitsbeauftragte.

Landesausschüßwahlen durchgeführt

Als Vorläufer zu den Landes-sprecherwahlen waren je ein THW-Kreis-/Ortsbeauftragter aus den Regierungsbezirken Hannover, Braunschweig, Lüneburg und Weser-Ems als zukünftige Mitglieder des Landesausschusses zu wählen. Dies wurden in der vorgenannten Reihenfolge OB Hermann Gesell, OV Burgdorf, KB/OB Karl-Heinz Markmann, OV Wolfenbüttel, KB/OB Wilhelm Wilenbockel, OV Soltau und OB Lothar Sopp, OV Wilhelmshaven.

Landessprecher kandidiert nicht wieder

Seinen Rücktritt von sämtlichen Ehrenämtern wegen Erreichens der Altersgrenze und aus gesundheitlichen Gründen zum März 1990 gab KB/OB Willi Kunze, OV Salzgitter, bekannt. Auch als Landessprecher wird er nicht wieder kandidieren. Einen Rückblick auf seine achtjährige Tätigkeit in dieser Funktion, bei dem nach seinen eigenen Worten „das Überleben des THW zweimal infrage gestellt war“, verband er mit der Hoffnung auf Nominierung und Wahl eines qualifizierten und zeitlich abkömmlichen Nachfolgers.

Neuer Hochwasser-Film zum Abschluß

Nachdem Hauptsachgebietsleiter Ausbildung Ralph Dunger seine Überlegungen zum Ortsverbandsauftrag, dem „Aufstellen einsatzbereiter Einheiten für den Katastrophen- und Einsatzfall“ als Zusammenwirken vieler Kräfte erläutert hatte, referierte Hauptsachgebietsleiter Klaus Leifheit über sein komplexes Aufgabengebiet. Dies wird zukünftig in immer stärkerem Maße von der Informationstechnik beeinflusst werden.

Mit „Schlagzeilen“ aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit setzte Sachgebietsleiter Reiner Bormann den Schlußakzent und führte abschließend den in diesem Jahr ausgelieferten Hochwasserfilm des THW vor. Mit Aufnahmen von der „INTERSCHUTZ '88“ in Hannover stellte dieser Film auch einen regionalen Bezug her.

Weichen für die Zukunft gestellt

Nach 16 informativen Stunden bleibt als Fazit beider Veranstaltungen zu ziehen, daß sich das THW Niedersachsen ausstattungs- und liegenschaftsmäßig auf dem höchsten Stand seiner Geschichte befindet. In den neunziger Jahren muß das Augenmerk auf eine intensivere Ausbildung mit dem Ziel erhöhter Einsatzbereitschaft sowie eine wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen mit dem Ziel der Nachwuchsgewinnung gerichtet werden. Die Weichen in diese Richtung sind in Sarstedt und Achim gestellt worden. (rb)

Nordrhein-Westfalen



Portalkran für Museums-Steinbruch

Aachen. Verwundert blickten Spaziergänger in einem ehemaligen Steinbruch in Breinig auf das geschäftige Treiben. Doch schnell war das Rätsel gelöst. Es handelte sich um einen Einsatz des THW-OV Aachen mit dem Ziel, ein „technisches Denkmal“ vergangener Zeit vor dem Verfall zu bewahren.

Der Aufbau des ehemaligen Steinbruchs verfolgt folgende Ziele: Er soll Studenten verschiedener Fachrichtungen als Übungsgelände dienen und Forschungsmöglichkeiten für diverse Institute bieten wie Geologie, Ingenieurgeologie, Baugeschichte und Denkmalpflege sowie Land-

schaftsökologie und Landschaftsgestaltung. Ebenso soll er als Besuchersteinbruch dienen, in dem die Abbautechniken, Geräte zur Gewinnung des Steins und Verwendung der Gesteine an die interessierte Öffentlichkeit, vor allem aber an Schulklassen weitergegeben werden können.

Ein kennzeichnendes Merkmal damaliger Steinbrüche allerdings fehlte bislang noch: Der Portalkran. Er hat die Aufgabe, Gesteinsblöcke auf einen Spezialwagen zu heben, welcher die Verbindung zwischen Steinbruch und Seilsäge darstellt. Ein solcher Kran befand sich in einem ebenfalls stillgelegten Steinbruch in der Nähe. Problematisch war der Abbau und Transport der Gerätschaft von ungefähr 12 Meter Länge und immerhin 4 Meter Höhe, Gesamtgewicht 2,5 Tonnen. So wandte man sich an das THW Aachen; hier wurde die Aufgabe dem 4. Bergungszug übertragen.

So rückten dann zwanzig Helfer unter der Leitung von Zugführer Markus Paulmann mit Geräte- und Mannschaftskraftwagen nach Breinig aus. Der Abbau des seit vielen Jahren außer Betrieb stehenden rostigen Ungetüms forderte den THW-Helfern fachliches Können ab. Bald war nicht nur der Kran fachgerecht zerlegt und mittels Autokran auf einen Sattelschlepper verlastet, zusätzlich hatten mehrere Helfer eine Seilhaspel mit Motor und Getriebe und dazugehörige Umlenkrollen ausgebaut.

Nach Sicherung der sperrigen Ladung ging es dann in Richtung neuer Standort. Nachdem die Schwerlastfahrzeuge in Millimeterarbeit in das unwegsame

Steinbruchgelände gelotst worden waren, luden die THW-Helfer den Portalkran mit Zubehörteilen ab. Vom Regen durchnäßt, konnten die Männer des 4. Bergungszugs diesen Einsatz am späten Nachmittag erfolgreich beenden.

E. F.

Hilfe zur Selbsthilfe

Duisburg. Einen neuen Weg der Entwicklungshilfe beschritt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit jetzt mit einem Intensivlehrgang „Wasserversorgung in Afghanistan“ für fachlich vorgebildete, afghanische Asylanten, der in den Medien auch als „Duisburger Modell“ bekannt wurde.



Ausbilder Endres (links) leitet zum Bau eines Dreibecks aus Rundhölzern an.

Dreizehn Afghanen zwischen 18 und 46 Jahren, die sich freiwillig gemeldet hatten, wurden innerhalb von sechs Wochen von Führungskräften des THW im Finden, Gewinnen und Verteilen von Wasser kundig gemacht.

Ungewöhnlich an diesem Projekt ist, daß nicht Entwicklungshelfer Know-how ins Ausland tragen, sondern Technikern aus dem notleidenden Gebiet im hilfeleistenden Land ergänzendes Wissen vermittelt wird, das sie nach ihrer Rückkehr in ihre Heimat selbst anwenden können.

Tatsächlich haben auch alle Lehrgangsteilnehmer vor, nach einer Stabilisierung der politischen Lage in Afghanistan heimzukehren. Dann wird ihr Fachwissen in dem von den Kampfhandlungen stark mitgenommenen Land sehr gefragt sein, was ihnen



Der Abbau des Portalkrans fordert den THW-Helfern fachliches Können ab.

(Foto: Miesen)

die Wiedereingliederung sicherlich erleichtern wird. Eine Rückkehrverpflichtung besteht jedoch für keinen dieser Lehrgangsteilnehmer.

Firtz Endres vom THW-Landesverband Nordrhein-Westfalen hat den Lehrgang konzipiert und organisiert. Er betonte, daß nur einfache, in Afghanistan auch anwendbare Techniken gelehrt wurden. „Unser Ziel muß es sein“, sagte er, „der Bevölkerung fortschrittliche Entwicklung anzubieten, ohne die Kultur zu zerstören.“

Die Vermittlung der Ausbildungsziele wäre weit schwerer gefallen, hätten sich nicht die Duisburger Stadtwerke wesentlich an dem Projekt beteiligt. Sie stellten Übungsmaterial und Dozenten zur Verfügung. Den Rohrnetzmeister Werner Kanapin, der zugleich Zugführer des Instandsetzungszuges des THW-Ortsverbandes Duisburg ist, stellte die Direktion der Stadtwerke für die gesamte Dauer des Lehrgangs als dessen Leiter frei.

In der Unterkunft und auf dem technischen Übungsgelände des THW-Ortsverbandes Duisburg hieß es für die dreizehn afghanischen Meister, Techniker und Ingenieure, denen hierzu Arbeitskleidung des THW zur Verfügung gestellt wurde, nicht nur Theorie zu pauken, sondern auch praktisch Hand anzulegen. So lernten sie den Bau von Brunnen, das Verlegen von Rinnen und einfachen Leitungen, die Anlage von Wasserzapfstellen in Dörfern und auch die Bevorratung von Wasser. Sie wurden auch in die Nutzung von Gebirgsflüssen und Bächen zur Wasserversorgung eingewiesen.

Da in Afghanistan andere geologische und hydrologische Bedingungen vorliegen, dozierte an fünf Tagen der in Deutschland lebende Hydrogeologe Dr. Osmani aus Kabul über die dort vorliegenden geologischen und besonders die hydrologischen Probleme. Dipl.-Ing. Hans Hartung aus Weikersheim, ein seit langem in der Entwicklungshilfe tätiger Spezialist für Wasserversorgung, unterrichtete die Gruppe unter anderem über verschiedene Pumpsysteme.

Bemerkenswert war im Lehrgang, so Fritz Endres, die große Begeisterung, mit der die Teil-

nehmer zu Werke gingen und die selbst das siebenköpfige Ausbildungsteam mitriß. In einer abschließenden Aussprache lobten die Afghanen die Konzeption des Lehrgangs, der genau das beinhaltet, was in Afghanistan benötigt würde und der sich durch eine direkte Umsetzbarkeit auszeichne.

Sie alle wollen, sobald die politische Lage in Afghanistan dies erlaubt, zunächst in die großen Flüchtlingslager in Pakistan gehen, wo Millionen ihrer Landsleute seit Jahren leben. Hier wollen die in Duisburg geschulten Afghanen zunächst als Multiplikatoren wirken und das erworbene Wissen weitergeben.

Gemeinsam wollen sie dann diese Kenntnisse unter Berücksichtigung der kulturellen, auch der religiösen Voraussetzungen und nicht zuletzt der strengen wasserwirtschaftlichen Gesetzgebung in ihrer Heimat zum Wiederaufbau von Wasserversorgungseinrichtungen umsetzen.

Diese eigenverantwortliche Fortführung einer wegweisenden Initiative – freilich bislang nur eine Option – reiht das „Modell Duisburg“ sicher als ein Musterbeispiel in die „Hilfe zur Selbsthilfe“ ein. A. G.

Gasexplosion in Siegen

Siegen. Sonntagmorgen, 7.24 Uhr: Eine Detonation zerriß die sonntägliche Morgenstille am Rande des Siegener Zentrums. Im dritten Obergeschoß eines Mehrfamilien-Wohnhauses war der Gasofen explodiert. Zwei Außenwände des Zimmers waren regelrecht herausgeblasen worden, die daraufliegende Decke abgeknickt. Das Dach hing frei darüber, die Räume standen in Flammen.

Die Feuerwehr konnte die Flammen in kurzer Zeit niederkämpfen. Der 26jährige Mieter der Unglückswohnung hatte schwerste Verbrennungen erlitten und wurde über die Feuerwehrleiter geborgen und in eine Kölner Spezialklinik geflogen. Er stirbt Tage später.

THW-Kreisbeauftragter Dipl.-Ingenieur Dietrich Kessler war durch die Detonation geweckt worden. So waren die Funkzen-



Die Abräumarbeiten werden vom Korb eines Autokrans aus vorgenommen. (Foto: Horn)

trale besetzt und eine Reihe von Führungskräften in Bereitschaft, als die Anforderung des THW übermittelt wurde.

Siegens Bereitschaftsführer Jürgen Triphan nahm die Organisation des Einsatzes in die Hand, die Arbeit erledigten die Zugführer Wolfram Schroeder, Klaus Brandenburger und Walter Gross mit ihren Helfern.

Noch bei der Vorbereitung der Abstützung gab eine weitere Decke nach und brach herunter. Auch ein Teil des Dachstuhls gab nach. Mit Umsicht und Routine begannen die Aussteifungsarbeiten im gesamten zweiten Geschoß und den darüberliegenden, äußerst einbruchgefährdeten Decken. Bauholz hatten die zwei zunächst eingesetzten Gruppen mitgebracht.

Anschließend konnten die Abräumarbeiten in Angriff genommen werden. Dabei entschied sich die Einsatzleitung dafür, vom Korb eines Autokranes aus zu arbeiten. Von oben wurden die Pfannen abgedeckt, die abgebrochene Dachkonstruktion mit der Winde des Gerätekraftwagens heruntergezogen. Darauf wurden die heruntergeklappten Deckenteile vom Korb aus angeschlagen und mit der Winde zu Boden befördert. Maßarbeit: Nicht eine Scheibe ging im darunterliegenden Geschoß zu Bruch.

Die Aufräumarbeiten bestimmten den Einsatz einer weiteren Gruppe. Bis zum Abend war die Unglücks-Etage frei, der Schuttkegel vor dem Haus beseitigt. Vom Korb aus konnten später große Planen über dem offenen Bauwerk ausgebreitet und befestigt werden. D. H.

Baden-Württemberg



Erfahrungsaustausch

Baden-Baden. Überprüfen wollte der THW-Ortsverband Baden-Baden, inwieweit sich die Fachausbildung, die die Helfer an den Katastrophenschutzschulen und auf Standortebene erhalten, mit den Arbeitsmethoden und Erfahrungen gewerblicher Unternehmen deckt. Deshalb nahmen die Helfer der E-Gruppe am Abbau einer Freileitung der Stadtwerke teil.

Im Rahmen der Einweisungs- und Fortbildungsmaßnahme mit dem Energieversorgungsunternehmen zeigte sich, daß die Helfer in der Lage sind, weitgehend selbständig am Mast zu arbeiten; mit Hilfe des Brennschneidgerätes konnte die Armierung durchtrennt werden.



Mit dem Brennschneidgerät ist die Armierung schnell durchtrennt.

„Offene Tür“ zur Eröffnung

Freiburg. So zahlreich waren die Gäste zur Einweihung der neuen THW-Unterkunft und Geschäftsführerbereichs-Dienststelle Freiburg erschienen, daß die Feier kurzfristig in die große Kfz-Halle verlegt werden mußte.

Kreisbeauftragter Werner Schmitt begrüßte die Ehrengäste, unter ihnen BZS-Präsident Hans Georg Dusch, Direktor der Bundesanstalt THW Gerd-Jürgen Henkel, THW-Landesbeauftragter Dirk Göbel, THW-Bundessprecher Konsul Peter Merk und der Präsident der THW-Helfervereinigung, Hans-Joachim Wiegand.

In einem verlesenen Grußwort von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble kamen neben der Freude über die neue Unterkunft der Dank an alle Beteiligten zum Ausdruck.

Unter dem Beifall der Gäste sprach auch Direktor Henkel allen seinen Dank aus, verbunden mit dem Wunsch, daß das mit so viel Engagement Zustandegebrachte von den THW-Helfern angenommen und mit Leben erfüllt werde.

Direktor Henkel übergab abschließend dem neuen THW-Ortsbeauftragten Dipl.-Ing. Martin Lehmann die Ernennungsurkunde und dankte ihm für die Übernahme dieses Ehrenamtes.

Die beiden folgenden „Tage der offenen Tür“ brachten am Samstag und am Sonntag viele Interessenten auf das Gelände des Ortsverbandes Freiburg, um die neue Unterkunft zu besichtigen. Dort waren die Fahrzeuge

der beiden Bergungszüge, des Instandsetzungszuges und das Bergungsräumgerät aufgebaut. An einem Übungsturm wurden unterschiedliche Methoden der Bergung aus Tiefen und aus Höhen mittels Leiterhebel, Seilbahn und Rollgliss, sowie die Bergung eines in einem Silo Verunglückten unter schwerem Atemschutz durchgeführt. F. Os.

Maßarbeit war gefragt

Laufenburg. „Drei – zwei – eins – null“ – ein Druck auf den roten Knopf der Zündmaschine. Ein dumpfer Knall bricht die gespannte Stille. Eine Staubwolke schießt aus dem Sockel des 30 Meter hohen, aus Ziegeln gemauerten Kamins. Der behäbige Riese bleibt einen Moment lang stehen, als wäre nichts geschehen, dann neigt er sich langsam in Richtung des schmalen Innenhofs. Der Kamin legt sich in die berechnete Richtung und bricht sauber in kleine Segmente auseinander. Klaus Schrenk ist erleichtert.

Der Sprengmeister klopft sich den Staub aus dem blauen Arbeitsanzug und begutachtet die Überreste des Schornsteins aus der Zeit der Jahrhundertwende. Sauber zerlegt und genau nach Maß sind die Trümmer auf ein Bett aus Strohhallen und Autoreifen gelandet, mitten im schmalen Innenhof des Werksgeländes in Laufenburg-Rhina.

Der Kamin mußte einem Neu-

bau weichen, aber an drei Seiten war der Schlot mit anderen Hallen umbaut. Deshalb blieb nur eine Fallrichtung übrig, und auch die war in der Länge begrenzt: Am anderen Ende des Innenhofs sind Tag und Nacht Hochöfen in Betrieb, die für die Sprengung nicht abgeschaltet werden konnten. Maßarbeit war also gefragt.

Sprengmeister Kurt Schwindt vom THW Laufenburg bereitete die Verkabelung der Ladungen am Kamin vor, nachdem die Bohrlöcher genau nach Plan angebracht waren.

In Laufenburg kann nun nach den Aufräumarbeiten mit dem Neubau ohne Zeitverzug begonnen werden. Für den Auftraggeber war die Sprengung des Kamins viel attraktiver als ein zeitraubender und kostspieliger Abriß. C. B.



Maßarbeit: Der Kamin fällt genau in die berechnete Richtung.

(Foto: Buck)

Bergung im Felsenmeer

Hechingen. An einem verregneten Sonntagmorgen erreichte den THW-Ortsverband Hechingen und den 3. Sanitätszug des Zollernalbkreises ein Übungsalarm: Es wurde angenommen, daß in einem Wald Wanderer abgestürzt sind. Erschwert wurde die Situation, weil es galt, die Verletzten in einem Felsenmeer zu bergen.

Bei der Bergung der Verletzten gab es richtige Einsatzarbeit: Eine Person mußte mittels Hydraulikpresse aus einer Felsspal-



Der Transport der „Verletzten“ ist in dem unwegsamen Gelände nicht einfach.

te befreit werden. Eine andere Gruppe mußte „Verletzte“ mit einer rasch errichteten Seilbahn aus ihrer prekären Lage befreien. Die Helfer brachten die unter schwierigen Bedingungen geborgenen Personen zur Erstversorgung zum Sanitätszug. Von hier aus ging es weiter zur Verletzten-sammelstelle. R. B.

Bayern



Explosionsgefahr an Tankstelle

Dachau. Über 120 Liter Benzin liefen an einer Tankstelle in Karlsfeld aus. Mit Ölbinder und Spezialgerät konnte die Feuerwehr das weitverteilte Benzin auf dem Hof binden und beseitigen.

Der Hof der Tankstelle war mit Pflastersteinen ausgelegt, und der Treibstoff war zum Großteil schon zwischen den Steinen im Boden versickert. Die Verantwortlichen alarmierten das Technische Hilfswerk Dachau, weil der verseuchte Boden zum Schutz der Umwelt und aus Gründen der Explosionsgefahr ausgehoben und entsorgt werden mußte. Das THW sperrte den Gefahrenbereich, innerhalb dem nur explosionsgeschützte Geräte und Werkzeuge benutzt werden durften. Wegen der starken Benzindämpfe klagten gegen Mittag viele der THW-Helfer über Kopfschmerzen und Übelkeit. Eine Ablösemannschaft des THW wurde eingesetzt, und



Für die zahlreichen Gäste gibt es viel zu sehen.

(Foto: Wurzer)

die Feuerwehr stellte zwei explosionsgeschützte Frischluftgebläse zur Verfügung. Trotzdem lag immer Benzingeruch in der Luft.

Immer wieder wurde der Boden auf Benzinspuren geprüft. Gegen Abend waren schließlich etwa 35 Kubikmeter Sand und Kies auf einer Fläche von etwa 60 Quadratmetern ausgehoben und in Containern einer Entsorgungsfirma abtransportiert worden.

W.B.

Bach von Steinen geräumt

Deggendorf. Gemeinsam mit den Feuerwehren aus Schöllnach und Iggenbach reinigte der THW-Ortsverband Deggendorf einen unterirdischen Bachdurchlauf von Geröll und Felsen. Mit 15 Helfern und schwerem Bergegerät rückte das THW an der Einsatzstelle an. In einer fünfstündigen Aktion war der Bachdurchlauf zur Zufriedenheit von Bürgermeister Theo Zellner gereinigt.

Im Sommer dieses Jahres schwoll der Schöllnsteiner Bach zu einem reißenden Fluß an, den das enge Bachbett nicht mehr fassen konnte. Der Bach trat über seine Ufer und drang in die Häuser der Anlieger ein.

Eine spätere Besichtigung des Bachbettes ergab, daß große Steine und Geröll im Bach das Wasser stauten. Der zuständige Bürgermeister wandte sich an das THW Deggendorf um Hilfe bei der bevorstehenden Räumung.



Das Bergungsräumgerät kann wieder einmal seine Vielseitigkeit unter Beweis stellen. (Foto: Biesinger)

In einer Ortsbesichtigung stellten Ortsbeauftragter Norbert Wagner und Zugführer Josef Fuchs fest, daß es sich bei der kritischen Stelle um einen circa 50 Meter langen unterirdisch verlaufenden Bachschacht handelte, der durch Gestein und mitgeführtes Geäst gestaut wurde.

Ein Einsatzplan war schnell ausgearbeitet und die Arbeit konnte in Angriff genommen werden. Feuerwehr und THW-Helfer räumten den unterirdischen Bachlauf von zum Teil zentnerschweren Steinen, die sie mit Seilwinden durch den Schacht zogen. Am unteren Ende des Bachdurchlaufes wartete der Radlader und hob mit dem Polygreifer die Barrieren aus dem Bachlauf.

Bürgermeister Zellner dankte den Helfern, vor allem jedoch dem THW, das seine Bitte um Bachräumung so prompt erfüllte und ihn auf den Zustand des Schachtes hinwies. E.K.

Neuentwicklung vorgestellt

Würzburg. Den Prototyp eines Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeuges (DMF) stellte eine Frankfurter Firma im Rahmen einer Tagung der Reserveoffiziere der NATO in Würzburg vor. Eine Expertengruppe für Zivil- und Katastrophenschutz der Confédération Interalliée des Réserves (CIOR) konnte sich im Anschluß an eine Informationsveranstaltung des Technischen Hilfswerkes in Ochsenfurt bei der Berufsfeuerwehr Würzburg über die Möglichkeiten dieses neuen Fahrzeuges informieren.

Das Fahrgestell garantiert eine hohe Geländegängigkeit, der Aufbau, der aus einem hydraulisch absetzbaren Container und einer fest montierten Kabine besteht, ermöglicht eine flexible Nutzung des Fahrzeuges. Mit der in Würzburg vorgestellten Variante, die von den Zivilschutzspezialisten ausgiebig besichtigt wurde, sind vielfältige Einsatzmöglichkeiten abgedeckt.

Zur Personendekontamination kann der Container abgesetzt und durch integrierte Zelteile erweitert werden. Zur Verfügung stehen dann unter anderem zehn Duschen, Warmwasserbereiter, zwei Zeltheizgeräte, zwei Falt-



Der Prototyp präsentiert sich mit abgesetzter Kabine zur Personendekontamination. (Foto: Stein)

tanks à 1000 l und eine Feuerwehrpumpe sowie diverses Zubehör. Zur Geländedekontamination sind am Vorder- und Heckteil Sprüheinrichtungen installiert. Die Brandbekämpfung ist über Schlauch und über einen am Dach der Fahrerkabine angebrachten Feuerlöschmonitor möglich, wobei Schaummittel zugesetzt werden kann. Der Wasservorrat beträgt 3000 l.

Flugzeug stürzt in Werkhalle

München-West. „Beim Versuch einer Notlandung ist eine zweimotorige Turbopropmaschine gegen 9.14 Uhr in München-Freimann abgestürzt. Die Behörden gehen von 125 Verletzten und 15 Toten aus. Wie die Einsatzleitung mitteilte, wurde um 10.07 Uhr Katastrophenalarm ausgelöst. Die Freiwillige Feuerwehr und das Technische Hilfswerk befinden sich im Einsatz.“

So hätte sich die Nachrichtmeldung um 11 Uhr angehört, wenn es sich um einen Ernstfall gehandelt hätte. Zum Glück handelte es sich um die Großübung „FREIMANN '89“ im Bundesbahn-Ausbesserungswerk im Münchner Norden.

Die Aufgabe des rasch eingetroffenen THW-Bergungszuges war die Rettung von eingeschlossenen Personen aus dem Keller, die Bergung der auf dem Dach der Halle befindlichen „Verletzten“ sowie die Bergung von Verschütteten und „Toten“. Dazu schnitt eine Bergungsgruppe die Kellergitter mit dem Trennschleifer heraus und drang mit schwerem Atemschutz in den Keller ein. Die zweite Bergungsgruppe

baute mit der Gerätegruppe einen Leiterhebel auf und rettete 15 „Verletzte“ vom Hallendach. Aus der Halle wurden „Verletzte“ direkt durch die Fenster geborgen und dem Sanitätsdienst an der Verletzensammelstelle übergeben.

Bei der anschließenden Pressekonzferenz hob Leitender Branddirektor Günther Hölzl hervor, daß die Übung ohne festes Drehbuch abgelaufen war. Auch Vertreter der beteiligten Organisationen Feuerwehr, THW, BRK, JUH, MHD, Fernmeldedienst, ABC-Dienst und Polizei sowie der Leitende Notarzt des Rettungsdienstes und der Chef des Krankenhauses Schwabing zeigten sich mit dem Übungsablauf zufrieden.

F.D.T.

Das THW war auch in Bayern dabei

München. 2.200 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer des THW-Landesverbands Bayern leisteten bis zum 26. Oktober 1989 über 25.000 Stunden technische Hilfe im Zusammenhang mit der weltweit beachteten Massenausreise aus der DDR. Zusammen mit Angehörigen des Roten Kreuzes, Beamten des Bundesinnenministers und des Grenzschutzes sowie Beschäftigten bayerischer Kommunen und Landkreise und örtlichen Feuerwehrmännern und Polizeibeamten wurde eine beispielhafte Aktion humanitärer Hilfe ins Leben gerufen.

Die Möglichkeit der Massenausreise

Im Juli werden die ersten DDR-Übersiedler, die über die

ungarische Grenze kommen, in Österreich registriert. Weitere Ausreisewillige befinden sich in der Ständigen Vertretung Bonns in Ostberlin sowie in den bundesdeutschen Botschaften in Budapest und Prag.

Am 10. September gibt die ungarische Regierung bekannt, daß von Mitternacht an alle im Land befindlichen DDR-Bürger ausreisen dürfen. In der Bundesrepublik ist man darauf vorbereitet. Zeltlager in Freilassing, Trostberg, Hengersberg, Vilshofen und Tiefenbach sind eingerichtet. Feste Unterkünfte gibt es in der Nibelungenhalle in Passau und in einigen Standorten des BGS.

23 THW-Ortsverbände hatten von Ende August 1989 an bis zum Eintreffen der Übersiedler schon über 10 000 Einsatzstunden geleistet. Zeltaufbau und -verankerung, Strom- und Wasserversorgung, Installation der Heizgeräte und Beleuchtung, Anschluß der Sanitärbereiche, Planierarbeiten für Parkplätze und Toilettenstandorte – für die Helfer gab es viel zu tun.

Die Ausreise beginnt

Sonntag, der 10. September 1989: Pünktlich, wie angekündigt, um 24.00 Uhr, wurden die Schlagbäume an den ungarisch-österreichischen Grenzen geöffnet. In den fünf von BRK, BGS und THW erstellten Übergangslagern wurden die Mannschaften unruhig. Aus den Medien und einzelnen offiziellen Meldungen wußten sie, daß der Strom in Bewegung war. Aber wie viele werden es am er-



Im Lager Vilshofen bringen THW-Helfer die Verankerungen für das große Versorgungszelt an.

(Foto: Plischke)



Auch bei der Ankunft der Übersiedlerzüge auf dem Bahnhof in Hof ist das THW im Einsatz. (Foto: Krauß)

sten Tag nach Öffnung der Grenzen sein?

In Freilassing waren die ersten um 5.30 Uhr angekommen. Gegen 7.30 Uhr befanden sich 30 Übersiedler im Lager, die versorgt wurden. Ähnlich ging es in den anderen Lagern Ober- und Niederbayerns zu. Im Laufe des Tages kamen sie zu Hunderten, wurden in Empfang genommen und in die Zeltstädte eingewiesen.

Die Helfer hatten jetzt rund um die Uhr alle Hände voll zu tun: Die Fahrzeuge von der Grenze zu den Lagern lotsen, Busse einweisen, Privatfahrzeuge auf die Parkplätze, Verpflegung der Ankommenden, Zuweisung der Schlafplätze in den Zelten.

Überall war das THW Ansprechpartner der Lagerleitung für die Technik, Versorgung mit Strom und Wasser sowie des Materialnachschiebs. In den Lagern wurden vom THW Trupps für technische Dienste eingerichtet, die Tag und Nacht zur Verfügung standen.

Die Einsatzleiter der fünf Lager in Bayern, die allesamt aus dem Bundesinnenministerium für diese Aufgabe abgeordnet wurden, waren voll des Lobes über die eingesetzten Helferinnen und Helfer. „Die Bayern sind da, wenn man sie braucht“, erklärte Ministerpräsident Dr. Max Streibl bei einem Empfang in Passau vor über 4 000 Helfern und dankte allen, die so selbstlos bei der Aufnahme der neuen Bürger mitgearbeitet haben.

Von Prag über Leipzig nach Hof

Es ging weiter: Die Ausreise für mehr als 5 600 Personen aus

der Prager Botschaft war vereinbart. In Hof wurde sofort ein Einsatzstab gebildet: BRK, THW, Bundesbahn, Feuerwehr, Wasserwacht, Zoll, Polizei, das Personal der in Hof beheimateten Beamtenfachhochschule und die Bahnhofsmission, alle halfen mit.

300 Helferinnen und Helfer legten Hand an, um alle Vorbereitungen zu treffen für die Betreuung und Weiterleitung der in Hof ankommenden Übersiedler. Hannsgeorg Krauß, THW-Ortsbeauftragter in Hof, benötigte sein ganzes Organisationstalent und seine Erfahrung, damit die Hilfe kanalisiert wurde und Wirkung erzielen konnte.

Bundesminister Jürgen Warnke, Hofer Wahlkreisabgeordneter im Bundestag, und Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt aus dem BMI begrüßten die mit dem ersten Zug aus Prag in Hof Eintreffenden.

Übersiedler in THW-Unterkünfte

Von Hof ging es mit Bussen und Sonderzügen in die vorberei-



Das Lager in Trostberg ist eines der größten in Bayern.

(Foto: Delle)

teten Notunterkünfte, darunter auch nach Fürth, Lauf, Feuchtwangen und Ansbach. Insgesamt nahm das THW anfangs 255 Menschen in vier Unterkünften auf und sorgte für die Betreuung. Nach dem Aufnahmeverfahren reisten die ersten wieder weiter, andere kamen hinzu. Die Gesamtzahl der Betreuten wird auf 400 Personen geschätzt.

Die zweite Ausreisewelle aus Prag kam am Donnerstag, dem 5. Oktober 1989, nach Hof. 7 600 Ankömmlinge in acht Zügen stellten die Helfer nochmals auf eine harte Probe. Auch diese Aufgabe wurde Hand in Hand mit allen Beteiligten gelöst.

Daß die von den Helfern erbrachten Leistungen auch von der Öffentlichkeit gewürdigt wurden, spiegelt sich im Leitartikel der „Frankenpost“ vom 2. Oktober wieder: „Wir grüßen und bewundern ebenso die Männer und Frauen des Roten Kreuzes, die Leute des Technischen Hilfswerkes und all der anderen Hilfsgemeinschaften, die keine Mühe für die neuen Mitbürger scheuen. Was wären wir ohne solche Menschen – heute stehen sie wieder in ihrem Beruf –, die nicht auf einen Tarifvertrag sehen, nicht auf die Uhr, auch auf die fliehende Freizeit nicht, aber auf den Nachbarn, dem zu helfen ist. Da darf sich Respekt mit Stolz verbinden.“

Jürgen Delle

Tage der Umwelt im Warnamt II

Bassum. Nach dem Erfolg der gemeinsamen Veranstaltung des Umweltbundesamtes (UBA), des Warnamtes VIII und der Stadt Rottenburg, die vor zwei Jahren durchgeführt wurde, äußerte das UBA Anfang dieses Jahres den Wunsch, Tage der Umwelt 1989 mit dem Warnamt II zu veranstalten.

Daraufhin wurde festgelegt, die Tage der Umwelt am 29. September und am 30. September unter Beteiligung von 19 Institutionen im Warnamt II sowie außerdem am 29. September im Schulzentrum der Stadt Bassum mit Ausstellung und Prämierung von Schülerarbeiten mit aktuellen Kurzvorträgen zum Thema Umweltschutz durchzuführen. Die Eröffnung mit geladenen Gästen sollte am 29. September im Warnamt stattfinden.

Mit Unterstützung des THW-Ortsverbandes Bassum begann der Aufbau der Zelte bereits am 23. September. „Haupteinrichtungs- und Aufstellungstag“ der mitwirkenden Dienststellen, Organisationen und Einrichtungen war der 28. September.

Mit der Begrüßungsansprache des Präsidenten des UBA, Dr. Heinrich von Lersner, vor den



Beim Empfang der Stadt im Gespräch (v. links): Warnamtsleiter Schöne, UBA-Präsident Dr. v. Lersner, BZS-Präsident Dusch, Landrat Meyer und Bürgermeister Zurmühlen.

zahlreich erschienenen Gästen wurden die Tage der Umwelt im großen THW-Zelt im Warnamt eröffnet. Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans Georg Dusch, sprach die anschließenden Grußworte und betonte u. a. dabei, daß sich im Warndienst ein Wandel vollzogen hätte, weil diesem Dienst nunmehr neben seinem gesetzlichen Auftrag auch Aufgaben des Umweltschutzes im Rahmen des Strahlenschutzvorsorgegesetzes

durch den Betrieb des Warndienst-Informationssystems (WADIS) zugewiesen wurden.

Präsident Dusch wies weiter darauf hin, daß der Warndienst aufgrund seiner technischen Einrichtungen und seines Telekommunikationsnetzes durchaus in der Lage wäre, weitere Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes zu übernehmen.

Die Bevölkerung konnte an beiden Tagen ausgiebig die nachfolgend beschriebenen Ausstellun-

gen, Vorführungen, Darstellungen und Einrichtungen besuchen:

- Umweltbundesamt: Stationärer Luftmeßcontainer, Meßfahrzeug, mobile Abfragestation für Meßcontainer, Informationsstand, Filmbeiträge, Luftballonwettbewerb für Kinder
- Niedersächsisches Landesamt für Immissionsschutz: Meßcontainer mit Doppler-Sonar-Gerät, Posterausstellung
- Kreisabfallwirtschaft: Problem-müllcontainer, biologische Abfall-



Auf dem Freigelände bietet sich ein bunter Querschnitt durch die Technik des Umweltschutzes.

beseitigung, modernes Mülltransportfahrzeug, Infostand

- Niedersächsische Polizei: Geräte und Verfahren zur Ermittlung von Umweltstraftaten

- Feuerwehr: Fahrzeuge und Geräte zur Ölbekämpfung auf Gewässern, Jugendspielmannszug

- Technisches Hilfswerk: Gestaltung der Ausstellungszelte, Seilbahnbau, Instandsetzungsdienst mit Ausstattung zur Ölschadensbekämpfung

- Forstamt: Informationsstand über Waldschädigungen

- Deutscher Wetterdienst: Klimastation, Poster- und Meßgeräteaustellung

- Staatliches Amt für Wasser und Abfall: Informationsstand über Gewässergüte-Meßnetz, Sicherung von Sonderdeponien, Sanierung des Dümmer Sees

- Forschungsauftragnehmer des UBA: Informationsstände mit verschiedenen Postern, Tafeln und

Exponenten ihrer bisherigen Arbeiten

- Umwelt- und Tierschutzorganisationen: Darstellung verschiedener Umweltprobleme und deren Minderung

- Bundesamt für Zivilschutz: Warndienst-Informationssystem (WADIS) mit rechnergestützter Abfrage und Darstellung, Meßfahrzeug (nuklidspezifisch)

- Warnamt II: Führungen und Rundgänge im Warnbunker mit

dem Schwerpunkt einer friedensmäßigen Nutzung dieser Einrichtung.

Mit über 2000 Gästen an beiden Tagen war eine erfreuliche Resonanz festzustellen. Auch aus den Äußerungen der Besucher war zu erkennen, daß sie Art und Umfang der Präsentation positiv bewerteten. Die mitwirkenden Institutionen waren mit dem Erfolg beider Tage außerordentlich zufrieden.

Vom ABAKUS zur vierten Rechnergeneration

Die Entwicklungsstufen des Computers

In den verschiedensten Fachzeitschriften findet man immer wieder Abhandlungen über große und größere Rechenanlagen oder -systeme.

Wohl keine andere Erfindung der Menschheit hat sich in so kurzer Zeit so schnell entwickelt wie der Computer (lat. computare = rechnen). Was vor einem Jahrzehnt noch unvorstellbar war, ist heute bereits Wirklichkeit. Und wer heute Prognosen für die nächsten zehn Jahre abgibt, der wird wahrscheinlich schon in ein paar Jahren seine Voraussagen revidieren müssen.

Aber auch rückblickend betrachtet liest sich die Entwicklungsgeschichte der Computer wie ein phantastisches Märchen. Von der ersten „Rechenmaschine“ der Antike, dem Abakus, bis zu unseren modernen Computern war es ein langer Weg, und wenn man diesen genau betrachtet, wird die rasante Entwicklung erst deutlich.

Über Jahrtausende hinweg begnügte sich der Mensch mit seinen naturgegebenen Rechen- und Zählhilfsmitteln - den Fingern. Die Redensart „vom Finger ablesen“ kommt aus dieser Zeit. Damals konnte man dem Geschäftspartner beim Diskutieren von Konditionen noch „auf die Finger schauen!“ Mit den Taschenrechnern ist das kaum mehr möglich. Schon immer war der Mensch bestrebt, sich durch technische

Hilfsmittel das Leben zu erleichtern.

Beim Zählen und Rechnen war das sicher nicht anders. Zählelemente, wie Kieselsteinchen, Perlen, „Rechenpfennige“ oder ähnliches, sprechen dafür. Sie wurden lose auf einer mit Leitlinien versehenen Fläche hin und her bewegt. Diese Rechentechnik bildete die Grundlage für die erste Rechenmaschine der Antike - den Abakus.

Das Zahlensystem des Abakus beruht auf einer 5er-Teilung. Die Rechentechnik besteht aus einem Rahmen mit 9 Stabreihen, auf denen je 7 bewegliche Kugeln aufgezogen waren. Eine Abwandlung findet man heute noch bei uns in Laufställen u. ä. von Kindern.

Wir wissen nicht, wann der Mensch begann, mit Zahlen und Zahlensystemen umzugehen. Wir wissen aber, daß das Hauptproblem aller frühen Naturvölker die Darstellung von großen Zahlen war. Erst um das 15. Jahrhundert wurde bei uns das in Indien entstandene und von den Arabern nach Europa gebrachte Ziffernsystem mit dezimalen Stellenwerten gebräuchlich. Von hier aus hat es sich dann schnell über die ganze Welt verbreitet. Es bildete ohne Zweifel die Grundvoraussetzung für unsere heutige Rechentechnik selbst. Griechen, Römer, Mayas und Chinesen verwendeten eine 5er-Stufung. Die Ägypter, Sumerer und Babylonier bauten auf einer 10er-Stufung auf. Inder und Mayas benutzten darüber hinaus eine 20er-Stufung.

Das große Römische Reich konnte dagegen mit seinem Zahlensystem nicht nachhaltig in die Geschichte eingehen. Ihre „Zahlen-Buchstaben“, wie I = 1, V = 5, X = 10, L = 50, C = 100, D = 500 und M = 1000, waren komplizierter anzuwenden als die Zahlenzeichen des Dezimalsystems. Das römische Zahlensystem erforderte einen viel größeren Zeitaufwand beim Rechnen als das Zehnersystem. Die Römer haben zwar vieles von ihrem Kulturgut den von ihnen beherrschten Völkern aufzwingen. Beim römischen Zahlensystem allerdings erlitten sie Schiffbruch auf der ganzen Linie.

Meilensteine der Entwicklung von Rechenhilfen

1623 „Wilhelm Schickard“ (1592-1635), Professor der biblischen Grundsprachen, Professor der Mathematik und Astronomie in Tübingen, entwickelte die erste Rechenmaschine, die über Zahnräder Zahlen bewegte. Die Schickardsche Maschine konnte nur Additionen und Subtraktionen durchführen; als Clou hatte sie „Merkscheiben“ zum Notieren der einzelnen Zahlen. Quasi einen „Datenspeicher“.

1642 „Blaise Pascal“ (1623-1666), Religionsphilosoph, Mathematiker und Physiker in Paris und Port Royal. Seine Lehrsätze über die Kegelschnitte, die Entdeckung des Gesetzes von den kommunizierenden Röhren und die ersten Luftdruckmessungen machten ihn

zu einem der bedeutendsten Naturwissenschaftler der Welt.

Er entwickelte als 19jähriger eine Rechenmaschine, die wie ein Kilometerzähler arbeitet. Das Arbeitsprinzip des Pascalschen Rechners war dem von Schickard verwandt. Die Maschine hatte auch zehnstufige Zahnräder, nur wurde der Zehnerübertrag durch eine Klaue und Mitnehmerstifte vollzogen. Eine Sperrklinke sorgte dafür, daß die Zahlenwalze in der Ablesestellung arretiert wurde und keine Linksdrehung gestattete. Zum Subtrahieren verschob man die Abdeckplatte und drehte den komplementären Wert ein. Der ganze Mechanismus wurde mit einem Griffel bewegt.

Diese „Addiermaschine“ hatte Pascal für seinen Vater gebaut, der Steuerbeamter war. Sie sollte ihm das tägliche Rechnen erleichtern.

1672 „Gottfr. Wilhelm Freiherr von Leibniz“ (1646 - 1716), Universalgenie; bahnbrechend in der Mathematik (Differentialgleichungen) und Physik (Gesetz von der Erhaltung der Kraft); entwickelte eine Rechenmaschine, die alle vier Grundrechenarten maschinell beherrschte (Addieren, Subtrahieren, Multiplizieren und Dividieren). Leibniz erkannte bald die Unzulänglichkeit des Dezimalsystems und das der mechanischen Rechner. Es galt daher, ein einfacheres Zahlensystem zu finden, das die mechanischen Rechner mit all ihren Mängeln leichter bewältigen konnten als das Dezimalsystem: das Dualsystem (Bi-

närsystem).

Noch heute wird dieses Dualsystem in allen Rechnern der Welt verwendet. Das Dualsystem kennt statt der Ziffern 1 bis 9 und 0 nur noch die Werte 0 und 1. Mit diesen zwei Ziffern läßt sich nicht nur jeder beliebige Zahlenwert, sondern auch das Alphabet darstellen. Dies soll anhand von Beispielen verdeutlicht werden:

- Zahlen -

Dezimal-Ziffern	Dual-Werte	Dezimal-Ziffern	Dual-Werte
0	0000	8	0100
1	0001	9	0101
2	0010	10	0110
3	0011	50	110010
4	0100	120	1111000
5	0101	300	100101100
6	0110	600	1001011000
7	0111	1000	1111101000

usw.

- Buchstaben -

A = 110001	J = 100001	S = 010010
B = 110010	K = 100010	T = 010011
C = 110011	L = 100011	U = 010100
D = 110100	M = 100100	V = 010101
E = 110101	N = 100101	W = 010110
F = 110110	O = 100110	X = 010111
G = 110111	P = 100111	Y = 011000
H = 111000	Q = 101000	Z = 011001
I = 111001	R = 101001	

usw.

Alle Konstrukteure von Rechenmaschinen (Computern) benutzen dieses Rechensystem heute, das man in einfache Maschinenoperationen umsetzen kann nach der Methode: Null = kein Stromimpuls, Eins = Stromimpuls.

1884 „Herman Hollerith“ (1860 - 1929) (deutschstämmig) studierte an der Bergbauschule der Columbia-Universität Ingenieurwissenschaft. Er entwickelte das „Hollerithverfahren“ (Lochkartensystem); den Vorläufer aller Computer anlässlich der 11. Volkszählung (1890) in den USA. Ihre Auswertung war in knapp vier Wochen beendet, im Gegensatz zur 10. Volkszählung (1880), deren Auswertung nahezu 10 Jahre dauerte. 1890 wurde H. Hollerith die Ehrendoktorwürde der Columbia-Universität verliehen. Im Jahr 1896 gründete Hollerith eine eigene Firma, aus welcher 1911

durch Zusammenschluß mit zwei anderen Firmen die International Business Machines Corporation (IBM) hervorging.

1941 Die erste programmgesteuerte und frei programmierbare Rechenanlage der Welt war die ZUSE Z3. Mit dem Bau dieser Maschine, die 2600 Relais enthielt, begann der Berliner Ingenieur Konrad Zuse 1939 (Z1). Bereits 1941 konnte er die Rechenanlage betriebsfähig vorführen.

Auftraggeber war die deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt. Dieser Rechner konnte bereits Zahlenwerte speichern. Die bisher üblichen Dezimalzahlen wurden von der Z3 selbsttätig in binäre Zahlenwerte umgerechnet.

1944 Howard H. Aiken entwickelte an der Universität Harvard ein automatisches Rechenggerät, das mit Röhren bestückt war. Es wurde als ASCC (Automatic Sequence Controlled Calculator) oder Mark I präsentiert. Die Anlage arbeitete zum Teil noch mechanisch (Zahngetriebe, Räder, Kupplungen und Relais). Die Daten wurden der Maschine durch Lochstreifen eingegeben und von ihr in einem Speicher, einem Rechenwerk und einem Steuerteil verarbeitet. Die Ergebnisse wurden dann auf Lochkarten gestanzt.

Im Vergleich zu einer herkömmlichen, mechanischen Rechenmaschine war der Mark I bereits unglaublich schnell: Er konnte zwei 32stellige Zahlen in einer Drittel Sekunde addieren oder voneinander subtrahieren und in sechs Sekunden miteinander multiplizieren.

Als Vater des modernen Computers gilt jedoch Charles Babbage, ein exzentrischer und hochbegabter Brite, der um die Mitte des 19. Jahrhunderts lebte. Seine neuartigen Pläne für einen „analytischen Apparat“ enthielten bereits alle wichtigen Elemente eines modernen Computers. Babbage erkannte, daß eine solche Rechenmaschine mindestens fünf getrennte Elemente besitzen mußte: 1. einen Eingabeteil, in den man die Informationen einspeist, die das Gerät benötigt, um die Aufgabe zu erfassen und zu lösen; 2. einen Speicher, der die eingespeisten Informationen aufbewahrt, bis die Maschine sie braucht; 3. ein Rechenwerk, das

die mathematischen Berechnungen ausführt; 4. ein Leitwerk, das dem Gerät angibt, wann und wie die gespeicherten Informationen zu verwenden sind; 5. eine Ausgabeinheit, welche in schriftlicher Form die Lösung liefert. Als Babbage 1871 starb, hinterließ er eine große Zahl von detaillierten Plänen, Zeichnungen und Beschreibungen und vermittelte damit der Nachwelt wertvolle Einsichten in die Grundlagen der Computertechnik.

1946 Die Amerikaner Eckert und Mauchly führten den ersten echten Elektronenrechner „ENIAC“ (Electronic Numerical Integrator and Computer) vor. In seinen Schaltkreisen und Speichern wurden ausschließlich Elektroröhren (18 000 Stück) verwendet, er wog 30 Tonnen, beanspruchte 140 Quadratmeter Stellfläche und verbrauchte pro Stunde 150 Kilowatt. Schnelligkeit im Millisekundenbereich.

Etwa 1955 Die „zweite Rechengeneration“ umfaßte Computer, die anstelle von Röhren mit Transistoren und Dioden sowie mit Ferritkernspeichern ausgerüstet waren. Schnelligkeit im Mikrosekundenbereich (15 000 Additionen pro Sekunde). Die Rechenmaschinen der ersten und zweiten Generation wurden vorwiegend zur Lösung wissenschaftlicher Aufgaben im Bereich der Entwicklung von Waffensystemen und zur Überwachung und Lenkung beim Einsatz dieser Waffen herangezogen.

Etwa 1962 Erst mit Einführung der „dritten Generation“ begann die breitgestreute Anwendung des Computers in der industriellen Technik. Diese Rechner arbeiten mit mikrominiaturisierten Bauelementen und ebensolchen Schaltkreisen (Monolith-Schaltglieder). Die dabei verwendeten Transistoren und Dioden haben nur noch die Größe von Salzkörnern. Schnelligkeit im Nanosekundenbereich (milliardstel Sekunden = 150 000 Additionen pro Sekunde).

1978 In der „vierten Generation“ werden hochintegrierte Schaltkreise (Chips) eingesetzt. Heute verwendet man Halbleiterspeicher-Bausteine (meist aus Silicium), die 1 Mio. und mehr Informationseinheiten (bit) in einem sehr kleinen Chip speichern können.

Im Jahr 1946 konnte noch niemand voraussehen, welche gewaltige Rolle die Elektronenrechner in den kommenden Jahren spielen würden. Heute gehören sie ebenso zum täglichen Leben wie das Fernsehen. Dabei bewältigen sie eine unübersehbare Fülle von Aufgaben, von der Registratur und Buchhaltung, über die Komposition von Musikstücken bis hin zur Textverarbeitung. In Handel und Industrie führen sie die Lohnlisten und schreiben Rechnungen; kontrollieren Lagerbestände, werten Verkaufsstatistiken aus und konzipieren neue Produkte. Überdies helfen sie Wissenschaftlern auf vielen Gebieten; sie lösen Probleme, überwachen Experimente, ahnen schwierige Versuchsbedingungen nach und erkunden unerforschte Regionen, etwa das Weltall. Computer buchen die Plätze in Zügen und Flugzeugen, berechnen die Gewinnchancen bei Glücksspielen, überwachen Verkehrsströme auf Straßen und in Städten, identifizieren Verbrecher und steuern sogar die Produktion ganzer Fabriken. Da wir uns heute noch immer mitten in der Revolution der Computer befinden, können wir nur schwer abschätzen, welche Auswirkungen diese Geräte in Zukunft haben werden.

Die nächsten Generationen werden nicht mehr allein durch die Bauelementetechnik geprägt sein. Sie werden voraussichtlich in der Lage sein, mit Hilfe von „Expertensystemen“ Aufgaben innerhalb eines Spezialgebietes selbständig zu lösen und diese Lösung auch zu kommentieren (künstliche Intelligenz).

Auch im Warndienst (in den Warnämtern I - X) hat diese neue Rechengeneration in Verbindung mit dem „Warndienst-Informationssystem“ (WADIS) Einzug gehalten. In den ZS-Magazinen 5/88 bis 12/88 wurde darüber ausführlich berichtet.



Erdbeben Armenien – ein Jahr danach

Ein Jahr nach dem verheerenden Erdbeben vom 7. Dezember 1988 ist die Lage im Katastrophengebiet Armeniens geprägt von der sich verschärfenden Blockade durch die Nachbarrepublik Aserbaidschan. Überall ist eine Verknappung spürbar. Zucker, Seife und viele andere Bedarfsgüter und Lebensmittel sind rationiert bzw. nur auf Bezugsschein erhältlich.

Diese Blockade hat im Verlauf des Jahres die Wiederaufbaumaßnahmen in der Katastrophenregion extrem belastet und verzögert. Hilfsgütertransporte mit Baumaterialien, die aus den verschiedensten Teilen der Sowjetunion sowie dem Ausland kamen, wurden behindert, Ladungen beschädigt oder vollkommen zerstört. In Armenien selbst herrschte in den Sommermonaten vor allen Dingen Mangel an Treibstoff und Baumaterialien, der sich negativ auf die Wiederaufbauarbeiten auswirkte. Der Ministerrat der Republik Armenien rechnet damit, daß die Wiederaufbauarbeiten mindestens fünf Jahre dauern und nicht, wie im Januar d.J. angekündigt, in zwei Jahren abgeschlossen sein werden.

Trotz der großen Schwierigkeiten sind im Laufe des Jahres enorme Anstrengungen unternommen worden, Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen zu errichten und die Infrastruktur einschließlich des Wiederaufbaus der zerstörten Fabriken wiederherzustellen.

In der gegenwärtigen Lage, die alles andere als normal zu bezeichnen ist, wird im Winter niemand verhungern oder erfrieren müssen. Der größte Teil der Armenier, die durch das Erdbeben ihre Wohnung oder ihr Haus verloren haben, wird zumindest in Behelfshäusern untergebracht. Diese Behelfshäuser wurden sowohl von den verschiedenen Re-

publiken der Sowjetunion erstellt, als auch von ausländischen Hilfsorganisationen, wie z. B. durch die Liga der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften und das Deutsche Rote Kreuz. Viele Betroffene haben sich aus vorhandenen Baumaterialien selbst Notunterkünfte gebaut, bzw. ihre beschädigten Häuser ausbessert. Neben Behelfshäusern wurden Zehntausende von Containern in das Katastrophengebiet gebracht, worin viele Familien – obwohl auf engstem Raum – den Winter verbringen können.

Der größte Teil der Bevölkerung, der noch im Dezember und Januar in andere Republiken evakuiert wurde, ist in der Zwischenzeit nach Armenien zurückgekehrt. Auch viele Verletzte, die in Krankenhäusern außerhalb Armeniens behandelt wurden, sind in ihre Heimat zurückgekommen.

Ihre Spende ist angekommen!

Erdbebenhilfe Armenien – ein Jahr danach



Spendenverwendung		Spendeneinnahmen	
Hilfsprojekte	DM		DM
Sofort- u. Überlebenshilfe (einschl. Sachspenden)	20.300.000	DRK-Soforthilfe Konto 414141	71.400.000
Wiederaufbau von Gesundheitseinrichtungen	3.790.000	+ Fremdmittel (Europ. Gemeinsh., Bund Dtsch. Zeitungsverleger, Ausw. Amt, Brit. RK, Dan. RK)	20.230.000
Neubau von Krankenhaus u. Rettungswache Stepanavan	26.200.000	+ Sachspenden (Schätzung)	10.000.000
Wiederaufbau von Kindergarten für 120 Kinder Stepanavan	2.500.000	Gesamt	101.630.000
Orthopädische Versorgung und Rehabilitation von Erdbebenopfern	11.100.000		
Trümmerverwertung u. Steinschneidemaschine für Leninakan	6.500.000		
550 weitere feste Behelfshäuser für über 5.000 Menschen	18.640.000		
Sonst. Projekte + Reserve	12.600.000		
Gesamt	101.630.000		

Das Deutsche Rote Kreuz baut auf



Das DRK ist in mehreren Städten im Katastrophengebiet aktiv.

Armenien: Stand der Hilfsaktionen

Das Deutsche Rote Kreuz hat im Dezember 1988 seine bisher größte Hilfsaktion im Ausland begonnen. Mit den umfassenden und großzügigen Geld- und Sachspenden wurden im Laufe der vergangenen 12 Monate eine ganze Reihe von Projekten durchgeführt, um die Not der Erdbebenopfer und der betroffenen Bevölkerung in den verschiedensten Bereichen zu lindern. Mehr als 500 DRK-Helfer waren in dieser Zeit in Armenien (die meisten ehrenamtlich) im Einsatz. Einige der Helfer werden auch über die Wintermonate hinweg die Hilfsprojekte des Roten Kreuzes vorantreiben.

Bereits im Januar 1989 hat das DRK-Notkrankenhaus in Stepanavan als einzige funktionierende medizinische Einrichtung im Raum Stepanavan seine Arbeit aufgenommen. In der vergangenen Zeit begann man das Containerkrankenhaus in den von Trümmern geräumten Stadtkern von Stepanavan zu verlegen, um dadurch besser über den Winter zu kommen und auch 1990 die Funktionsfähigkeit dieser einzigartigen medizinischen Not-Einrichtung weiter zu verbessern. Neben dem Operationswagen sind in diesem Krankenhaus mehr als 140 Wohn- sowie andere medizinische Spezialcontainer für Röntgen, Labor und Zahnarzt eingegliedert. Außerdem wird in diesen Tagen die Entbindungsstation neu errichtet, um auch hier eine winterfeste Lösung zu haben. Das Krankenhaus versorgt mehr als 70 000 Menschen in diesem Teil des Erdbebengebiets.

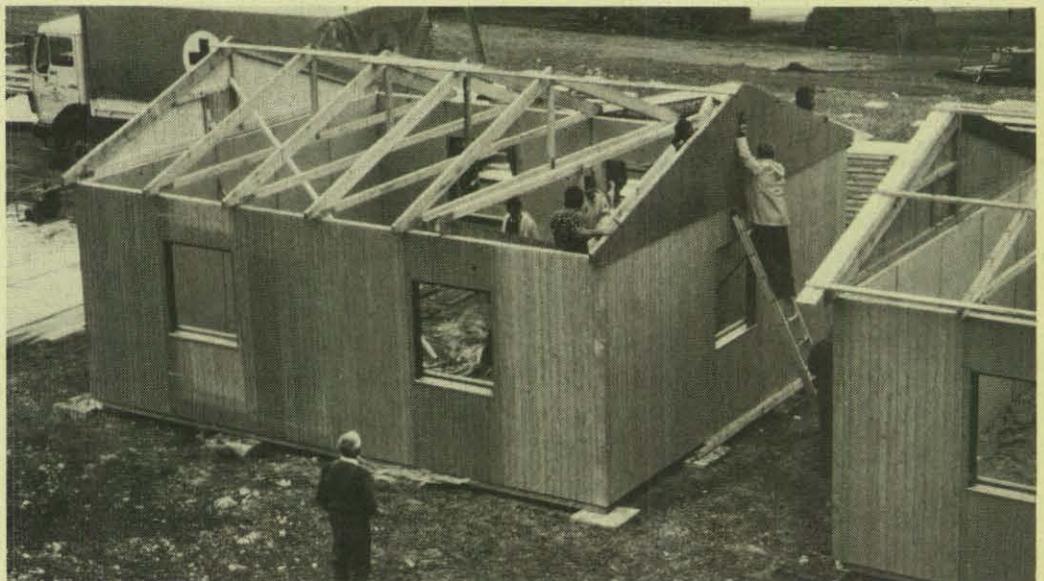
Weiterhin betreut werden mit Hilfe des DRK auch amputierte Kinder und Erwachsene in der orthopädischen Werkstatt des DRK in Eriwan. Zwei Orthopädie-Mechaniker sowie vier einheimische angelernte Helfer haben in der Zwischenzeit mehr als 150 Menschen versorgt und entsprechende Prothesen angepaßt. Zahlreiche Patienten sind bereits mit der zweiten oder dritten Prothese ausgestattet. Die Aktivität des DRK wird auch in den kommenden Jahren fortgeführt, wobei eine neu aufgebaute Werk-



Zum DRK-Notkrankenhaus in Stepanavan gehört auch eine Entbindungsstation.



In der orthopädischen Werkstatt werden amputierte Kinder und Erwachsene betreut.



Mehr als 400 DRK-Helfer waren bisher mit dem Aufbau von Behelfshäusern beschäftigt.

statt am Traumatologischen Institut in Eriwan entsprechenden Platz und geeignete Ausstattung für diese Maßnahmen bietet. Einige der am schwersten verletzten Erdbebenopfer wurden nach Deutschland zur Behandlung in Spezialkliniken ausgeflogen. Zum Jahrestag der Katastrophe können einige dieser Patienten in ihre Heimat zurückkehren. Dort werden sie in den vorhandenen Einrichtungen weiter betreut.

Eine weitere wichtige Hilfsmaßnahme des DRK in den vergangenen Monaten lag beim Aufbau von insgesamt 550 Behelfshäusern im Raum Spitak sowie in Stepanavan. Die aus Holzfertigteilen bestehenden Häuser wurden in der Bundesrepublik vorfabriziert und per Lkw in das Katastrophengebiet gebracht. Dort wurden sie von mehr als 400 ehrenamtlichen Helfern des DRK errichtet. Noch immer sind rund 100 Helfer des DRK trotz eingebrochenen Winters in Armenien tätig, um letzte Hand anzulegen, damit noch möglichst viele Häuser an die betroffene Dorfbevölkerung übergeben werden können. Insgesamt wurden bis heute ca. 350 Häuser für mehr als 3 000 Menschen fertiggestellt. Die restlichen Behelfshäuser werden

1990 aufgebaut. Die Behelfshäuser haben eine Wohnfläche von ca. 41 qm, sind mit Sanitäreinrichtungen sowie Ofen ausgerüstet und werden über die Wintermonate mit zwei Familien belegt.

Begonnen wurde in den vergangenen Wochen mit dem Aufbau von vier DRK-Gesundheitsstationen in Dörfern der Region Stepanavan sowie mit dem Neubau des Kindergartens in Stepanavan. Die Gesundheitsstationen sollen bis Mitte Januar fertiggestellt und einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung in der Region leisten. Auch der Kindergarten wird im kommenden Jahr fertiggestellt.

Vor zwei Wochen wurde die Trümmeraufbereitungsanlage mit vier riesigen Antonov-124-Flugzeugen von Aeroflot nach Armenien geflogen und wird in den nächsten Wochen in Leninakan, der größten Stadt im Katastrophengebiet, aufgebaut. Die Anlage, die einen Platz von der Größe eines Fußballfeldes benötigt, soll zur Beseitigung und Aufbereitung der riesigen Trümmermengen dienen. Die Trümmerstücke werden in der Anlage zerkleinert, aussortiert und stellen so Baustoffe für die Herstellung von Baufertigteilen und Straßen dar.



In den 350 vom DRK errichteten Häusern fanden 3 000 Menschen ein neues Zuhause.

Die Anlage wird im Januar montiert und zu Beginn des Februars ihre Arbeit aufnehmen. Auch die Tuffschneidemaschine, die in Zusammenarbeit mit dem Dänischen Roten Kreuz für die Katastrophengebiet Armenien zur Verfügung gestellt wurde, steht zur Zeit zum Abtransport bereit und wird in den nächsten Wochen vor Ort ihren Betrieb aufnehmen.

Das Krankenhaus in Stepanavan sowie die dazugehörige Rettungswache, die ab 1991 eine permanente Gesundheitsversorgung in der Region Stepanavan sicherstellen soll, stehen z. Z. in der Ausschreibung. Das 120-Betten-Krankenhaus, das ca. 25 Mio. DM kosten wird, soll ab April 1990

gebaut werden, die Rettungswache entsteht auf dem gleichen Gelände.

Im Oktober des Jahres hat die Ausbildung von armenischen Helfern für die Rettungseinheit „Spitak“ begonnen. Daraus soll eine Katastrophenschutzeinheit entstehen, die bei zukünftigen kleineren und größeren Katastrophen in Armenien selbst Hilfe leisten kann. In den nächsten Wochen werden Material und Ausrüstung für die Katastrophenschutzeinheit beschafft. Im Frühjahr 1990 sollen weitere Kurse im technischen und sanitätsdienstlichen Bereich in Armenien die „Hilfe zur Selbsthilfe“ verbessern.

Hilfen des Internationalen Roten Kreuzes

Die Liga der Rotkreuzgesellschaften hat zu Beginn des Jahres im physiotherapeutischen Institut in Eriwan die Betreuung von querschnittgelähmten Opfern der Erdbebenkatastrophe übernommen. Ein internationales Team aus 20 Ärzten, Krankenschwestern, Krankenpflegern und Physiotherapeuten mit speziellen Kenntnissen der Betreuung von Para- und Tetraplegikern versorgt mehr als 50 querschnittsgelähmte Opfer. Langfristig ist vorgesehen, ein Rehabilitationszentrum in Eriwan zu bauen, wo alle Erdbebenopfer sowie behinderte und kranke Menschen aus Armenien eine zeitgemäße und fachgerechte Langzeitbetreuung erhalten.

Das Norwegische Rote Kreuz hat in Spitak ein komplettes Krankenhaus gebaut, das vor wenigen Wochen seiner Bestimmung übergeben werden konnte.

Das Schweizerische Rote Kreuz hat insgesamt drei Rotkreuz-Zentren in verschiedenen Städten der Erdbebenregion gebaut und wird außerdem noch einige Gesundheitsstationen in der Katastrophengebiet errichten.

Das Österreichische Rote Kreuz ist dabei, bei Leninakan ein komplettes Dorf aus Fertighäusern zu errichten, bereits bewohnt ist ein Containerdorf des Italienischen Roten Kreuzes bei Spitak.



Ein internationales Team betreut die Patienten im physiotherapeutischen Institut in Eriwan.

Rechtzeitig zum Jahrestag fertiggestellt

ASB richtet in Armenien Krankenhaus ein

Genau ein Jahr ist es her, daß in Armenien Tausende von Menschen der Erdbebenkatastrophe zum Opfer fielen. Die schrecklichen Bilder sind nicht vergessen. Der ASB hat seine Hilfsaktion insbesondere auf die zu 80 % zerstörte Stadt Leninakan konzentriert und seine vordringliche Aufgabe darin gesehen, ein Krankenhaus zu schaffen, damit die Patienten nicht länger in Zelthilfskrankenhäusern versorgt werden müssen. Ehemals hatte die Stadt ca. 2 500 Krankenhausbetten, die fast alle zerstört wurden. Das Samariter-Krankenhaus wurde am 13. Dezember 1989 vom ASB der Stadt Leninakan übergeben.

Dem ASB war es nach zähen Verhandlungen im Frühjahr 1989 gelungen, ein im Rohbau fertiggestelltes Gebäude, das ursprünglich für die Partei in Leninakan vorgesehen war, zu erhalten, um

es zu einem Krankenhaus mit 120 Betten auszubauen und einzurichten. Der Ausbau dieses Gebäudes als Krankenhaus wurde von allen Regierungsstellen sehr begrüßt und unterstützt.

Seit dem 14. August 1989 erfolgte im Wechsel eines zweiwöchigen Arbeitseinsatzes von 70 ASB-Helfern der Ausbau des Krankenhauses, einschließlich der technischen Installation sowie die Einrichtung. Das Technische Hilfswerk wurde im Auftrage und zu Kosten des ASB mit eingesetzt.

Finanziert wurde das Krankenhaus ausschließlich aus Eigenmitteln des ASB, aus Barspenden, Sachspenden und mit Hilfe seiner internationalen Partnerorganisationen.

Der ASB hat leider von der Bundesregierung für dieses Projekt keine finanzielle Unterstützung erhalten.

Der ASB-Bundesvorstand dankt allen, die sich für die Errichtung des Samariter-Krankenhauses engagiert haben. Sein Dank gilt auch den armenischen Behörden für

ihre kooperative Zusammenarbeit. Sie alle haben dazu beigetragen, daß das Samariter-Krankenhaus nunmehr seiner offiziellen Bestimmung übergeben werden kann.

Spendenaufkommen und Ausgaben des ASB für Armenien

1. Das Gesamtspendenaufkommen des ASB mit Stand vom 6. 12. 1989 beläuft sich auf:

1 508 010,96 DM

Sachspendeneingang Soforthilfe Wert:	2 260 000,- DM
Sachspendeneingang Aufbauhilfe Wert:	960 000,- DM
Gesamtspendeneingang	<u>4 728 010,96 DM</u>

ASB-Spendenkonto 1888 441 296,63 DM

Spendeneingänge von IAH-Partnerorganisationen

Arbeiterwohlfahrt:	200 000,- DM
Schweizer Arbeiterhilfswerk:	517 000,- DM
Fonds pour la Cooperation au Developpement	25 000,- DM
Fonds voor Ontwikkelingssamenwerking:	18 214,33 DM
	<u>760 214,33 DM</u>

Spendeneingänge anderer Organisationen und Behörden

Sozialministerium Baden-Württemberg	128 500,- DM
Aktion Medeor	98 000,- DM
Oxfam Belgien	70 000,- DM
IG-Chemie-Papier-Keramik	10 000,- DM
	<u>306 500,- DM</u>

2. Die Ausgaben für die Armenienhilfe verteilen sich wie folgt:

	Ausgaben Soforthilfe	Ausgaben Aufbauhilfe
Material:	2 404 270,93 DM	1 344 096,79 DM
Transport:	6 640,11 DM	36 595,84 DM
Personal:	13 959,31 DM	179 178,24 DM
Versicherung:	7 402,24 DM	20 536,42 DM
Kommunikation:	17 166,02 DM	4 917,40 DM
Sonstige:	2 079,07 DM	14 283,74 DM
	<u>2 451 517,68 DM</u>	<u>1 599 608,43 DM</u>
	(abgeschlossen)	(Stand 06. 12. 89)

Soforthilfe:	2 451 517,68 DM
Ausbauhilfe:	1 599 608,43 DM
	<u>4 051 126,11 DM</u>
	4 728 010,96 DM Gesamtspendeneingang, Stand 6. 12. 89
	4 051 126,11 DM Gesamtausgaben, Stand 6. 12. 89

Die Aufbauhilfe/ASB-Krankenhausprojekt-Leninakan ist noch nicht abgerechnet.

Spontane ASB-Hilfe für DDR-Bürger

Die Ereignisse und Veränderungen in der DDR haben sich in den letzten Wochen überschlagen. Täglich gab es neue Meldungen.

Als am 9. November 1989 bekannt geworden war, daß die DDR die Grenzen geöffnet hat, nutzten Hunderttausende von DDR-Bürgern diese Möglichkeit, um in die Bundesrepublik einzureisen.

Seitens des ASB ist schnell und unbürokratisch gehandelt worden. Bundesweit haben Orts- und Landesverbände ihre Hilfe

angeboten. So verteilten die Samariterinnen und Samariter heißen Tee und Essen und sorgten in verschiedenen Städten für Übernachtungsmöglichkeiten. Als Notaufnahmeger wurden Camps errichtet, Wohnschiffe gemietet und Feldlagerbetten in Turnhallen, Rettungswachen und vielen anderen Einrichtungen aufgestellt. An allen Orten, wo Hilfe nötig war, fanden sich Samariterinnen und Samariter bereit, den Übersiedlern und DDR-Besuchern beizustehen. Auch konnten Wohnungen und Arbeitsplätze beschafft werden.

Neue Fahrerausbildung

Durch den Aufbau eines neuen, zweistufigen Programms zur gezielten Schulung und Motivation der im Katastrophenschutz tätigen Fahrer konnten die Unfallzahlen in den betreffenden Einheiten gesenkt werden.

Dem Ortsverband Deister der Johanniter Unfall-Hilfe mit Hauptsitz und Zentralwerkstatt in Ronnenberg gehören mehrere Katastrophenschutzeinheiten an. Wie wichtig eine gute Ausbildung der Kraftfahrer ist, weiß man hier schon lange. Mit ihrer Hilfe kann nicht nur der technische Zustand der vorhandenen Bestände optimal erhalten bleiben, sondern auch die Unfallgefahr vermindert werden.

Aus diesem Grunde dürfen dort die Fahrzeuge nur von Fahrern bewegt werden, die seit mindestens einem Jahr den Führerschein besitzen und genügend Fahrpraxis vorweisen können. Dies allein genügt jedoch nicht. Erst nach einer weiteren internen Fahrerausbildung darf ein Dienstfahrzeug bewegt werden. Grundlage für diese weitergehende spezielle Schulung war das offizielle Ausbildungsprogramm für Kraftfahrer im Katastrophenschutz und der JUH-Ausbildungsplan zum Kraftfahrer.

Für die Fortbildung sind im Ortsverband Deister der 8. und 10. Materialerhaltungstrupp sowie der 8. Verbrauchsgütertrupp zuständig. Innerhalb dieses zehn Mann starken Teams entwickeln sich permanent neue Ideen, die die Fahrerausbildung weiter verbessern und insbesondere die Motivation der Teilnehmer steigern sollen. Denn nur motivierte und engagierte Fahrer können verantwortungsbewußt mit dem Material umgehen, seinen Wert erhalten, Unfälle vermeiden und im Katastrophenfall schnell und selbständig handeln.

Der aktuelle Stand des unter der Führung von Thomas Dieckmann und Wolfgang Quade entwickelten Ausbildungsprogramms

soll hier vorgestellt werden: Die interne Ausbildung umfaßt zwei Stufen. Mit dem Bestehen der ersten Prüfung dürfen Pkw und Lkw bis 3,5 t bewegt werden. Auf dieser Grundausbildung aufbauend, erlangt man im jährlich stattfindenden zweiten Teil die Berechtigung, Lkw mit Allradantrieb und bis zu 7,49 t zu führen. Beide Ausbildungsstufen finden zeitlich getrennt voneinander statt.

Teil I erstreckt sich zeitlich über drei Tage (an zwei Wochenenden) mit insgesamt rund 18 Ausbildungsstunden. Der erste Ausbildungstag befaßt sich mit der Theorie, wobei auf Neuerungen und Besonderheiten der StVO und StVZO eingegangen wird. Einiges an „altem“ Fahrerschulwissen wird dabei wieder aufgefrischt, aber es kommt auch viel Neues hinzu. Insbesondere über das Blaulichtrecht (§ 35 und § 38 StVO), Pflichten und Rechte des Helfers, Versicherungsfragen und das Verhalten bei Unfällen wird eingegangen. Eine Reihe von nützlichen Praxistips ergänzt das Informationsangebot. Im Laufe der Jahre ist es den Ronnenbergern gelungen, ein sehr informatives und lebendiges Programm aufzubauen.

Der zweite Ausbildungstag vermittelt theoretisch-praktisches Wissen. Den Fahrern werden alle sie betreffenden Fahrzeuge vorgestellt. In kleinen Gruppen erfolgen Einweisungen auf die verschiedenen Typen, wobei neben den Bedienungselementen auch auf technische Besonderheiten der Wagen eingegangen wird. Im Anschluß daran werden Arbeiten der Materialerhaltungsstufe eingeübt, was eine schnelle Selbsthilfe bei einfachen Defekten ermöglicht. Bei den Teilnehmern hat dabei insbesondere die sogenannte Fehlersuche Anklang gefunden, bei der vorher eingebaute Defekte gesucht und behoben werden müssen. Für die tägliche Praxis bringt diese Schulung schon einen erheblichen Fort-

schrift, da die Ursachen einfacher Defekte nun häufig schon vom Fahrer selbst erkannt und behoben werden können. Auch ein Radwechsel und die Montage von Gleitschutzketten wird geübt.

Am Abschlußtag findet das umfangreichste Programm statt. Die praktischen Fahrübungen beginnen in kleinen Gruppen, in denen das Rangieren und Einweisen ausführlich geübt wird. Knifflige Situationen werden dabei mit Hilfe von Pylonen oder Einkaufswagen völlig ungefährlich nachgestellt. Im Anschluß daran muß sich jeder Fahrer im normalen Straßenverkehr „bewähren“. Dabei ergibt sich für die Ausbilder die Möglichkeit, eine abschließende und umfassende Bewertung der Teilnehmer bezüglich ihres Fahrkönnens und ihrer allgemeinen Eignung vorzunehmen. Die abschließende kurze schriftliche Befragung stellt nicht nur sicher, daß alle bis zum Schluß mitarbeiten, sie vertieft auch noch einmal das gewonnene Wissen.

Der zweite Teil der Ausbildung baut auf dem ersten auf, so daß viele grundlegende Dinge vorausgesetzt werden können und daher nur kurz wiederholt werden müssen. Damit bleibt viel Zeit, um die Teilnehmer mit den besonderen Anforderungen der großen Lkw und deren Technik vertraut zu machen. Der Zeitrahmen umfaßt einen Samstag und ein komplettes Wochenende, also rund 26 Stunden.

Der erste Samstag beginnt ebenfalls mit den theoretischen Grundlagen. Insbesondere die für den Lkw-Betrieb wichtigen, aber dem Pkw-Fahrer kaum geläufigen Punkte der StVO (z. B. Parkvorschriften) werden dabei angesprochen. Unter anderem gehen die Ausbilder auch auf die Sonderrechte im Katastropheneinsatz, die Kolonnenfahrt und ähnliches ein. Im Anschluß daran werden die Teilnehmer mit Einzelhei-

ten der Fahrzeugtechnik vertraut gemacht, wobei diese ersten Erläuterungen später am Fahrzeug vertieft werden.

Den Abschluß der Fahrerausbildung II bildet das Praxiswochenende. Hierbei steht die fahrerische Schulung im Vordergrund. Die Anreise und der Zeltaufbau erfolgen am Freitagabend, wobei auf der Anreise bereits die Kolonnenfahrt geübt wird.

Sonnabendmorgen um 8.00 Uhr geht's dann los. In vier Gruppen aufgeteilt, dauert das offizielle Programm bis 20.00 Uhr. In dieser Zeit durchläuft jede Gruppe die vier verschiedenen Stationen. Die erste Gruppe verläßt das Gelände und befährt, mit Anhänger, die umliegenden Straßen und das Stadtgebiet von Nienburg. Die zweite Gruppe beschäftigt sich mit der Fahrzeugtechnik. Neben normalen Wartungsarbeiten wird auch eine praxisgerechte Fehlersuche geübt. Dabei darf dann auch jeder eine Dieseldieselpumpe entlüften, Fremdstarten, Radwechsel, Gleitschutzketten, nichts wird ausgelassen. Währenddessen ist man in der dritten Gruppe dabei, Einweisen, Rückwärtsfahren und Rangieren mit und ohne Anhänger zu üben. Insbesondere auf die korrekte Handhabung des Hängers (Bremsanlage, Elektrik, Rangieren) wird dabei eingegangen. Die letzte Gruppe befindet sich derweil im Gelände und erkundet unter fachkundiger Anleitung die Grenzen der Geländegängigkeit.

Der Sonntag beginnt dann etwas später, die Abreise wird vorbereitet. Zum Mittag trifft man dann in Ronnenberg ein, wo Fahrzeugreinigung und Pflege erfolgt. Den Abschluß bildet eine schriftliche Befragung mit 20 praxisrelevanten Fragen. Wer das alles überstanden hat, darf die Fahrzeuge des Ortsverbandes dann offiziell bewegen.

Wir suchen Hoffnung, nicht Wohlstand

Malteser-Einsatz in Hamm



Nach der Ankunft heißt es warten. Erst muß das Anmeldeverfahren durchlaufen werden.

Szenen wie in Prag und Budapest: Menschen auf der Flucht. Nicht mehr zu tröstende Kinder. Übermüdet, frierend und hungrig stehen sie in der dunklen Dezembernacht vor einer ehemaligen Kaserne. Das riesige Tor ist verschlossen. „Wegen Überfüllung“, steht auf einem ungenau beschriebenen Pappschild. Der

Blick ins Innere bleibt verwehrt, sorgfältig ist das große Gitter mit Zeltplanen verhängt.

„So geht es eigentlich Nacht für Nacht, am schlimmsten war es am Wochenende 9./10. Dezember – da standen hier 1 000 Menschen vor dem Tor und wir hatten kein einziges freies Bett mehr. Seit 15 Stunden sind die Helferinnen

und Helfer des Malteser-Hilfsdienstes in der Aufnahme-stelle für Aussiedler in Hamm auf den Beinen.

Doch jetzt gilt es, wie so oft in diesen Tagen, menschliche Hilfe vor bürokratische Vorschriften zu stellen: In Windeseile werden Notbetten aufgestellt und das buchstäblich in jede freie Ecke.

Das Tor öffnet sich ein letzte Mal in dieser Nacht, und jeder der 150 Neuankömmlinge bekommt für die Nacht frische Bettwäsche und ein warmes Essen, ein Standard, auf den die Malteser zu Recht stolz sind.

Am 1. Dezember haben die Malteser die Aufnahme-stelle in Hamm übernommen, und seither



Ein schwerer Start: Ihr gesamtes Habe führt diese Familie als Handgepäck mit.



Für den Kontakt zu Verwandten oder Freunden stehen den 4 000 Menschen ganze vier Telefonzellen zur Verfügung.

leisten sie schier Unmögliches, um den Ankommenden einen halbwegs menschenwürdigen Aufenthalt zu bieten. Ein gut eingespieltes Team von 30 haupt- und ehrenamtlichen Kräften ist fast rund um die Uhr im Einsatz. Feste Arbeitszeiten gibt es nicht. Das Herz des Unternehmens, die Verwaltung, ist in Räumen untergebracht, die man keinem Menschen mehr zumutet: niedrige fensterlose Kellerräume, fast unmöbliert, die unverputzten Wände voller Einsatzpläne. Doch die Malteser, fast ausschließlich im Ehrenamt, strahlen Zufriedenheit aus.

„Es ist erstaunlich, wie sich die Stimmung im Lager seit der Übernahme durch die Malteser vor zwei Wochen, geändert hat“, erzählt Roman Kopez, ein junger dynamischer Pfarrer aus Oberschlesien, der seit August das Lager mitbetreut.

Mit einer Kapazität von 3200 Betten ist die Aufnahmestelle Hamm mit derzeit 4000 über mindestens zwei Wochen zu versorgenden Menschen fast doppelt so groß wie das Durchgangslager Friedland. Hinzu kommen Bauarbeiten des Bundesverwaltungsamtes, das die ehemalige britische Kaserne in Hamm im August diesen Jahres als Aufnahmestelle für Aus- und Übersiedler übernommen hat.

Doch allen Unberechenbarkeiten und Widrigkeiten zum Trotz haben die Malteser ihre Sache offensichtlich gut im Griff. Das Rezept ist denkbar einfach: Dezentralisierung und Eigenverantwortung, verbunden mit christlichem Idealismus. Einzigartig in Aussiedlereinrichtungen der Bundesrepublik ist auch das Hauselternkonzept.

Jedes der Häuser, in denen die Neuankömmlinge untergebracht werden, hat eigene Hauseltern, die im Schichtdienst Tag und Nacht zur Verfügung stehen. Diese Hauseltern, ebenfalls Aussiedler aus Polen, leben in der Regel schon mehrere Jahre in der Bundesrepublik und sind, schon der Sprache wegen, ideale Brückenbauer zwischen der neuen und der alten Heimat.

Die Sprachbarriere bekomme auch ich auf meiner Suche nach einem Hauselternpaar zu spüren. Aber irgendwann finden wir uns: Aniela Tometzky, eine 35jährige

technische Zeichnerin aus Kattowitz, und Ryzard Zurowsky, 38 Jahre alt, Ingenieur, aus Breslau. Aniela vermittelt mir einen Fototermin mit Hausbewohnern. Von Ryzard erfahre ich mehr über seine Aufgaben und Pläne. Für ihn, seit viereinhalb Jahren in Deutschland, ist dies seine erste Stelle. Und sie erfüllt ihn, den sanften Pessimisten, mit leiser Hoffnung.

Neben der wichtigen alltäglich sich wiederholenden Begrüßung der Neuankömmlinge, dem Entwurf eines täglichen Putzplanes, der Ausgabe von Putzmitteln, Bettwäsche, Medikamenten und tonnenweise zur Verfügung gestellten Windeln für die vielen Kinder, hat er jetzt damit begonnen, die Männer für kleinere Reparaturarbeiten einzuteilen. Es fehlt zwar mitunter noch an notwendigen Materialien, die sinnvolle Beschäftigung im Alltag hat aber die Gefahr eines Lagerkollers bei einem mindestens zweiwöchigen Aufenthalt für viele geringer gemacht.

In einigen Wochen, wenn die Bauarbeiten halbwegs abgeschlossen sein werden, möchte er ein Atelier in seinem Wohntrakt eröffnen, in dem seine Landsleute zeichnen und malen lernen können. Ihm ist bange vor der Hoffnungslosigkeit der Menschen in seiner polnischen Heimat. Die Perspektivlosigkeit ist es, die die Menschen letztlich zum Auswandern zwingt. Immer wieder spricht Ryzard von der Enttäuschung über die Ablehnung in der neuen Heimat, von den erlittenen Demütigungen. Ihn zieht es zurück nach Breslau – wie zu einem geliebten Menschen.

Überhaupt die Menschen... der von Aniela vermittelte Fototermin bei einer Familie gerät zu einem guten Gespräch unter Frauen aus drei Generationen. Männer sieht man kaum hier oben, sie ertragen die Enge der Stuben wohl noch weniger.

Eine heitere deutschsprechende Großmutter aus Gleiwitz mit dem jüngsten Enkel im Arm, die ich auf das graue Gesichtchen des Kindes anspreche, erzählt ganz einfach, daß man in Gleiwitz wie in vielen anderen oberschlesischen Städten nicht mehr atmen könne. Die Stadt liege ständig in einem gelblich-fahlen Ne-



Die drangvolle Enge ohne jegliche Privatsphäre bleibt nicht ohne Auswirkung auf die Gemütsverfassung der Bewohner. (Fotos: Schmalenbach)

bel. Nein, auf Wohlstand komme es ihr in Deutschland nicht mehr an. Sie sei froh, endlich die ganze Familie „in Hoffnung“ zu wissen und dafür gäbe es hier im Lager so viele Zeichen.

Als ich nachdenklich durch das

trostlose Treppenhaus gehe, entdecke ich an einem geborstenen Fenster einen großen roten Malteseraufkleber – er tut seinen Dienst und hält die Scherben zusammen.

Christina Fernández Reumann



Das Personal des Kinderhorts, vom MHD eingestellte ehemalige Aussiedler, kümmert sich rührend um die Kleinen.

Was wollen wir erreichen?

Bundesjugendleiter Kroboth vor der DFV-Delegiertenversammlung 1989

Die Ausführungen von Bundesjugendleiter Johann Kroboth vor der Delegiertenversammlung des DFV in Garmisch-Partenkirchen stießen bei den Delegierten und Gästen auf ein reges Interesse. Nachstehend werden die Ausführungen im Wortlaut wiedergegeben.

Für meinen Bericht, der mehr als ein Abriß der Entwicklung dieses Jugendverbandes im Rahmen seines 25jährigen Bestehens gesehen werden kann, habe ich folgende vier Abschnitte gewählt:

1. Beweggründe
2. Entwicklung
3. Sachstand
4. Perspektiven

Beweggründe

Die Gründe, die dazu führten, Jugendfeuerwehren aufzubauen, sind schnell aufgezählt. Es waren zum einen akute Notstände, wie Hochwasser und Sturmfluten, die zwangsweise dazu führten, Jugendliche in diese Hilfeleistungen einzubinden und hatte speziell etwa auf den Halligen auch Gründe, die einfach von der Abwesenheit der Männer herrührten, da diese als Seeleute auf allen Meeren unterwegs waren. Gründe also, die bedingten, daß es an entsprechendem Personal, sprich Männern mangelte.

Ein anderer Grund, der die Feuerwehren stark beeinflusste, sich der Jugend zuzuwenden, war die mit einem Mal sehr dünn gewordene Personaldecke in den Freiwilligen Feuerwehren, als Folge des Zweiten Weltkrieges etwa. Erst in den letzten Jahren, nachdem ein gewisser Sättigungsgrad erreicht war, bequem gemacht hatte, traten und treten wieder Schwierigkeiten auf hinsichtlich einer soliden Absiche-

rung der Einsatzstärken in unseren Freiwilligen Feuerwehren.

Entwicklung

Das, was sich etwa so vor ca. 100 Jahren entwickelte, aufbaute, organisierte, wurde hingenommen, akzeptiert. Es war ja eine einschätzbare und abwägbare Notlage gegeben. Was sich dann, nach dem Zweiten Weltkrieg ergab, war allerdings begleitet von einer Menge Schwierigkeiten.

Da gab es Vorurteile die da lauteten:

- dieses Ansinnen ist abzulehnen da Feuerwehr Männersache ist
- es herrschte bei vielen die Meinung vor, nie wieder eine Uniform zu tragen
- es bestand die Angst, Jugendliche, würden sie wieder organisiert, könnten wieder so mißbraucht werden wie dies geschehen war
- es mangelte an Erfahrungen im Bezug auf den Umgang mit Jugendlichen in den Feuerwehren
- es fehlte beispielsweise auch an Ausbildungsplänen
- es waren keine qualifizierten Betreuer vorhanden
- die Frage des Versicherungsschutzes war völlig ungeklärt

Aber dennoch...

- wurden interessierte Jugendliche aufgenommen
- entsprechende Schutzausrüstung wurde „zurechtgebastelt“
- über Versicherungsschutz wurde zwar nachgedacht, aber nicht gesprochen
- die Ausbildung, da es entsprechende Richtlinien nicht gab, den Jugendlichen, also ihrer Leistungsfähigkeit, angepaßt
- und dann kam etwas hinzu, etwas, was für mich ganz ent-

scheidend war für den dann folgenden Aufwärtstrend in unserer Organisation:

- es wurde organisiert,
- praktiziert,
- probiert,
- Lehrgeld gezahlt,
- nicht diskutiert sondern umgesetzt

und, und dies erscheint mir war ein weiteres tragendes Element:

- es wurde nicht aufgesteckt, selbst Rückschläge wurden ignoriert und wurde man einmal dezent in die Ecke gestellt, dann öffnete man das Türchen und kroch zur Hintertür wieder herein
- es fragte niemand danach: was bekomme ich dafür
- man wägte nicht ab, welche Vorteile sich daraus ziehen lassen würden
- man war von dieser Idee, seiner Arbeit so überzeugt, daß es einfach kein Halten gab

Es war schlichtweg das, was ich unter der von mir oft zitierten Pionierarbeit verstehe.

... und dann entwickelte sich daraus.

Eigentlich war es der akute Mangel an Personal, der selbst unter den stärksten Kritikern soviel Zurückhaltung erzeugte, daß die Gründung von Jugendfeuerwehren intensiviert werden konnte und so einen ungemeinen Aufschwung nahm.

Ohne Zweifel waren auch die Auswirkungen des Aufbaues unserer Volkswirtschaft, das Sichern eines eigenen Heimes, das Anstreben immer besserer Lebensqualitäten dabei behilflich, standen sie Pate dafür, daß:

- diese sogenannten „Schlüsselkinder“ eine Bleibe suchten,
- war das Gemeinwesen auch noch nicht so geschädigt als das man hätte behaupten können:

- man benötige die Allgemeinheit, die Gemeinschaft nicht mehr

Ganz im Gegenteil, sie wurde gesucht.

Diese Gruppe, der Verein, die Organisation diene dazu, sich beweisen zu können, stellte ein Lernfeld dar für:

- Gemeinschaftssinn,
 - Kameradschaft,
 - Rücksichtnahme,
 - Einüben von demokratischen Spielregeln,
 - wechselseitige Unterstützung und diene letztlich natürlich auch dazu:
 - sein eigenes Blickfeld zu erweitern, diene dazu
 - Erlebnisse zu haben,
 - Abenteuer zu erfahren,
 - Fahrten und Lager zu unternehmen,
 - internationale Kontakte zu knüpfen
 - Freundschaften zu schließen
- ja, es war bestimmt eine glückliche Zeit.

Die verstärkten Neugründungen führten dazu, sich besser zu organisieren.

Die Kreis- und Landesverbände wurden gegründet und 1964 sogar diese Deutsche Jugendfeuerwehr als ein Dachverband. Führten dazu, sich Gedanken zu machen über eine einheitliche Ausbildung. Endete mit der Proklamierung eines eigenen Bildungspapieres im Jahre 75. Einer Anleitung und Orientierungshilfe für jeden Jugendfeuerwehrwart aber auch einer Positionsbestimmung und Aufgabenzuweisung.

Es wurden Richtlinien erarbeitet wie zum Erwerb der Leistungsspanne der Deutschen Jugendfeuerwehr oder aber für einen bundesweiten, einheitlichen Wettkampf. Versicherungsfragen wurden geklärt und festgeschrieben. Statuten, Jugendordnungen wurden erarbeitet und er-

lassen. Jugendfeuerwehrwarte, also Betreuer und Ausbilder, wurden verstärkt qualifiziert.

Sachstand oder 25 Jahre danach

Was wollten wir erreichen? Nachwuchs. Haben wir dies erreicht – teilweise. Nach dem Hoch folgt die Ernüchterung – die geburtenschwachen Jahrgänge. Nach den anfangs vielen Jungen – kommen jetzt, teilweise mehr geduldet als gewollt, die Mädchen. Den ersten Ausbildungsrichtlinien folgen immer mehr neue.

Nach den qualifizierten Jugendfeuerwehrwarten, den Praktikern, den Pionieren folgen Phantom-Betreuer und Ausbilder, jene also, die diese nunmehr als notwendig erachteten Qualifikationen besitzen müssen. Nach der praktizierten und zielgerichteten Arbeit folgen jetzt viele Diskussionen, Meinungen, Vorschläge, oft aber auch weiter nichts. Nach der praktizierten und zielgerichteten Arbeit folgen jetzt viele Diskussionen, Meinungen, Vorschläge, oft aber auch weiter nichts. Nach der Phase des Aufbaues, des Erreichens des Zenites folgt nunmehr die Bestandssicherung, die Erhaltung des Erreichten.

Den Festschreibungen und Wertungen von Positionen folgen immer wieder, und heute verstärkt, Grundsatzdiskussionen, wird so dringend anderwärtig benötigte Energie sinnlos vergeudet. Nach einer Phase der Konsolidierung der Ausbildung, des Erreichens eines hohen Maßes an Sicherheit bei Betreuern und Ausbildern folgen immer wieder neue Richtlinien, Festschreibungen, Paragraphen, verschlingen ebenfalls einen hohen Bedarf an sinnvoller zu verwendender Energie, führen zur Einengung von Freiräumen, führen dazu in einem verstärkten Maße die Fluktuation unter den Führungskräften zu forcieren. Der ruhigen Phase der Aufbauarbeit folgt die absolute Hektik, der Kampf mit Multifunktionen, der Kampf, ja dem Konsumterror selbst nicht zu entgehen, folgt eine Phase des sich in die Anonymität verkriechens, des Sicheinbildens, man könne für sein Geld alles kaufen, die Einbildung, man könne auf die

Gemeinschaft verzichten und was nach meinem Dafürhalten das allerschlimmste ist, jeder glaubt er sei der Größte, nur seine Meinung habe Geltung.

Und wir stellen fest:

- Jugendliche sind mobiler geworden
- Jugendliche sind freier geworden in ihrem Auftreten, in und mit ihrer Meinung
- Jugendliche nehmen nicht mehr alles nur hin, sie hinterfragen, lassen sich nicht abwiegeln
- Jugendliche verfügen über eine fundiertere Ausbildung, über höheres Wissen
- Jugendliche erlauben sich heute, dieses Wissen zur Anwendung zu bringen
- wir stellen fest:
 - Jugendarbeit hat sich einem starken Wandel unterziehen müssen
 - bedeutet sich ständig weiterqualifizieren
 - bedeutet immer Ausgeglichenheit zu wahren
 - bedeutet mit Jugendlichen umgehen können
 - bedeutet sich übermäßig zu engagieren
 - bedeutet seine Freizeit aufzuwenden
 - bedeutet mit einem immer lukrativeren Programm aufwarten
 - bedeutet zu agieren und nicht reagieren
 - bedeutet sich um Jugendliche zu bemühen
 - bedeutet aber auch, ihnen Hilfestellung zu geben, sie mit ihren Problemen und Bedürfnissen nicht alleine zu lassen

und bedeutet sich wieder an den Pionieren zu orientieren.

Perspektiven

Gibt es für einen Verband, der sich auf der Freiwilligkeit, der Ehrenamtlichkeit aufbaut, überhaupt noch Perspektiven? Wann sind die Grenzen der Freiwilligkeit erreicht? Sind diese bereits überschritten? Was ist noch leistbar?

Gerade aber weil wir diese Gedanken denken, ob dem Wissen darüber, daß diese Decke immer dünner wird, die Ansprüche an uns sich mehren, sollte man je-

nen Anfängen wehren, die da glauben, daß das was hier die Freiwilligkeit geschaffen hat, diese Entlastung, die durch die Übernahme dieses Aufgabenfeldes unentgeltlich erreicht wird, diese Sicherheit, diese Geborgenheit, die unseren Bürgern gewährt wird, ggf. über die Einführung von privaten Unternehmen gegen klingende Münze erkaufen zu können.

Wann sind auch noch die letzten Führungskräfte zermürbt, entmutigt ob des immer stärker werden Druckes, der ständig wachsenden Verantwortung? Wann ist der Zeitpunkt gekommen, wo auch dem Letzten in unseren Reihen der Mut genommen ist, um eine verantwortliche Position zu begleiten? Wann haben wir die Freiräume der Feuerwehren so eingeengt um keine sinnvolle Ausbildung mehr betreiben zu können, mit Auflagen, Anforderungen und Formulkrieg? Wann haben auch die letzten in unseren Reihen erkannt, daß Jugendarbeit in den Feuerwehren

etwas mehr bedeutet als bloße Nachwuchssicherung? Wann werden wir begreifen, nicht in starren Traditionen verharren zu können sondern auch den Mut aufbringen und erkannte, notwendige Änderungen vornehmen?

Wann wird es uns gelingen das Konkurrenzdenken endlich abzuliegen und an dem Gemeinsamen zu arbeiten? Wann werden wir auch diejenigen anerkennen, ihrer Arbeit jenen Respekt zollen, auch wenn sie nur Jugendarbeit oder gerade weil sie Jugendarbeit leisten? Wann werden wir erkennen, daß die Zeit der Sonntagsreden vorbei ist und der Werktag die Ergebnisse bringen muß? Wann werden wir letztendlich auch begreifen nicht ständig über sondern mit der Jugend zu reden?

Hört sich wohl alles gar nicht so positiv an oder?

Und dennoch bin ich der festen Überzeugung, wenn es jemand hat, dann hat es die Feuerwehr. Was?

Willkommensgruß!

Allen Teilnehmern an den 6. Deutschen Feuerwehr-Skilanglaufmeisterschaften gilt mein Willkommensgruß!

Nachdem 1988 die Meisterschaften in Braunlage/Harz stattfanden, ist in diesem Jahr das Skidorf Schonach wieder Ausrichter.

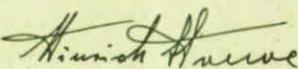
Der Gemeinde, der Feuerwehr und dem Skiclub Schonach gilt mein Dank für die Ausrichtung und für die geleistete Hilfe, ebenso dem Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg, der den Deutschen Feuerwehrverband bei der Durchführung dieser Veranstaltung unterstützt.

Schonach war schon mehrfach Austragungsort dieser Meisterschaften und somit Gastgeber der über 1000 Teilnehmer an dem Wettbewerb und am Volkslauf. Neben den sportlichen Anlagen bietet Schonach auch das Umfeld für solche Großveranstaltungen.

Die Feuerwehr-Skilanglaufmeisterschaften sind zwar kei-

ne feuerwehrtypischen Wettbewerbe, aber beim Langlauf ist nicht die kurzzeitige, sondern die gleichmäßige, über einen längeren Zeitraum zu erbringende Leistung notwendig. Diese Dauerleistung wird auch beim Feuerwehreinsatz erforderlich. Von diesem Standpunkt aus gesehen ist der sportliche Langlauf ein gutes Training für den Feuerwehrdienst.

Ich wünsche allen Teilnehmern Freude am sportlichen Wettkampf, eine gute Loipe in schneereicher Landschaft, Geselligkeit beim Rahmenprogramm und hoffe, daß viele Feuerwehrkameradinnen und -kameraden den Weg zu den 6. Deutschen Feuerwehr-Skilanglaufmeisterschaften am 3. und 4. Februar 1990 nach Schonach antreten werden.



Hinrich Struve
Präsident des
Deutschen Feuerwehrverbandes

- die Technik um Jugendliche zu begeistern
- ein Lernfeld für Jugendliche, um sich in eine Gemeinschaft einfügen und behaupten zu können
- die Möglichkeit, vom Alter zu lernen und den jugendlichen Elan zu nutzen?
- all das zu bieten, was heute in dieser konsumorientierten Welt verloren gegangen ist:
- Kameradschaft erleben und praktizieren dürfen,
- erleben dürfen, daß man auch dazu gehört,
- sich beweisen können und begreifen lernen,
- daß diese Gesellschaft nur dann lebensfähig ist, wenn jeder ein-

zelne seinen Beitrag leistet:

- uneigennützig,
- freiwillig und auch
- unentgeltlich.

Packen wir es an, zeigen wir diese Momente unseren Jugendlichen wieder und hören wir endlich damit auf, Pessimismus zu verbreiten. Packen wir da an wo es notwendig ist. Vergeuden wir keine Energie in sinnlosen Diskussionen und Projekten. Lassen Sie uns ganz einfach wieder den in den Mittelpunkt unseres Wirkens, unserer Aufgaben und unserer Ideale stellen, den Menschen.

Und tun wir das, dann braucht es uns auch um die Zukunft dieser Organisation nicht bange sein.

Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht: Förderung des Feuerschutzes

Der Deutsche Bundestag hat am 15. November 1989 ein Gesetz zur Verbesserung und Vereinfachung der Vereinsbesteuerung (Vereinsförderungsgesetz) beschlossen. Er hat in dem Gesetz den Vorschlag der unabhängigen Sachverständigenkommission zur Prüfung

des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts, die sonstigen Gemeinwohlzwecke in einem abschließenden Katalog aufzuführen, nicht aufgegriffen.

Die Förderung des Feuerschutzes wird nicht in der wie bisher nur beispielhaften Aufzählung gemeinnütziger Zwecke in § 52 Abs. 2 der Abgabenordnung genannt; bleibt aber ein gemeinnütziger Zweck. Sie ist auch nach wie vor allgemein als besonders förderungswürdiger und damit spendenbegünstigter Zweck anerkannt (Anlage 7 Nr. 13 der Einkommensteuer-Richtlinien).

Teilnahme deutscher Feuerwehren an Feuerwehrleistungsbewerben im Ausland

Meldesluß: Ende Februar 1990

Für einen Start deutscher Feuerwehren an Feuerwehr-Wettbewerben 1990 im Ausland sind nachfolgende Bedingungen zu beachten:

Bronze/Silber

1. Grundsätzliches

Die Teilnahme deutscher Feuerwehren an Feuerwehrleistungsbewerben im Ausland ist aufgrund gegenseitiger Vereinbarungen der nationalen Feuerwehrverbände geregelt und möglich. Für die Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland ist hierfür der Deutsche Feuerwehrverband zuständig.

2. Antrag

Anträge zur Teilnahme an einem Feuerwehrleistungsbewerb im Ausland sind zu richten an den

Deutschen Feuerwehrverband (DFV)

Koblenzer Straße 133

5300 Bonn 2

Für die Teilnahme an einem Feuerwehrleistungsbewerb im

Ausland ist eine Starterlaubnis des DFV erforderlich.

An einer Teilnahme interessierte deutsche Feuerwehren haben dieses bis spätestens Ende Februar 1990 (unter Vorbehalt einer späteren Teilnahme) formlos beim DFV anzumelden. Daraufhin erhalten diese Feuerwehren vom DFV die benötigten Anmeldeunterlagen und die vorliegenden Veranstaltungsinformationen.

Zusätzlicher Hinweis für bayerische Feuerwehren:

Teilnahmevoraussetzung für Feuerwehren des Freistaates Bayern ist gemäß Beschluß des Sprechergremiums, daß die Mitglieder der Bewerbungsgruppe mindestens die Stufe II (Silber) des Bayerischen Feuerwehrleistungsabzeichens besitzen. Diese Voraussetzung ist vom Abnahmeberechtigten des DFV zu prüfen. Liegt die Voraussetzung nicht vor, kann keine Abnahme der Trainingsleistung und Bestätigung im Anmeldebogen erfolgen.

3. Voraussetzungen

Allgemeine Voraussetzungen (gemäß österreichischer Bestimmungen) für die Zulassungen sind, daß das Mitglied der Bewerbungsgruppe

- seit mindestens drei Monaten aktives Feuerwehrmitglied ist,
- am ersten Tag des Leistungsbewerbes (Stichtag) das 65. Lebensjahr nicht überschritten hat und
- einen gültigen Feuerwehrdienstausweis besitzt.
- Der Aktive darf im Bewerb um das FLA in Bronze und im Bewerb um das FLA in Silber bei jeder Bewerbsveranstaltung nur einmal antreten.
- darf unbeschadet des Besitzes eines FLA aus einem früheren Feuerwehrleistungsbewerb erneut antreten.

Die Bewerbungsgruppe

- muß aus Angehörigen der gleichen Feuerwehr bestehen,
- muß in der Klasse A antreten, wenn das Gesamalter der Aktiven weniger als 270 Jahre beträgt,

- darf bei einem Gesamalter von 270 Jahren und darüber entweder in der Klasse A (ohne Alterspunkte) oder in der Klasse B (mit Alterspunkten) antreten.

Frauengruppen der Feuerwehren können nur dann eine Starterlaubnis erhalten, wenn das Gastland hierfür Bewertungsgruppen vorgesehen hat bzw. wenn dem DFV von dort eine Einwilligung zum Start (Sondergenehmigung) vorliegt. - Jugendfeuerwehren können an diesen Wettbewerben nicht teilnehmen.

4. Bedingungen

Bei den hier angesprochenen Feuerwehrleistungsbewerben im Ausland handelt es sich um Bewerbe nach den

- Bestimmungen für den Bewerb um das FLA in Bronze/Silber des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes
- Freundschafts-Wettbewerbe nach den Bestimmungen für den „Internationalen Feuerwehrwettkampf des CTIF“.

Nach der DLRG-Bundestagung 1989:

Alle müssen den Gürtel enger schnallen

Das Präsidium der DLRG traf am 17. und 18. November 1989 in Essen zu seiner konstituierenden Sitzung nach der Bundestagung in Frankfurt zusammen. Präsident Hans-Joachim Bartholdt konnte zu dieser ersten Sitzung des neuen Präsidiums auch die Stellvertreter begrüßen. Aufgrund der Beschlüsse von Frankfurt wird es die Hauptaufgabe sein, die Finanzen zu konsolidieren. Das Programm der Zukunft heißt Sparen. Am Rande der Sitzung sprach die Redaktion mit dem Präsidenten der DLRG über seine Einschätzung der Bundestagung und die Zukunft.

Red.: Wie bewerten Sie das Tagungsklima und die Beschlüsse der Delegierten?

H.-J. Bartholdt: Zum Klima der Bundestagung muß aus meiner persönlichen Sicht festgestellt werden, daß es nicht frei war von Spannungen, wie wir sie eigentlich in der Vergangenheit in dieser Form nicht kannten. Wenn es dennoch zu einem harmonischen Ausklang gekommen ist, lag das an den äußeren Arbeitsvoraussetzungen, aber auch an der Bereitschaft der überwiegenden Mehrheit, die Arbeit der nächsten Jahre im Präsidium und den Landesverbänden voranzubringen. Die Beschlüsse, ausgenommen die Entscheidungen zur Haushaltslage, waren getragen von dem konstruktiven Mitwirken aller zum Wohle der DLRG. Sie heute zu bewerten, wäre verfrüht.

Red.: Die Finanzlage des Präsidiums ist nicht rosig. Die Delegierten sind dem Antrag auf Erhöhung des Beitragsanteils nicht gefolgt. Statt dessen gab es einen Kompromiß. Was bedeutet dieser

Entscheid für die nächsten drei Jahre?

H.-J. Bartholdt: Die Entscheidungen zum Haushalt und zum Antrag auf Erhöhung des Beitragsanteils stellen das Präsidium vor eine ganz schwere Aufgabe. Sie bedeuten zum einen neue intensivere Arbeit zur Erstellung eines mehrheitsfähigen Haushaltsentwurfes und machen die angestrebte Konsolidierungsbemühen des Präsidiums nicht leichter. Präsidium und Landesverbände werden auf eine Reihe notwendiger Maßnahmen zunächst verzichten müssen.

Red.: Welche Ziele wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode vorrangig angehen und realisieren?

H.-J. Bartholdt: Das Präsidium wird sich in seiner konstituierenden Sitzung und seiner Januarsitzung 1990 mit Arbeitsschwerpunkten und Zielen befassen. Diesen Entscheidungen möchte ich nicht vorgreifen. Wie ich aber bereits in meinen Ausführungen anlässlich der Bundestagung formuliert haben, können heute schon folgende Anliegen, die sicherlich auch im Interesse der Landesverbände und Gliederungen liegen, formuliert werden:

Da ist zunächst die Schaffung eines neuen Zentralorgans, weiter die Planung und möglichst umgehende Verwirklichung der Mitgliederwerbung und -gewinnung sowie die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit auf allen Ebenen mit dem Ziel, die Basisarbeit insbesondere auf den Gebieten des Wasserrettungsdienstes und der Ausbildung entsprechend der sich abzeichnenden Aufgabenvermehrung leisten zu können. Vorrangige Aufgabe dieses Präsidiums wird es aber sein, die Finanzen in den Griff zu bekommen.

Red.: Vielen Dank Herr Bartholdt.



Empfang der Bundestagungsteilnehmer im Kaisersaal des Frankfurter Römers durch Stadträtin Sylvia Schenk.



Barmer-Geschäftsführer Alfred Sigl (rechts) übergibt der DLRG anlässlich der Bundestagung das erste Barmer/DLRG-Spielmobil.



Aus dem Präsidialrat scheidet aus: Prof. Dr. Konrad Gelzer, Hans-Herbert Schenk, Eberhard Fiebelkorn (v.l.n.r.). 2. v.l.: DLRG-Präsident H. J. Bartholdt.

Die Finanzsituation ist das beherrschende Thema. Keine leichte Aufgabe für den neuen Schatzmeister Dr. Klaus Wilkens, der im folgenden zur Finanzsituation, den Beschlüssen Stellung nimmt und Vorstellungen zur Deckung des Haushaltes im Präsidiumsetat entwickelt.

Liquiditätsprobleme

Nicht zuletzt aufgrund des Beschlusses der Bundestagung '86 zur Einführung des Familienbeitrages und der daraus resultierenden Mindereinnahmen im Präsidiumsanteil ist in den letzten Jahren ein Haushaltsloch im Präsidiumsetat entstanden, zu dessen Konsolidierung ein Betrag von 1320 000,00 DM erforderlich wäre.

Die Delegierten der Bundestagung '89 haben den Antrag des Präsidiums auf Erhöhung des Beitragsanteils um 1,00 DM ab 1990, der zur Deckung des Haushaltes notwendig wäre, aber abgelehnt. Schatzmeister Dr. Klaus Wilkens: „Statt dessen hat die Bundestagung beschlossen, daß die Landesverbände dem Präsidium einen 820 000 000,00-DM-Kredit zur Wiederherstellung der Liquidität zur Verfügung stellen. Abgedeckt wird dieser Kredit, so der Bundestagungsbeschluss, durch eine einmalige Umlage in Höhe von 2,27 DM pro Beitragsanteil.“

Die Delegierten gaben dem Präsidialrat zudem auf, ein Beitragskonzept für die Zukunft zu entwickeln.“

Ungeachtet des Beschlusses verbleibt ein Loch von rund 500 000,00 DM. Dr. Wilkens kommentiert die Lage so: „Der Kredit dient ausschließlich zur Abdeckung der zinspflichtigen Kredite. Darüber hinaus gibt es keinerlei Mittel, womit wir eventuelle Preissteigerungen auffangen können, ganz zu schweigen von der Finanzierung neuer Aktivitäten.“

Sparprogramm

Zur Konsolidierung des Präsidiumshaushaltes will der Schatzmeister „den Gürtel enger schnallen“, zumal die Gewährung

der Kredite an Auflagen gebunden ist, nämlich, ausgeglichene Jahresabschlüsse bis 1991 und ausgeglichene Haushaltspläne bis ins Jahr 1992.

Die Frage, wo die noch fehlenden Beträge herkommen sollen, beantwortete Dr. Wilkens folgendermaßen: „Obwohl das Sparprogramm des Präsidiums schon weit vor der Bundestagung eingeleitet wurde (allein für 1990 wurden Einsparungen in Höhe von fast 370 000,00 DM vorgesehen), reichen diese Maßnahmen noch nicht aus. Vor allem im Verwaltungshaushalt wird es Einsparungen geben, wobei jedem klar sein muß, daß damit der Spielraum für weitere, neue Maßnahmen praktisch gleich Null ist.“

Maßnahmenpaket zur Haushaltskonsolidierung

- ◆ „Mit Hochdruck müssen wir die Konsolidierung der Materialstelle angehen, und zwar gleichzeitig die Einnahmeseite verbessern und die Ausgaben reduzieren.“
- ◆ Der Verwaltungsbereich muß durchgeforstet werden, wobei wir auch an dem Personalsektor nicht vorbeikommen.“
- ◆ Serviceleistungen der Bundesebene werden z.T. kostenpflichtig werden müssen.“
- ◆ Wir werden bei vielen Tagungen dazu übergehen müssen, Teilnehmerbeiträge zu erheben.“
- ◆ Schließlich ist der Präsidialrat aufgefordert, ein Beitragskonzept für die Zukunft zu entwickeln.“

Das Programm wird vielen wehtun, aber nur durch eine Vielzahl von Maßnahmen wird ein ausgeglichener Haushalt zu bewirken sein. Diese Situation ist auf drei Jahre festgeschrieben. Das Präsidium muß da durch, wobei ich auf die Unterstützung der Landesverbände und aller Gliederungen hoffe“, skizzierte der Wirtschaftswissenschaftler die Perspektiven und appellierte an die Solidargemeinschaft der DLRG.

- ◆ Der Antrag des Landesverbandes Bayern, den Mindestbeitrag durch einen Regelbeitrag zu ersetzen, fand bei den Delegierten keine Mehrheit.

Der Vorstand des LV Berlin in neuer Zusammensetzung

Am 6. Oktober 1989 wählte die Hauptversammlung in einer außerordentlichen Sitzung die wegen der Rücktritte des bisherigen LV-Präsidenten sowie des Schatzmeisters und Vize-

Dank ernte. Und auch mit dem sollte man nicht rechnen. Der Dank der DLRG sei im besten Fall die Kameradschaft. Er appellierte an die Hauptversammlung, mit den Nachfolgern behutsam und vorsichtig umzugehen. Auch Funktionsträger brauchen viel Zuneigung, Fairneß und manchmal Liebe, fügte Hans-Werner Kock wörtlich hinzu.



Der neue Vorstand (v.l.n.r.): Michael Sprichardt (Vorsitzender der Jugend), Bernd Henning (Schatzmeister), Nils Holder (stellv. Justitiar), Gernot Brinsky (Vizepräsident), Margit Zimmermann (stell. LdÖ), Andreas Florian (LdÖ), Udo Rosentreter (TL), Herbert Stahr (LV-Präsident), Michael Walther (stellv. TL), nicht im Bild: Siegfried Schenk (Vizepräsident), Dr. Lutz Hoch (LV-Arzt).

präsidenten neu zu benennenden Vorstandsmitglieder.

Der mit Wehmut scheidende Hans-Werner Kock sprach nicht nur seinem ehemaligen Vorstandskameraden Bütow aus dem Herzen, als er in seiner Abschiedsrede betonte, daß es nicht darauf ankomme, wer der DLRG-Funktionär ist, sondern wie er seine Funktion ausübt. Er habe die Erfahrung gemacht, daß selbst der, der sich der DLRG mit Leib und Seele verpflichtete, allenfalls kargen

Für sich selbst betonte Hans-Werner Kock, der vor zehn Jahren von seinem Amtsvorgänger „angeworben“ wurde und in seiner Arbeit als LdÖ zunächst und für vier Jahre danach als LV-Präsident dem Landesverband diente, er habe trotz aller Beschwerden Erfolg, Zuneigung und Freundschaft erfahren: „Einmal DLRG-Mitglied, immer DLRG-Mitglied!“

Dieter Schulze

Ganz Berlin war eine Wolke

500 Liter Tee von der DLRG kostenlos ausgegeben

Auf einer Pressekonferenz des DDR-Politbüros am 9. November 1989 wurde etwas wahr, wovon 24 Stunden vorher kein Mensch zu träumen wagte: Die Berliner Mauer ist durch eine neue Reiseregelung gegenstandslos geworden! Bereits in der Nacht zum 10. No-

vember 1989 bauten viele TV-Gesellschaften ihre Ü-Wagen vor den Berliner Grenzübergängen auf, um die ersten Besucher aus der DDR zu begrüßen. War der Verkehr in der Stadt am Freitag bis 13 Uhr noch relativ normal, so lief ab Nachmittag an vielen Stel-

len nichts mehr. Nach und nach wurden neue Übergänge geschaffen. Straßen, die früher als Sackgassen und verkehrsberuhigte Zonen an der Mauer endeten, wurden plötzlich zu Hauptverkehrsstraßen. Ein großes Kaufhaus, vor dem noch am Donnerstag gegen die Abendöffnungszeit bis 20.30 Uhr demonstriert wurden, schloß seine Tore erst nach Mitternacht.

Unter dem Eindruck dieser großen Ereignisse entschlossen sich die Kameraden des Kata-Zuges, am 11. November 1989 (Samstag) in der Spandauer Altstadt kostenlos heißen Tee auszuschenken. Kurzerhand wurden im Einkaufstrudel zwei Kocher der Feldküche aufgebaut, und in kurzer Zeit war der Stand von Menschen umringt, die das Angebot der DLRG dankbar annahmen.

Eine Hausfrau brachte spontan Schüssel und Bleche mit Kuchen vorbei, die sagte: „Das könnt ihr zum Tee verteilen.“ Nach zehn Minuten waren alle Bleche leer.

Am 12. November (Sonntag) herrschte vor einem großen Postamt in Spandau großes Gedränge, denn viele DDR-Besucher wollten sich hier das Begrüßungsgeld auszahlen lassen. Kurzerhand wurde noch einmal die Feldküche aufgebaut, um mit heißem Tee die Wartezeit für viele Menschen erträglich zu machen.

Fazit: An zwei Tagen wurden 500 Liter Tee gekocht und verteilt. Diese einfache und spontane Aktion hat uns „reich“ gemacht. Denn die Dankbarkeit, die wir in Worten und Blicken verspüren durften, war einfach schön.

Andreas W. Florian



Heißer Tee als der absolute Renner.

(Foto: Florian)

GEMA und DLRG-Magazin als Hauptthemen

Öffentlichkeitsarbeiter tagten im Taunus

Ein umfangreiches Informations- und Arbeitsprogramm hatten die Referenten für Öffentlichkeitsarbeit aus den Landesverbänden zu bewältigen.

Der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit, Bernd Schäfer, hatte für die Tagung vom 29. September bis 1. Oktober im Taunusstädtchen Niedernhausen zahlreiche Fachreferenten eingeladen.

Die wichtigsten Themen waren „Vorstellungen der Aufgaben und Arbeit der GEMA – Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte“, die Vorstellung des Konzeptes des neuen Verbandsorgans „DLRG-Magazin“, PR für die HLW und die aktuellen Vertriebsdaten des Werbemittels DLRG-Kalender.

Günter Walter, Präsident des Landesverbandes Hessen, begrüßte die Teilnehmer zum Tagungsbeginn.

Die Tagung leiteten, in Vertretung des erkrankten Bernd Schäfer, Günter Jagenburg und Susanne Mey. Traditionsgemäß gehörte der erste Abend den Referenten der 14 Landesverbände, die über

ihre Aktivitäten aus dem vergangenen Jahr berichteten.

Martin Janssen, Bundesreferent für Öffentlichkeitsarbeit, informierte am Samstagvormittag über eine recht umfangreiche Werbung und Öffentlichkeitsarbeit des Präsidiums im zurückliegenden Jahr.

GEMA: Kein Inkassobetrieb

Als Gastreferentin der Tagung begrüßte Günter Jagenburg die Pressesprecherin der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA), Karla Schönebeck.

Die Journalistin und Juristin erläuterte die Aufgabenstellung und Funktion des Unternehmens. Sie sei, so Karla Schönebeck, keine Verwertungsgesellschaft, sondern führe einen gesetzlichen Auftrag aus. Grundlage dieses Auftrages ist das Urheberrechtsgesetz. Das Bundespatentamt kontrolliert ihre Aktivitäten.

Die GEMA vertritt über 22 000 Künstler der ersten und Unter-

haltungsmusik und nimmt im Inland – sowie über Abkommen auf Gegenseitigkeit mit ausländischen Gesellschaften – die Rechte ihrer Mitglieder wahr, denen die eingenommenen Beträge aus Veranstaltungen über ein Punktesystem wieder zufließen.

Bedenklich sei, daß ein großer Teil der Einnahmen wieder ins Ausland abfließen, weil vor allem Rundfunk und Diskotheken zu hohen Prozentsätzen Umsätze vor allem englischsprachiger Musiker verwenden.

Die GEMA wurde vor 40 Jahren gegründet. Sie wird von zwei Generaldirektionen geleitet und ist in mehrere Bezirksdirektionen untergliedert.

Im Anschluß an ihren Vortrag beantwortete Karla Schönebeck eine Vielzahl von Fragen, vor allem nach dem Meldeverfahren und den Gebühren für die verschiedenen Veranstaltungsformen.

Das neue DLRG-Magazin

Anschließend stellte Klaus

Holderbaum, Prokurist und Vertriebsleiter, die Konzeption für ein neues Verbandsorgan der DLRG vor.

Schwerpunkt seiner Ausführungen waren die Finanzierung des Mediums und die geplante Vertriebsstruktur.

Das Ziel des neuen Mediums ist eine hohe Auflage mit mindestens 100 000 Exemplaren, die gleichermaßen DLRG-Mitglieder informiert als auch Nicht-Mitglieder interessiert und für die werbetreibende Wirtschaft ein attraktives Insertionsmedium darstellt.

Als ideal bezeichnete Klaus Holderbaum die Lösung, wenn alle Landesverbände einen Beschluß faßten, der eine Mindestabnahmegarantie in Höhe etwa eines Viertels der Mitglieder entwickelt.

Eine weitere Möglichkeit sind Sammelabonnements der Ortsgruppen, gestaffelt nach 25, 50, 75, 100 oder mehr Exemplaren, je nach Gliederungsgröße, wobei auch hier die 25-Prozent-Mitglieder-Quote zur Mitgliedschaft sinnvoll wäre. Durch Patenschaftsbestellscheine (Übernah-



Ein umfangreiches Programm bewältigten die Referenten für Öffentlichkeitsarbeit.

me von Abonnements durch Sponsoren) könnten Finanzierungs-Engpässe ausgeglichen werden.

Bei dieser Auflage beträgt der Stückpreis einschließlich Versandkosten 0,56 Pfennig.

Wie beim „Lebensretter“ ist zudem Einzelbezug möglich. Um die gestalterischen Mängel, die durch Kleinanzeigen entstehen, zu beheben, soll das DLRG-Magazin maximal 7 Anzeigenseiten mit möglichst Großformatanzeigen beinhalten. Die Anzeigenkunden sollten zumindest im Rahmen eines Partnerschaftsmodells das Projekt „sponsorn“.

Im Anschluß an den Vortrag entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Eine Umfrage unter den Landesreferenten ergab eine deutliche Stimmenmehrheit für das Projekt im allgemeinen unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Entwicklungsstandes.

DLRG-Präsident Hans-Joachim Bartholdt nahm auch zu diesem Tagesordnungspunkt Stellung: Er betonte die Notwendigkeit eines neuen auflagenstarken Verbandsorgans als wichtiges und unverzichtbares Kommunikationsmittel und bat die anwesenden Referenten, in ihren Landesverbänden für das DLRG-Magazin zu werben.

PR für HLW

Am Schlußtag referierte der Stellvertretende Technische Lei-

ter im Präsidium, Wilfried Wieneke, zum wichtigen Thema Public Relations für die Herz-Lungen-Wiederbelebung.

Er schilderte in eindringlichen Worten die Situation und die Herz-Lungen-Wiederbelebung als einzige Möglichkeit, über die Ersthelferausbildung die extrem hohe Todesrate infolge von Herzinfarkten zu begrenzen.

Da sich Infarkte im häuslichen und beruflichen Umfeld ereignen (75 Prozent), müßten möglichst viele Menschen mit einer gezielten Werbung und geeigneten PR-Maßnahmen erreicht werden. Dabei sei es wichtig, so Wilfried Wieneke, die im medizinischen Sinn schwierige Materie

in Wort und Bild verständlich darzubringen.

Als Möglichkeit einer HLW-Offensive diskutierten die Leiter der Öffentlichkeitsarbeit den Präsidiumsvorschlag einer bundesweiten Aktionswoche.

DLRG-Kalender: Positive Bilanz

Eine positive Bilanz des DLRG-Kalenders zog Siegfried Thiel.

Das traditionsreiche Werbemittel – die Ausgabe 1992 ist schon die 30. – erscheint mittlerweile in über 220 Ortsausgaben. Weitere neue Ausgaben sind in Vorbereitung.

DVV/Materialstelle

Lothar Oberleberg für die Materialstelle der DLRG und Gunnar Cronberger stellten neue Artikel aus ihren Sortimenten vor.

Zum Abschluß der Tagung sprachen sich die Referenten einstimmig für eine Wiederwahl des Leiters der Öffentlichkeitsarbeit im Präsidium, Bernd Schäfer, aus (die Bundestagung in Frankfurt folgte inzwischen der Empfehlung der Rfö's und wählte Bernd Schäfer für weitere drei Jahre als Ldö ins Präsidium). Ebenfalls einstimmig stimmten sie für eine Kandidatur der Langenfelder Journalistin Susanne May für das Stellvertreteramt.



Karla Schönebeck (GEMA Bonn) referierte zum Thema „Gesellschaft für musikalische Aufführungsrechte“.

Presseschau

Mangelhafter Brandschutz in Hotels

Die Sicherheit von Bränden läßt in vielen Hotels zu wünschen übrig. Das ist das Ergebnis einer britischen Untersuchung in 171 Hotels in Europa und Übersee. Danach wies die Feuersicherung in 56 Prozent der Hotels Mängel auf, nur drei Prozent der Hotels wurden als mangelfrei eingestuft.

Die häufigsten Beanstandungspunkte in den Hotels sind nach der Untersuchung: selbstschließende Türen an kritischen Stellen wie Korridoren und Treppenhäusern fehlen, vorhandene Feuerschutztüren werden durch Stützen oder Keile offengehalten, Feueralarmsysteme fehlen, Ausgänge sind nicht und Fluchtwege nur unzureichend gekennzeichnet, Feuerlöscheinrichtungen sind unbrauchbar. („Protection Civile“, Luxemburg Nr. 29)

Bisher 40 000 Menschenleben gerettet

Für über 165 Millionen Mark wird der Bund bis 1993 23 neue und größere Rettungshubschrauber einschließlich einer modernen medizinischen Grundausstattung beschaffen. Das Personal wird verdoppelt: Über 125 Angehörige des Bundesgrenzschutzes, Piloten, Bordwarte und Mechaniker werden künftig in der Luftrettung eingesetzt werden. Nach Abschluß der Modernisierung werden insgesamt 27 Hubschrauber des Bundes im Einsatz sein. Diese Zahlen nannte Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble auf der 10. Rettungshubschrauber-Fachtagung in Garmisch-Partenkirchen.

Die Hubschrauber der neuen Generation werden nach Auskunft des Ministers zwei lebensgefährlich Verletzte gleichzeitig transportieren können. Da eine ärztliche Versorgung künftig während des Fluges möglich ist, können medizinisch bedingte Zwischenlandungen entfallen. Jede Maschine wird mit einem Piloten und, im Unterschied zu heute, mit einem

Bordwart besetzt sein. Der Bordwart entlastet den Piloten von Navigation, Funkkontakt, Erkundung des Unfallortes und anderen wichtigen Aufgaben. Dadurch kann sich der Pilot voll auf seine fliegerischen Aufgaben konzentrieren.

Schäuble wies darauf hin, daß die neuen Hubschrauber darüber hinaus auch im Bevölkerungsschutz (Zivil- und Katastrophenschutz) eingesetzt werden können, z. B. für den Transport von Spezialgerät und Spezialkräften.

(„Innenpolitik“ Nr. V/1989)

Computer helfen bei Katastrophen

Die Gefahren chemischer Stoffe wollen Umwelt- und Gesundheitsbehörden jetzt mit Hilfe zweier Datenbanken eindämmen. Während die Gefahrstoff-Schnellauskunft (GSA) örtlichen Umweltschutzbehörden, Polizei oder Einsatzleitern an Unfallorten Informationen über die Chemikalie selbst, ihre Wirkung auf Umwelt und Gesundheit sowie über Maßnahmen zur Ersten Hilfe geben will, dient das Chemikalien-Informationssystem CHEMIS vor allem der Gesundheitsvorsorge, erklärte der Staatssekretär beim Bundesumweltministerium, Clemens Stroetmann, bei der Vorstellung beider Systeme in Bonn.

Weder die örtliche Umweltschutzbehörde noch Feuerwehr oder Polizei könnten am Unfallort über alle notwendigen chemischen oder medizinisch-toxikologischen Kenntnisse verfügen. Die GSA-Daten werden laut Stroetmann im Dialog aus dem Zentralrechner des Umweltbundesamts in Berlin abgerufen und stehen somit bundesweit zur Verfügung. Zur Zeit können etwa 2500 chemische Stoffe und Gefahrgüter von zunächst 100 Anwendern bei Polizei, Feuerwehr, Katastrophen- und Umweltschutz abgefragt werden. Auch EG-Daten stehen zur Verfügung. Es wird auch daran gedacht, radioaktive Stoffe oder Pflanzenschutzmittel in das GSA-System einzubeziehen. Eine Version für Personalcomputer soll im kommenden Jahr entwickelt werden.

Eine solche „Aktentaschen-Version“ steht bei CHEMIS bereits jetzt

zur Verfügung. Dieses System des Bundesgesundheitsamts umfaßt etwa 4000 Stoffe mit unterschiedlichem Datenumfang und gibt Auskunft über Stoffidentität (Name, Hersteller), Verwendung, Handhabung oder Vorschriften der Gefahrstoffverordnung. Eine Übernahme von Informationen anderer Datenbanken ist möglich, die Grunddaten von CHEMIS und GSA sind identisch. Im EG-Altstoffinventar sind insgesamt 100 000 chemische Stoffe erfaßt, jährlich kommen 200 neue hinzu. Nach Angaben des Umweltministeriums gelten mehr als 10 000 Stoffe und Produkte als gefährlich für Gesundheit und Umwelt.

(„Süddeutsche Zeitung“ Nr. 286/89)

Betonplatten gegen Radon

Vor der Strahlung des radioaktiven Edelgases Radon in Häusern haben Wissenschaftler bei einer internationalen Tagung in Birkenfeld gewarnt. Jeder Hausbesitzer sollte die Radon-Strahlung messen lassen, sagte der Münchner Strahlenforscher Eckhard Krüger am Rande der Tagung „Niedrigdosis Strahlung und Gesundheit“. Nur in Häusern mit Betonboden brauchten keine gefährlichen Radon-Strahlungen befürchtet zu werden. Radon gilt als Krankheitsursache vor allem für Lungenkrebs.

Erhöhte Radonwerte treten auf bei hohem Uran-Radium-Gehalt des Erdbodens, in Gebieten mit früherer Vulkantätigkeit oder durch Verwendung von Schlacke und Bimsstein im Hausbau. Die Radonbelastung in Häusern kann, so Wissenschaftler auf der Tagung, gesenkt werden, indem vor allem der Kellerboden mit massiven Betonplatten abgedichtet werde. Außerdem sollte viel gelüftet werden...

Der Strahlenforscher Krüger sieht in der Verwendung von Schlacke und Bimsstein beim Hausbau eine zusätzliche Ursache für die Radon-Strahlung. Bei einer Untersuchung in der nicht strahlenbelasteten Münchner Ebene seien in mehreren Häusern hohe Radon-Werte entdeckt worden, sagte Krüger. Dies könne nur auf die Baustoffe zurückgeführt werden.

(„Frankfurter Rundschau“ Nr. 292/89)

Ein Blitz pro Sekunde

Eine Warn- und Ortungs-Blitzleuchte für dunkle Räume, verqualmte Umgebung oder unter Wasser schafft Sicherheit. Sie ist wasserdicht bis zu einer Tauchtiefe von 40



Metern. Durch die kompakte Bauweise und das geringe Gewicht kann sie mit dem Befestigungsband leicht an Arm, Preßluftatmer oder Tauchgerät befestigt werden.

Der Ein-/Aus-Schalter befindet sich am Gehäuseboden und kann durch einfaches Links- oder Rechtsdrehen ein- bzw. wieder ausgestaltet werden. Dies ist auch unter Wasser ohne Probleme möglich. Im Dauerbetrieb und mit frischer Batterie (Babyzelle) blitzt die Lampe ca. 28 Stunden in einem Blitzintervall von einem Blitz pro Sekunde.

(Foto: Interspiro)

Neue Ex-Stableuchte nach DIN EN

Nach DIN EN zugelassen und für Zone-I-Bereiche gem. IEC 79 und VDE 0165 einsetzbar, stellt sich eine neue Stableuchte vor. Die Lampe besteht aus einem schwarzen, widerstandsfähigen Gehäuse aus schlagzähem, abriebfestem Kunststoff. Der Leuchtenkopf enthält eine bruchsichere



Hartglasscheibe und das mit einem Innensechskant verschließbare Verschraubungsteil. Ein metallbedampfter Kunststoffreflektor mit Fokussierung der Spezialglühlampe (3,7 V/0,3 A) sorgt für optimale Lichtausbeute.

Über den Schiebeschalter können die Funktionen Ein, Blinken und Aus angewählt werden. Der Lichtaustritt hat einen Durchmesser von 42 mm, die Länge der Leuchte ist 251 mm und der Durchmesser 64 mm. Im Leuchtschaft sind drei Monozellen 1,5 V untergebracht, die eine durchschnittli-

che Betriebsdauer von ca. 5 Stunden gewährleisten. (Foto: ABB CEAG)

Selbstrettung in Sekundenschnelle

Mit Pacer ist es gelungen, ein Druckluft-Fluchtgerät für praktisch jedermann – Laien wie Atemschutztechnik-Vertraute – auf den Markt zu bringen. Im Notfall, bei Gefährdung durch Rauch- und Brandgase, ist Pacer blitzschnell anzulegen und via Aktivierclip sofort aktivierbar.

Im Einsatzfall öffnet der Anwender die Tasche, entnimmt die Haube und streift sie über den Kopf. Dabei wird automatisch die Atemluftversorgung mit einer Konstant-Dosierung für 6, 10 bzw. 15 Minuten (je nach Pacer-Variante) gestartet.

Die Haube schützt den Träger gegen Hitze, Gase und Partikel. Das große Sichtfenster erleichtert die Orientierung auf dem Fluchtweg. Die Luftzuführung ist so konstruiert, daß eine CO₂-Anreicherung innerhalb der Haube minimiert wird.

(Foto: Dräger)



Ein mobiler Arbeitsplatz

Eine neuentwickelte mobile Büroeinheit ermöglicht es, aus jedem VW-Transporter ein Einsatzleitfahrzeug zu machen. Die kompakte Einheit mit variabel nutzbarem Stauraum bietet dabei individuelle Möglichkeiten. Die große Arbeitsfläche kann als Kartentisch dienen wie auch einen Computer aufnehmen. Einbaumöglichkeiten für Telefon, mobiles Faxgerät, Btx-Anschluß,

Schreibmaschine und Drucker sind vorbereitet.

Das System kann problemlos eingebaut werden. Es wird lediglich die Mittelsitzbank ausgebaut, die Büroeinheit eingesetzt und auf den Sitzbefestigungen verschraubt. Die Kabelführung erfolgt durch integrierte Kabelkanäle. Durch den minutenschnellen Ein- und Ausbau ist es möglich, das Fahrzeug auch für andere Zwecke einzusetzen.

(Foto: Seifert)



Bevölkerungs- schutzpolitik

Studien und Beobachtungen zur Risikobeherrschung durch Krisenmanagement
Von Dr. Ewald Andrews
 Carl Heymanns Verlag, 5000 Köln 41

Das Thema „Risikobeherrschung durch Krisenmanagement“ ist nach Tschernobyl in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion der Verwaltungsfachleute von Bund, Ländern und Gemeinden gerückt. Die Katastrophe hat in der Bevölkerung das Bewußtsein dafür geschärft, daß eine hochentwickelte Industriegesellschaft wie die unsere auf ein alle Verwaltungsebenen verknüpfendes Krisenmanagement nicht verzichten kann. Der Autor, Dr. Ewald Andrews, behandelt in seinem Buch die wesentlichen Aspekte dieser Problematik aus der Sicht des Verwaltungsfachmannes.

Neben Bestandsaufnahme und Problem-analyse stellt er anhand eines praxisnahen und wissenschaftlich abgesicherten Krisenmanagement-Modells die wesentlichen Systemkomponenten dar, die auf jeder Verwaltungsebene geschaffen werden müssen. Ein Projektausschuß des Bundes, der Länder, des deutschen Städtetages, des deutschen Landkreistages und der Feuerwehren hat wesentlich dazu beigetragen, daß sich dieses Modell an den aktuellen Bedürfnissen orientiert. Die Bundesregierung hat das Krisenmanagement-Modell durch Kabinettsbeschluß vom 22. Juni 1988 und die Innenministerkonferenz durch Beschluß vom 29. April 1988 zu einem gemeinsamen Politikziel erklärt. Das Buch gibt Hinweise für die Rahmenbedingungen und Grundlagen eines umfassenden Krisenmanagementsystems sowie Anregungen für dessen Umsetzung in die Praxis – auch um den Vorsprung anderer vergleichbarer Industriestaaten auf diesem Gebiet wieder aufzuholen.

Der Verfasser, der die Arbeitsgruppe „Katastrophenschutz“ im Bundesinnenministerium leitet, geht die Thematik mit einer Auswahl seiner Veröffentlichungen zum Aufgabenbereich „Bevölkerungsschutz“ an, die aus den vergangenen zehn Jahren stammen. Ziel war es, durch die Zusammenfassung auch die Entwicklung in diesem Bereich darzulegen. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf der „Erweiterung des Katastrophenschutzes“ als einem Teilbereich des Bevölkerungsschutzes. Gleichzeitig wird jedoch auch das Geflecht von Wechselbeziehungen deutlich, in dem alle am Erweiterten

Katastrophenschutz beteiligten Organisationen Einfluß auf das Ganze nehmen. Das betrifft das Verhältnis von Bund und Ländern ebenso wie die Beziehungen des Bundesinnenministeriums zum Bundesamt für Zivilschutz und deren Verhältnis wiederum zu den Sanitätsorganisationen ASB, DRK, JUH, MHD sowie den kommunalen Spitzenverbänden und dem deutschen Feuerwehrverband.

„Hilfe! – Es brennt!“

Von Siegfried Volz
 Wenzel Verlag, 3550 Marburg

Was ist zu tun, wenn es brennt? Wie wird die Feuerwehr alarmiert? Wie sollte man sich verhalten? Diese und viele weitere Fragen rund um den Brandschutz werden in dem vorliegenden Buch grundlegend erklärt. Viele anschauliche Bilder illustrieren die Texte. Sie zeigen, wie man sich verhalten sollte und erklären die Arbeit der Feuerwehr.

Das Buch, das sich auch an Kinder und Jugendliche wendet, soll dazu beitragen, Brandgefahren abzuwenden. Wer die einzelnen Kapitel genau durchliest und die Bilder betrachtet, erfährt Entscheidendes über den Brandschutz und wird im Ernstfall viel besser reagieren als Personen, die sich nie mit diesen Dingen befassen.

Taschenkalender für die Feuerwehren 1990



Verlag W. Kohlhammer,
 7000 Stuttgart 80

Der bereits im 41. Jahrgang erscheinende Taschenkalender bietet neben dem Kalendarium und zahlreichen Tabellen eine Vielzahl von praktischen Hinweisen und sachlichen Informationen.

Der in sieben Landesausgaben erscheinende Kalender enthält darüber hinaus umfang-

reiches länderbezogenes Adressen- und Zahlenmaterial. Durch seine Informationsvielfalt ist er eine nützliche Hilfe für Theorie und Praxis der Feuerwehr.

Man nehme einen Geigerzähler



Strahlenschutz-Meßtechnik für Praktiker
Teil 1: Grundlagen
Teil 2: Messungen im Radionuklidlabor
Von Rupprecht Maushart
 GIT-Verlag GmbH, 6100 Darmstadt 11

Der umfangreiche Stoff wurde in zwei eigenständige Bände des Buches aufgeteilt. Im ersten Teil finden sich die Grundlagen der Strahlenschutz-Meßtechnik und allgemeine Hinweise und Tips zum Gebrauch und zum Kauf von Strahlenschutz-Meßgeräten. Im zweiten Teil ist die Meß-Praxis beschrieben, abgestellt auf die Belange eines Radionuklidlabors in Medizin, Industrie oder Forschung.

Jeder Teil des Buches hat 10 Kapitel, die jeweils einen eigenständigen Fragenkomplex behandeln. Auf Querverweise wurde weitgehend verzichtet; das bringt es allerdings auch mit sich, daß gelegentliche Wiederholungen nicht zu vermeiden sind.

Jedes Kapitel beginnt mit einer Einführung, die erläutert, was es mit dem Thema des Kapitels auf sich hat. Gleichzeitig gibt die Einführung auch eine kurze Zusammenfassung des Kapitel-Inhalts. Ebenso ist jedem Unterabschnitt innerhalb des Kapitels wieder eine Übersicht vorangestellt.

Die jeweils wichtigsten Aussagen oder Folgerungen eines Kapitels oder eines Abschnitts sind in Tabellenform zusammengefaßt; diese können zum Teil direkt als Merk- oder Checklisten für die praktische Arbeit verwendet werden.

„Man nehme einen Geigerzähler“ ist zwar ein Lehrbuch in dem Sinne, daß es auf Fakten nach dem derzeitigen wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisstand aufbaut; die Darstellung orientiert sich, aber an den Erfordernissen der Praxis.

Zivile Verteidigung und Zivilschutz

Panik: „Rette sich wer kann?“	1/23
„Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung“ vom Kabinett gebilligt	2-3/5
Ausnutzung der Freistellungsquote für den Zivil- und Katastrophenschutz	4/2
Katastrophenschutzergänzungsgesetz: Erste Beratung im Bundestag	6-7/9
Antrittsbesuch: Dr. Wolfgang Schäuble beim Bundesamt für Zivilschutz	6-7/25
Schriftwechsel: Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble antwortet dem IPPNW – Vorstand Prof. Dr. Ulrich Gottstein zum Thema Katastrophenschutzergänzungsgesetz	6-7/31
Parlamentarischer Staatssekretär Carl-Dieter Spranger: Zivilschutz trotz Perestroika	8/8
Expertenanhörung vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages: Ein Gesetzentwurf auf dem Prüfstand	9/6
Katastrophenschutzergänzungsgesetz vom Deutschen Bundestag beschlossen	10/3
Hans-Georg Dusch: Chronologie eines sinnlosen Aufwandes	10/8
Katastrophenschutzergänzungsgesetz und THW-Helferrechtsgesetz im Bundestag	11/8
Schutzkommission beim Bundesinnenminister: Hochspezialisierter Sachverständiger im Dienste der Sicherheit	11/20
Ein zeitgemäßes Konzept der Gefahrenabwehr	12/2

Katastrophenschutz und Selbstschutz

Das Hilfeleistungssystem im Zahlen- spiegel	1/12
Rechte und Pflichten: Der Helfer im Katastrophenschutz	1/15
HVB-Fernmeldezentrale: Ein positives Fazit	1/18
„Übungsschiedsrichter“: Ein gelungenes Experiment	1/26
Neue Technik verbessert den Katastro- phenschutz in Hamburg: Ein rundes Konzept	2-3/19
Die körperliche Eignung der Katastro- phenschutz Helfer	2-3/23
80 neue Fahrzeuge für nordrhein-westfä- lischen Katastrophenschutz: „Eine beein- druckende Kulisserie“	4/7
Sonderlehrgang „Atemschutz-Geräte- träger“: Ein Labyrinth mit Tücken	5/9
Katastrophenschutzschule des Landes Schleswig-Holstein in Rendsburg eingeweiht	5/14
Die Technik der Waldbrandbekämpfung: Gefahrenabwehr mit System	5/25
Neue Hubschrauber für den Katastro- phenschutz	6-7/2
Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt in Krumbach eingeweiht	6-7/22

Ein Weg zu mehr Sicherheit: Betrieblicher Katastrophenschutz beim Süddeutschen Rundfunk in Stuttgart	8/19
Evakuierung einer Klinik: Über die Leiter allein geht es nicht!	8/25
Eurokat: Eine Premiere des internatio- nalen Katastrophenschutzes	9/10
Bundesbildungsminister Möllemann: „BVS-Arbeit hat unverändert große Bedeutung“	10/2
DDR-Übersiedler in der Katastrophen- schutzschule des Bundes	10/9
30 Jahre Katastrophenschutzschule Bayern	12/18
Aus Fehlern Lehren ziehen	12/22
Vorbild Rathaus: Beispielhafter Behörde- selbstschutz in Bad Harzburg	12/24
Viel Wasser über viele Kilometer – Der neue „Hilfszug Wasser“	12/28
25 Jahre Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz/Saarland	12/30

Katastrophen

Armenien: „Ein Zeichen gesetzt“	1/6
„Internationale Solidarität läßt für die Zukunft hoffen“	1/10
Erinnerung an Herborn: So wurden die Unfallopfer versorgt	5/29
ASB und THW gemeinsam in Armenien aktiv	8/23
Sturm und Überschwemmung: Katastro- phenalarm an der Ostsee	9/4

Schutzraum

Niedersachsens Innenminister Josef Stock: „Wir haben immer nur das Aller- nötigste getan“	4/9
Schutzraum als Weinkeller	10/22

Vorsorge

Grubenrettungswesen: Sicherheit auch in 1 000 Meter Tiefe	2-3/15
Sofortmaßnahmen am Unfallort künftig erweitert um HLW?	4/18
Bundesregierung fordert vorbeugenden und naturnahen Hochwasserschutz	5/2
Feuerwehr Koblenz: Umweltschutz rund um die Uhr	5/17
Katastrophe(n)-Medizin? Der Bedarf an Arzneimitteln, Verbandmitteln und medi- zinischen Hilfsmitteln im Katastrophenfall	8/15
Dr. Jürgen Warnke zum Informationstag Dritte Welt: „Die Welt gehört allen“	9/2
Gemeinsame Ausstellung der Hilfsorgani- sationen auf der Düsseldorf Messe	10/24
„aktiv Leben 89“	10/31
Krebsrisiko: Rauchen gefährlicher als die Folgen von Tschernobyl	12/26
Die Sicherheit fährt mit: Ein Blick hinter die Kulissen eines Verkehrsbetriebes	

Rettungsdienst

„Herz-Lungen-Wiederbelebung“: Die gesteckten Ziele erreicht	2-3/10
Mit einer SAR-Crew im Einsatz: „Ein Tag wie jeder andere“	4/13
Neue Feuer- und Rettungswache Eschwei- ler: Ein bauliches Konzept mit Zukunft	4/27
Beruf: Rettungsassistent	8/10
Notarzt-Einsatz-Motorrad: Eine wendige Alternative	10/19
Berliner Modell zur Frühdefibrillation durch Rettungssanitäter	10/27
Luftrrettung europaweit: Bundesinnen- minister Dr. Wolfgang Schäuble fordert Qualität statt Konkurrenz	11/16
Wenn's um Leben oder Tod geht: Unfall- rettung und ihre Schwachstellen	12/8
Erste-Hilfe-Leistung bei Verkehrsunfällen	12/13

Zivilschutz im Ausland

Studie der FEMA: Es kommt entscheidend darauf an, dem Bürger das Verständnis zu erleichtern	4/25
Brand- und Katastrophenschutz im Tunnel: Modernste Technik für den Notfall	6-7/33
Erste Katastrophenschutzübung der Europäischen Gemeinschaft: Der Beginn einer neuen Zusammenarbeit	11/22

Bundesverband für den Selbstschutz

„Der BVS leistet einen unverzichtbaren Dienst an der Allgemeinheit“	1/28
Jahrestagung der BVS-Helfervertretung	1/29
Der BVS im „rollenden Einsatz“	6-7/42
BVS legt Tätigkeitsbericht vor	8/27
BVS legt Leistungsübersichten vor	9/25
Neue Plakatreihe: Das Interesse des Bürgers als Ziel	10/35
Direktor Helmut Schuch: Selbstschutz bleibt zeitgemäß	11/33

Gesellschaft für Zivilschutz Berlin

Behördenselbstschutz in Berlin	2-3/30
Leistungsbericht 87/88: Zwei erfolgreiche Jahre	4/34
Alarm- und Räumungsübungen oder Räumung eines Gebäudes im Notfall	5/37
Zivil- und Katastrophenschutz in Berlin 1989: Mögliche Auswirkungen der aktuel- len politischen Lage	8/35

Technisches Hilfswerk

Helferempfang bei Ministerpräsident Späth	1/40
Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt zu Gast beim Ortsverband Neuss	2-3/31
Rettung durch technische Ortgung	4/36
Landeswettbewerb in NRW	5/40

10. THW-Bundeswettkampf in Mannheim Unter kurfürstlicher Flagge – Ein Beitrag zur 2000-Jahr-Feier der Stadt Bonn THW in der Gunst der Bürger „weit oben“!	6-7/14
Deutsch-deutsche Zusammenarbeit am Grenzübergang	8/37
THW erhält Rechtsgrundlage	10/2
Neue Übungsstrecke: Ein Projekt mit Modellcharakter	10/3
Bundesinnenminister Schäuble sprach mit dem Bundesausschuß des THW	10/3
Historische Stunden an der Grenze	10/40
Johannes Gerster Präsident der Helfer-vereinigung	11/2
THW und Bevölkerungsschutz	11/38
	11/40
	12/36

Warndienst

Großes Auslandsinteresse am Warndienst	1/42
Was sind eigentlich Strahlen?	1/43
Der Warndienst in der Bundesrepublik Deutschland – Neufassung –	5/42
Der Warndienst in der Bundesrepublik Deutschland – 2. Teil –	6-7/52
Computereinsatz: Programmierte Hilfe und Kontrolle	9/39
Belegung mit Übersiedlern: Warnamt IX „im Einsatz“	11/45
Ein Labor auf Rädern	12/10
Tage der Umwelt im Warnamt II	12/43

Deutsches Rotes Kreuz

Armenien: Längerfristige Hilfe erforderlich	1/44
Armenien: Fünf Tage in der Tragödie	2-3/40
Philippinen: Wirbelsturm-Opfer mit Lebensmitteln versorgt	4/43
Institut für Rettungsdienst des DRK: Funktion, Aufgaben, Ziele	5/21
DRK-Europatagung: Leben retten – über Grenzen hinweg	5/45
DRK übergibt Notkrankenhaus an Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow	6-7/56
Das Riesen-Restaurant zum Kirchentag	6-7/58
Als Rotkreuz-Schwester in Kabul	8/43
Genfer Konvention: 125 Jahre Schutz für Konfliktopfer	9/43
Fachsymposium in der DRK-Bundeschule Meckenheim-Merl	9/43
Katastrophen = Wirkung der Unterentwicklung?	10/45
DRK-Bundeschule als Notaufnahmehaus: Operation Meckenheim-Merl	11/47
Erdbeben Armenien: Ein Jahr danach	12/46

Arbeiter-Samariter-Bund

Armenien: Erfolgreiche Hilfsaktion des ASB	1/46
ASB-Rettungshunde aus Darmstadt üben im Bergwerk	2-3/43
Deutsch-französische Arbeitstagung Erste Hilfe	4/45
Großunfall-Symposium 89 in Illertissen: Schnelle Hilfe bei Großunfällen	5/47
Hilfe für die Opfer des Eisenbahnunglücks in der Sowjetunion	5/47
„Abendschau-Ferienflug“ live in Friedrichshafen	6-7/61
Schnelleinsatzgruppen: In Ramstein haben sie gefehlt	8/46
ASB stellte sich beim „Bürgertag mit Bundesfest“ vor	9/45
	10/47

Johanniter-Unfall-Hilfe

Bundeswettkampf der JUH in Ladenburg	1/49
Fernsehserie wirbt: „Erste Hilfe – Rette sofort ...“	2-3/45
Johanniter machen Behinderte mobil	4/48
Das Lernziel: Führen	5/31
Johanniter 88: Mehr Mitglieder, große Pläne, moderne Ausbildung!	5/49
Gemeinsame Johannisteier in der Bonner Rheinaue	6-7/29
Unfallfolgedienst: Die „zweite“ Hilfe in der Not	6-7/63
„Wir brauchen das Ehrenamt“ – Interview mit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm	8/48
Jung und alt gemeinsam aktiv	9/47
Doppelte Hilfe für DDR-Bürger	11/51
Neue Fahrerausbildung	12/50

Malteser-Hilfsdienst

Hilfe für Ungarn: Es fehlt an allem	1/51
Öffentlichkeitsarbeit: Erfolg durch Kreativität	2-3/47
Medizinische Technik für Entwicklungsländer: Durchgefallen und wieder aufgemotzt	4/49
Malteser-Reisedienst für Behinderte: Ein Zukunftsprojekt	5/51
Gemeinsame Johannisteier in der Bonner Rheinaue	6-7/29
Internationaler Leistungswettbewerb für Sanitätsgruppen	6-7/65
Jahresbericht 1988: Mit Voldampf in die Zukunft	8/50
Bundessieger erneut aus Bayern: Erste Hilfe mit Herz	9/49
Start des Malteser-Telefons	10/51
Malteser übernehmen Aussiedlereinrichtung in Hamm	11/54

Deutscher Feuerwehrverband

Feuerwehren im Umweltschutz	2-3/55
Thema im Bundestag: „Feuerwehr und Lärm“	4/52
PC-Computer und Software für Verwaltung: Einsatz beim DFV und seine Erfahrungen	5/53
Brandschutzwoche 1989 in Wuppertal eröffnet	9/22
37. Delegiertenversammlung des DFV in Garmisch-Partenkirchen	11/56
Die bayerische Umweltmedaille ging an Feuerwehr und Luftretter	12/3

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Katastrophenschutzübung: 152 DLRG-Helfer proben die Zusammenarbeit	1/57
„boot 89“: DLRG-Aktive informierten Wassersportfreunde	2-3/59
Zentrale Einsatzleitung hat sich bewährt	4/57
Die magische Grenze überschritten: 20 Millionen Menschen lernten bei der DLRG Schwimmen und Retten	6-7/71
Sicherungseinsatz bei der Kieler Woche	8/57
Bundesministerin Ursula Lehr verlieh den deutschen Wasserrettungspreis 1989	9/58
Schulte-Hülsmann neuer Bundesgeschäftsführer der DLRG	10/58
Hans-Joachim Bartholdt für weitere Jahre zum DLRG-Präsidenten gewählt	11/61

Wissenschaft und Technik

Diebstahlsichere Feuerlöscher	1/61
Feuerwehrlärm mit neuartiger Innenausrüstung	1/61
Schweißen auf kaltem Weg	1/61
Luft für kurze Einsätze	1/61
Ziehen mit der Kettensäge	2-3/63
Neue Technik hilft Umwelt schützen	2-3/63
Stiefel schützen vor Chemikalien	2-3/63
Universelle Verwendbarkeit	2-3/63
Airport Köln/Bonn: Mit 816 Pferdestärken in den Einsatz	4/21
Eine sichere Lösung	4/63
Komplette Prüfausrüstung im Koffer	4/63
Tür und Tor sicher verschließen	4/63
Vielseitiges Meßgerät	5/63
Neue nachleuchtende Fluchtleitsysteme	5/63
Feuerwehr-Zulassung erhalten	5/63
Ölbinder sind oft nicht besser als Sand	6-7/37
Notfall im Atlantik – Funkarzt in Cuxhaven	6-7/39
Flughafen geht auf Nummer Sicher	6-7/79
Sicherheit bei Hochwasser	6-7/79
Leichtes Atemschutzsystem	6-7/79
Mit Laserstrahlen gegen Umweltsünder	8/2
Sicheres Grillvergnügen	8/63
Neuartiges Notsignal für die Personenrettung	8/63
Mehr Sicherheit durch mehr Licht	8/63
Keine Panik bei Stromausfall	9/63
Breite Größenpalette	9/63
Kletteraktionen überflüssig gemacht	9/63
Farbe, die ins Auge fällt	9/63
Schnelles Abdichten bei Gefahr	10/62
Neue Exhandleuchte nach DIN EN	10/62
FCKW direkt gemessen	10/62
Mit „Optima“ in die 90er Jahre	10/63
Ausbildung per Video	10/63
TUIS: Gefahrenabwehr mindert Risiko	11/30
Sicherung von Notausgängen	11/64
Ausbildung per Video	11/64
Risikostudie ermittelte ausreichende Sicherheitsreserven in Kernkraftwerken	12/4
Ein Blitz pro Sekunde	12/63
Neue Ex-Stableuchte nach DIN EN	12/63
Selbstrettung in Sekundenschnelle	12/63
Ein mobiler Arbeitsplatz	12/63

Minimagazin

GK 4 – Werkzeugsatz, Zimmermann	1/U 3
GK 7 – Werkzeugsatz, Stahlbeton und Steinbearbeitung	2-3/U 3
Elektro-Kreiselpumpe (Kondensatpumpe)	4/U 3
Heißwasser-Dampfstrahler	
Typ HDS 1200 BK	5/U 3
Heißwasserwanne 1500 l	6-7/U 3
Löschgruppenfahrzeug 16-TS (LF 16-TS)	8/U 3
Gerätekraftwagen (GKW) des THW	9/U 3
Großkrankenwagen (GKrw) – 8-Tragen-Wagen	10/U 3
Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug (DMF)	11/U 3
Bergungsräumgerät (Radlader)	12/U 3

Das Minimagazin

Das Vorbild

Nach STAN ist der Bergungsräumgruppe im Bergungszug des Katastrophenschutzes (KatS) ein Bergungsräumgerät zugeordnet.

Bei den ausgelieferten Fahrzeugen handelt es sich um Radlader der Firma Zettelmeyer vom Typ ZL 1801. Sie sind ausgerüstet mit blauer Rundumleuchte, Arbeitsstellenscheinwerfer sowie mit Seitenkippschaufel, Frontbagger mit Tielloffel, Zweischalengreifer, Polypgreifer und Abbruchhammer.



Bereits bei zahlreichen THW-Bergungszügen im Einsatz: der Zettelmeyer-Radlader ZL 1801. Unser Foto zeigt hier das BergRG des THW-OV Mannheim. Das Fahrzeug ist mit seitlichen gelben Sicherheitsstreifen ausgestattet.

Zum Aufgabenbereich des Bergungsräumgerätes gehört die Beseitigung von Trümmern und deren Verladung, insbesondere aber die Rettung von Eingeschlossenen im Schadensbereich durch Schachtvornahme und Herstellung von Mauerdurchbrüchen. Das Bergungsräumgerät untersteht dem Technischen Hilfswerk (THW); das Fahrzeug ist in blau (RAL 5002) lackiert.

Das Modell

Der Böblinger Modellproduzent Kibri liefert unter der Bestellnummer B-10322 den Zettelmeyer-Radlader im Maßstab 1:87 (HO) – ein Modell, das im Hinblick auf Vorbildtreue und Produktqualität keinen Wunsch mehr offen läßt. Das hervorragend detaillierte Fahrzeug ist zudem in seinen Funktionen voll beweglich, so daß auch das im Bausatz beigefügte Zubehör (Wechselgeräte) vorbildentsprechend und „in Funktion“ eingesetzt werden kann.

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Vom Vorbild zum Modell

Bergungsräumgerät (Radlader)

Durch die Herausgabe dieses Modells ist es nun möglich, den gesamten THW-Bergungszug im Maßstab 1:87 (HO) darzustellen: ZTrKw (Herpa), Krad, MKW und GWK (Preiser), Kipper und Lkw (Preiser, Herpa, Kibri), Kombi (Herpa), BergRG (Kibri) und MZB (Roco, Preiser). Die verschiedenen Fahrzeuge werden im Verlauf dieser Serie beschrieben.

Da sich die ausgelieferten Radlader in ihrer äußeren Optik kaum voneinander unterscheiden, sind die nachstehenden Angaben zur detaillierten Bearbeitung des Modells allgemeingültig. In Einzelfällen ist die Ausrüstung des BergRG mit gelben Rundumleuchten oder mit Warnstreifen bekannt.

Lackiert wird das Modell des Zettelmeyer-Radladers zunächst „über alles“ in blau (RAL 5002), geeignet hierfür ist beispielsweise die entsprechende Farbe der Firma Humbrol (Authentic colour). In schwarz matt werden folgende Details abgesetzt: Fahrscheinwerfer, Arbeitsstellenscheinwerfer, Rückspiegel, Scheibenwischer, Türgriffe, Auspuff, die Rahmung der Rückleuchten, die Heckverkleidung (Motor), Schmutzfänger an den Rädern und die Radfelgen (verbleiben wie im Bausatz enthalten).

Zusätzlich erhalten die „Glasteile“ von Scheinwerfern und Rückspiegeln einen silbernen Anstrich. Die Rücklaufkeile (über den hinteren Rädern angebracht) können in rot lackiert werden, ebenfalls ein mitgeführter Feuerlöscher.

Zu achten ist auch auf die kleineren Details, die ein Modell erst interessant und vorbildgetreu machen: so sollten die ausfahrbaren Teile der Ladehydraulik (am Fahrzeug und an den



Präzision auch in kleinem Maßstab: Das Modell des BergRG gibt sein Vorbild bis ins kleinste Detail wieder. Alle Funktionen sind beweglich gestaltet, so daß auch die Wechselgeräte vorbildgerecht zum Einsatz kommen.

Wechselgeräten) silbern abgesetzt werden sowie Blinker und Rückleuchten in orange bzw. rot. Die „Gitterroste“ auf der Motorhaube (über den hinteren Rädern) können sehr dünn



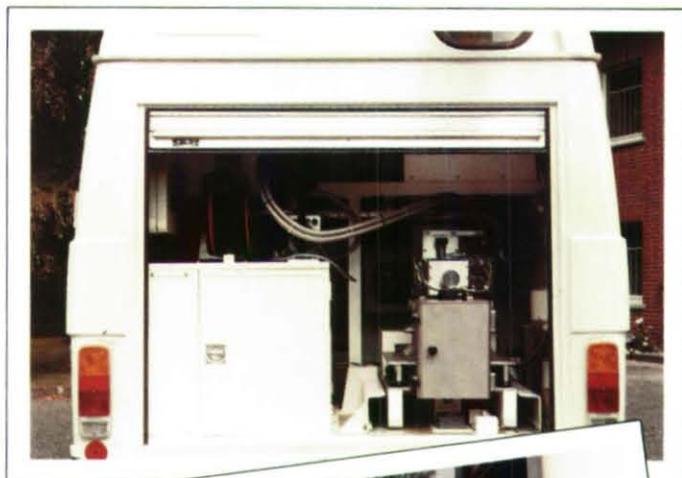
Zum Einsatz verlastet: Die Wechselgeräte, hier auf einer Transportpalette zusammengefaßt: Frontbagger/Tielloffel, Zweischalengreifer, Polypgreifer und Abbruchhammer (v.l.n.r.). Alle Geräte können am Modell ausgetauscht werden.

eingeschwärzt werden. Aus dünnem, schwarzem Zwirn (oder sehr dünnem Draht) werden die Hydraulikleitungen vorbildgerecht nachempfunden.

Dem Kibri-Modell sind Abziehbilder beige-fügt, die eine vorbildgerechte Beschriftung gewährleisten. Ebenso sind Kfz-Kennzeichen (8000-er Behördenkennzeichen) beigefügt. – Wer abschließend seinen Radlader auch vorbildgerecht „abnutzen“ will, der sollte bestimmte Teile des Fahrzeugs mit Schmutz bzw. Rost versehen: z. B. die Kanten der Arbeitsgeräte, die Innenbereiche der Kotflügel, die Reifen! Hierzu eignen sich matte Farben (erdfarbig, Mischung aus alu, rot und schwarz), die sehr dünn und transparent aufgetragen werden.

Trotz der großen Vorbildtreue des Kibri-Modells gibt es also noch immer genug zu tun, um dem Vorbild möglichst nahe zu kommen.

Messen, auswerten, übertragen



Zur flächendeckenden und kontinuierlichen Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland werden neben den rund 2000 stationären Meßstellen der zehn Warnämter nun auch zehn nuklidspezifische Meßfahrzeuge eingesetzt. Sie haben die Aufgaben, an unterschiedlichen Meßorten die radioaktiven Ablagerungen auf dem Erdboden zu erfassen, durch schnelle rechnergestützte Auswertung alle radiologisch wichtigen Nuklide zu identifizieren und zu quantifizieren, eine Plausibilitäts- und Fehleranalyse durchzuführen sowie die ermittelten Meßdaten zum Warndienstrechner (WADIS) zu übertragen.

In jedem Warnamt ist ein Fahrzeug stationiert. Die Fahrzeugbesatzung ist in der Lage, alle notwendigen meßtechnischen Einrichtungen zur Meßwerterfassung vom Laborraum des allradangetriebenen Wagens aus zu bedienen.

Aus funktionellen Gründen ist der Fahrzeuginnenraum in zwei Arbeitsbereiche unterteilt: dem klimatisierten Operationsraum sowie dem rückwärtig abgetrennten Raum für die Detektoreinheit, dem Kompressor und dem Stromerzeuger. Zwei unterbrechungsfreie Stromversorgungseinheiten garantieren, daß bei einem Ausfall des Stromerzeugers eine begonnene Messung weitergeführt werden kann.

Unser Titelbild zeigt den Operationsraum, die Fotos auf dieser Seite zeigen das Meßfahrzeug in einsatzbereitem Zustand (links oben), die Rückseite des Wagens mit den technischen Einrichtungen (rechts) sowie den ausgefahrenen Detektor (siehe auch Beitrag im Innern des Heftes).